

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volkstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Paul, Magdeburg. — Druck und Verlag von B. Paulsen & Co., Magdeburg, Gr. Münst. 3. — Fernsprechnr. 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 mm breite Kompartimentzeile 25 Pfg., answärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 15 Pfg., Vereinskalender 50 Pfg., die 4gespaltene 90 mm breite Reklamazeile 1.50 Mark. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Bezugspreis der Zeitung: Montags 2.00 Mark, Abends 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfg., Sonntags 20 Pfg. Text 33% Aufschlag. Für Nachdruck keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postkontonr. 122 Magdeburg

Nr. 23

Magdeburg, Freitag den 28. Januar 1927

38. Jahrgang

Der zweite Krach

Raum ist das Gefecht zwischen Volksparteilern und Zentrum abgebrochen — die Deutsche Volkspartei läßt parteiamtlich erklären, daß sie sich in eine „abwartende Stellung“ zurückziehen wolle — und schon beginnen die Deutschnationalen einen Höllebrand. Vertrauensbruch, Verfidie, Hinterhältigkeit, Bruch der getroffenen Vereinbarungen wirft die deutschnationale Presse dem Zentrum vor. Der zweite Krach im Bürgerblock ist fertig, bevor noch die Bürgerblockregierung gebildet ist.

Warum der Spektakel?

Am Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr wurde — mit einem Uff! der Erleichterung — mitgeteilt, daß Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen über die Richtlinien der zukünftigen gemeinsamen Regierungspolitik einig geworden sind. Am Nachmittag noch sollten die Besprechungen über die Verteilung der Ministerposten beginnen. Für Donnerstag war der formelle Abschluß der Regierungsbildung angekündigt.

Da passierte — nach der Meinung der Deutschnationalen — etwas Entsetzliches! Die mittags vereinbarten „Richtlinien“ wurden am Abend von der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht.

Hier der Wortlaut:

1. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung. Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno. Loyale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.

2. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform. Unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben (Art. 2 der Reichsverfassung) gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken. Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

3. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt.

1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen.

2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehrverbände aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten.

3. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die Vorkehr trifft, daß keine verfassungsfeindlichen Personen im Sinne der Ziffer 2 in die Reichswehr aufgenommen werden.

4. Kulturfragen.

Es ist angeregt: Erlass eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts, grundsätzliche Gleichstellung der im Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten; Sicherung des Religionsunterrichts (Art. 149).

5. Sozialpolitik.

Zatkräftige Förderung der Sozialreform. Ausbau und Wollendung des Arbeitsrechts. Der nächste Schritt auf diesem Gebiet soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den andern westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Uebergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit beseitigt werden. Die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustande gekommenen Einigung weiter auszubauen.

Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, Ausbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungs Zweige bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung. Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen.

Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln. Die Sozialreform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt, zu fördern.

Die wilden Männer auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen raffen. Ausgerechnet zu Kaisers Geburtstag sollten sie vor ihre Wähler mit einem Bekenntnis zur deutschen Republik, zur Verfassung von Weimar und zu den Farben Schwarz-Rot-Gold treten? Und das ohne jede Sicherheit, daß die deutschnationalen Machtansprüche — fünf Ministerfüße! — erfüllt würden? Nein, das war zuviel für die deutschnationalen Gemüter. Die amtlich von der Reichskanzlei ausgegebene Meldung, daß eine Einigung

Streit um die Ministerfüße

Deutschnationale Entrüstung

Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Tatsache, daß die Richtlinien der vorgelagerten „Einigung“ zwischen Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Zentrum vorzeitig veröffentlicht worden sind, ist im deutschnationalen Lager mit heftiger Empörung aufgenommen worden. Man gibt ohne jede Rücksicht auf die amtliche „Erklärung“ zu, daß der veröffentlichte Wortlaut der Richtlinien authentisch ist, erklärt aber, daß die Veröffentlichung selbst einen Vertrauensbruch darstelle, der für die Kabinettsbildung unabsehbare Folgen haben könne. Die Deutschnationale Volkspartei sei nicht mehr bereit, auf der bisherigen Grundlage weiter zu verhandeln. Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei haben sich bei Dr. Marx angemeldet, um ihm diesen neuen Standpunkt der Partei bekanntzugeben.

Bei andern Parteien nimmt man allerdings den deutschnationalen Protest nicht für ernst, sondern betrachtet ihn als eine Komödie, dazu bestimmt, bei der Anstellung der Ministerliste mehr durchsetzen zu können.

Graf Westarp bei Marx

Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Reichskanzler Dr. Marx hatte im Laufe des heutigen Vormittags eine Besprechung mit Dr. Koch und Dr. Haas von den Demokraten. Anschließend verhandelte er mit Doktor Brauns und dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leicht.

Mittags um 1 Uhr wurde Graf Westarp zum Kanzler gebeten, um mit ihm die Frage der Ministerfüße zu besprechen.

Am Berlin, 27. Januar. Ueber die Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Marx mit dem Grafen Westarp verlautet: Von Regierungsseite wurde erklärt, daß die Reichsregierung der Veröffentlichung der Richtlinien fernstehe und daß die Veröffentlichung von der Regierung nahe-

stehender Seite nicht erfolgt sei. Die weiteren Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Grafen Westarp bezogen sich auf die Personfrage bei der Neubesezung der Ministerien.

Schwierigkeiten bei den Deutschnationalen

Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den Besprechungen des heutigen Vormittags ist es Dr. Marx gelungen, die erregten Gemüter der Deutschnationalen wieder so weit zu beschwichtigen, daß die zeitweise unterbrochenen Verhandlungen über die Ministerliste des Bürgerblockkabinetts fortgesetzt werden konnten.

Bei den Deutschnationalen machen sich innerhalb der Partei sehr ernste Widerstände geltend. Wie verlautet, ist die Gruppe der unentwegten Monarchisten, die aus etwa 15 Abgeordneten besteht, auf keinen Fall gewillt, die Richtlinien mit einer, wenn stark verwässerten Anerkennung der demokratischen Verfassung zu schließen, sondern droht sogar mit einer Abspaltung von Partei.

Einigung in Wirtschaftfragen

Am Berlin, 27. Januar. Um die Mittagsstunde fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den deutschnationalen Abgeordneten Lejeune-Lang, Lambach, Leopold, von Golbader und Dr. Rademacher und Schiele, dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Zentrumsabgeordneten Dr. Stegerwald und Brünning über die Wirtschaftsfragen statt. Wie die Telegraphenagentur erfährt, wurde dabei allgemeine Uebereinstimmung erzielt.

Regierungserklärung Anfang Februar

Der Reichstagenrat des Reichstags hat beschlossen, nach der heutigen Sitzung eine viertägige Verhandlungspause eintreten zu lassen. Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts wird Anfang Februar, voraussichtlich am 3. Februar, vor dem Parlament abgegeben werden.

Die Demokraten gegen den Bürgerblock

Gesler will bleiben

Berlin, 27. Januar, 2.30 Uhr. (Eigener Drahtbericht.)

Die demokratische Fraktion hat in ihrer Sitzung, die von 10 Uhr bis in die Nachmittagstunden dauerte, einstimmig beschlossen, die Teilnahme an dem Bürgerblockkabinet abzuwehren. Dieser Beschluß wurde unverzüglich Dr. Marx mitgeteilt. Gesler soll entschlossen sein, trotz der ablehnenden Haltung seiner Partei sein Amt als Reichswehrminister beizubehalten.

Ueber die Besetzung der übrigen Ministerposten wird inzwischen weiterverhandelt. Die frei werdende Stelle des Reichsfinanzministers soll nach der neuesten Version dem Zentrumsmann Köhler aus Baden zugedacht sein, während den Deutschnationalen das Reichs-

innen-, das Reichsjustiz-, das Reichsverkehrs- und das Reichsernährungsministerium zugedacht sind.

Kulturpolitische Bedenken

Ueber die Verhandlungen der demokratischen Reichstagsfraktion am Mittwoch abend wird mitgeteilt:

Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich eingehend mit den Richtlinien des Reichskanzlers. Der Fraktionsvorsitzende Koch wurde beauftragt, bereits heute vormittag dem Reichskanzler Dr. Marx mitzuteilen, daß die schulpolitischen Teile der Richtlinien in dieser Form für die demokratische Fraktion nicht annehmbar seien. Ein konfessionelles Schulgesetz könnten die Demokraten nicht mitmachen. Der heutigen Besprechung beim Reichskanzler werden auch die Abgg. Erkelenz und Dietrich (Baden) beiwohnen.

über das Regierungsprogramm erzielt sei, wurde abends um 9 Uhr von der deutschnationalen Fraktion durch folgenden Beschluß für falsch erklärt:

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion ist in die Beratung des Entwurfs von Forderungen eingetreten, die eine Grundlage für einzelne Punkte der künftigen Regierungserklärung bilden sollen und als solche Grundlage naturgemäß der näheren Erläuterung und Vervollständigung bedürfen. Eine Beschlußfassung wird erst erfolgen, wenn die Verhandlungen über die Regierungsbildung bis zum endgültigen Abschluß gefördert sind, ebenso wie eine Zustimmung der Parteiführer zu den Richtlinien noch nicht erfolgt ist.

Parbant — da lag das mühsame Werk des Reichskanzlers Marx in Scherben!

Einstimmig hatte am Nachmittag die Zentrumsfraktion die Richtlinien gebilligt; einstimmig nur, weil Joseph Wirth vor der Abstimmung den Saal verlassen hatte; er ist der Meinung, die Richtlinien sind eine schlimme Verwässerung des ersten Zentrums-Manifestes. Und damit hat er in jeder Beziehung recht. Was hieß es, daß auch die Deutsche Volkspartei den Richtlinien zustimmte? Die Deutschnationalen sind hoch geworden. Sie drohen, wie der „Vorwärts“ feststellt, wieder Grundstücke zu bekommen, wenn sie ihnen nicht mit fünf Ministerfüßen abgekauft werden. Fünf Stimmen im Kabinet wollen sie haben — dann sind sie gewiß, daß sie die

Richtlinien der Politik bestimmen. Haben sie fünf Minister, dann kann ihnen Herr Marx mit seinen Richtlinien gestohlen bleiben.

Die „Germania“, das führende Blatt des Zentrums, macht mit seinem Kommentar zu den Ereignissen die Entwirrung nicht leichter. Als am Mittwoch abend der Beschluß der Deutschnationalen bekannt wurde, beeilte sich die Reichskanzlei, zu erklären, daß die veröffentlichten Richtlinien „nicht authentisch“ seien. Die Richtigkeit stritt man nicht ab. Die „Germania“ tut ein übriges. Das Blatt erklärt ganz eindeutig, daß es sich nicht, wie die Deutschnationalen behaupten, bei den Richtlinien um die „Grundlage“ einzelner Punkte des Regierungsprogramms handeln kann, sondern daß es sich in der Tat um die Richtlinien der Regierungserklärung handelt und um nichts anderes. In seinen weiteren Auslassungen reitet das Blatt dann eine Attacke gegen die Deutschnationalen und spricht von „einem Wendepunkt in der Geschichte dieser Partei“. Die Deutschnationale Partei vollziehe mit der Anerkennung der Leitfäden eine völlige Schwenkung in ihrer Politik. Am Tage vor Kaisers Geburtstag habe sie ein feierliches Bekenntnis zur deutschen Republik abgelegt und den Schutz der republikanischen Verfassung und ihrer schwarz-rot-goldenen Fahne garantiert. Gründlicher habe wohl noch keine Partei umgelernt, wie in diesen Tagen die Deutsch-

nationale Partei. Aus den Bekämpfern der Weimarer Verfassung, den Verächtern der schwarzrotgoldenen Fahne seien über Nacht Verteidiger dieser Verfassung geworden.

„Gewiß“, erklärt das Zentrumblatt u. a., „handelt es sich vorläufig nur um feierliche Erklärungen; aber dennoch stehe die Deutschnationale Partei im Begriff, von ihrer bisherigen Politik Abschied zu nehmen.“

In ähnlichem Sinne spricht das „Berliner Tageblatt“ von einem „laudatorischen Joch“ und schreibt: „Welch ein Gegenatz zwischen den Erklärungen, die Graf Westarp mit seinen Freunden unterschrieben hat, und den Kundgebungen, die Graf Westarp und seine Freunde bisher Tag für Tag erlassen haben und die am heutigen Tage auch nach Doorn gelangen werden. Vor acht Tagen erst forderte Graf Westarp in einer großen Versammlung die Wiederkehr der Monarchie, jetzt soll er die Republik anerkennen, soll gleichzeitig die Verpflichtung eingehen, eine Verfassungsänderung nur dann zu beantragen, wenn ihm das Zentrum zusammen mit den andern Regierungsparteien die Erlaubnis dazu gibt.“

Diese Bemerkung bezieht sich auf ein Geheimprotokoll zu den Richtlinien, in dem es zunächst heißt, daß die Anerkennung der Locarno-Verträge nicht nur völkerrechtlich, sondern auch verfassungsrechtlich zu verstehen ist. In dem zweiten Punkte dieses Geheimprotokolls, der ebenfalls anfänglich vor aller Öffentlichkeit festgelegt werden sollte, heißt es, daß der Schutz der Verfassung sich auf den ganzen Artikel 3 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bezieht. Im dritten Punkte wird die Vereinbarung festgelegt, daß Anträge, die sich auf eine Änderung der Verfassung beziehen, nur im gegenseitigen Einvernehmen der Regierungsparteien eingebracht werden dürfen.

Auf der andern Seite wird aber auch bekannt, welche Änderungen in den Richtlinien die Deutschnationalen in den Verhandlungen der letzten Tage durchgesetzt haben. Der „Sozialdemokratische PresseDienst“ teilt darüber mit:

Es hieß in dem Urtext: „Uneingeschränkte Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Vertragswerke von Locarno.“ Das „uneingeschränkt“ ist weggefallen, wie überhaupt der ganze Passus über die Außenpolitik eine Umgestaltung erfahren hat. In bezug auf die Formulierung über die Verfassung war anfänglich deren Schutz „gegen alle Verunstaltungen“ festgelegt. Auch diese bestimmte Feststellung ist jetzt in den tatsächlichen Richtlinien insofern verallgemeinert, als nur ein Schutz gegen „alle herabziehenden Verunglimpfungen“ in Frage kommen soll. Das „herabziehend“ ist bestimmt im gegebenen Falle schließlich der aus dem monarchistischen Lager desertierte künftige deutschnationale Innenminister.

Weitere Änderungen hat der Urtext über die Reichswehr erfahren. Abgesehen von bestimmten einschränkenden Formulierungen sind im Vergleich zu dem Entwurf, in dem von den Deutschnationalen anerkannten Richtlinien ganze Sätze weggefallen. In der Ausarbeitung des Herrn Marx hieß es z. B., was die Rekrutierungsverordnung anbelangt und in gewissem Sinn auch den Aufstellungen der Sozialdemokratie entsprach: „Die unteren Verordnungsstellen sollen in möglichst weitem Umfang zwecks Ausnahmestellung in Anspruch genommen werden.“ Von der Feststellung ist in den tatsächlichen Abmachungen ebenfalls zu finden wie von dem Hinweis strenger Verstrafung, soweit Reichswehrangehörige zu irgendwelchen Wehrverbänden Beziehungen unterhalten. Der in den Vereinbarungen mit den Deutschnationalen im Verlaufe zu dem Urtext diesbezüglich gestrichene Satz lautet: „Zwischenhandlungen werden im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen streng gehandelt.“

Gewissermaßen als Ersatz für die Änderungen war das oben erwähnte Geheimprotokoll gedacht.

Es wäre aber falsch, mit einem Scheitern des Bürgerblocks zu rechnen. Die Deutschnationalen brauchen diesen

Spektakel, um ihre Wähler bei der Stange zu halten, um sich eine bessere Position bei dem Schacher um die Ministerie zu verschaffen. Sie rechnen damit, daß das Zentrum wegen des Streitens um die Veröffentlichung und Auslegung der Richtlinien die Regierungsbildung nicht scheitern lassen kann. Was sie wollen, zeigt ein Augenblick ganz klar auseinander: die Richtlinien werden geschlossen, wenn die Ansprüche auf Ministerie erfüllt werden. Alles andre ist Larifari. Graf Westarp wird Herr Marx gehörig unter Druck setzen. Er kann es, denn er weiß den Reichspräsidenten hinter sich, der den Bürgerblock will. Das Zentrum ist entschlossen, in den lauern Apfel zu heischen und darum wird der Bürgerblock auch an einem dritten Ruch über die Ministerie nicht scheitern.

Eisenpakt und Bürgerblock

Die kommende Rechtsregierung scheint jetzt schon ganz eigentümliche und wenig erfreuliche Blüten zu treiben. Der Mann aus dem Daniel-Konzern, Kommerzienrat Reusch von der Gute-Hoffnungs-Hütte, hat vor einer rheinischen Handelskammer eine Rede gehalten und dabei betont, daß man bei dem Abschluß des Eisenpaktes eine Vereinigung der politischen Atmosphäre erhofft hatte. Darin will sich nun Herr Reusch getäuscht haben; er warnt deshalb vor weiteren Abmachungen auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaft.

Die Ausführungen zielen deutlich auf den Eisenpakt. Wir haben seinerzeit die Gründung des Eisenpaktes als Teil der europäischen Wirtschaftsrationalisierung bezeichnet und diese als Ausgangspunkt für die Verständigung der großen Industrieböden Westeuropas begrüßt. Wir wissen, daß Herr Reusch den Eisenpakt wesentlich anders, und zwar durchaus vom Profitstandpunkt beurteilt hat.

Angeichts der Lage auf dem Weltisenmarkt war für Reusch und seinesgleichen die Notwendigkeit einer Solidarität der westeuropäischen Eisenindustrie gegeben, um dennoch den nötigen Profit hereinzubekommen. Es ist zuzugeben, daß das Quotenverhältnis im internationalen Eisenpakt für Deutschland äußerst ungünstig ist. Angeichts der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen stand aber die deutsche Eisenindustrie vor der Wahl einer privatwirtschaftlichen Verständigung oder eines Thbaues des Eisenpakt. Man wählte den letzteren Weg und nahm das Opfer der ungünstigen Quote auf sich. Diese hat sich nun in dem Maße, wie der Beschäftigungsgrad die Quote überstieg, dahin ausgewirkt, daß die deutsche Eisenindustrie gegenwärtig mit ungefähr 3 Mk. pro Tonne belastet ist, die sie über die Quote hinaus produziert. Das schmälert den Gewinn, und deshalb wird der Eisenpakt den Herren in der Schwerindustrie unangenehm, und man scheint, wenn das auch durch die Schwerindustrie demontiert wird, auf seine Beseitigung zu drängen.

Ausgerechnet Herr Reusch wird deshalb Pazifist und vermischt die Vereinigung der politischen Atmosphäre durch den Eisenpakt. Er ist als Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte keiner von den Großen, aber auch kein Kleiner. In Westdeutschland spielt er, der den Standpunkt schwarzester Sozialreaktion vertritt, eine große Rolle und dürfte durch sein Bündnis mit Brügel stärksten Einfluß auf die Schwerindustrie haben. Deshalb interessiert die breitesten Defizientlichkeit die Methode, mit der Herr Reusch augenscheinlich dem Eisenpakt zu Leibe gehen will. Er und die deutsche Schwerindustrie haben das Recht, sich um eine größere Quote im internationalen Eisenpakt zu bemühen. Anders liegt es aber, wenn man — die Gelegenheit ist angeichts des kom-

menden Besitzbürgerblocks sehr günstig, und Herr Reusch scheint des Bestandes der Regierung gewiß zu sein. — es auf eine politische Reibung mit Frankreich ankommen lassen will mit dem Ziele, die deutsche Eisenquote, den Profitt der deutschen Eisenindustrie, zu erhöhen. Gerade hinsichtlich der Verständigung der europäischen Völker ist das Spiel bedauerlich, daß es größter Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bedarf, damit Herr Reusch kein wertvolles Porzellan zerbricht.

Bürgerblock und Schwarzrotgold

In der Berlin-Zehlendorfer Bezirksversammlung beantragte die Sozialdemokraten am Mittwoch, das Bezirksamt zur Beschaffung von Fahnen in den Reichsfarben für die städtischen Gebäude anzuhaltten. Tatsächlich hat das Bezirksamt nach 8 Jahren Republik noch immer keine Fahne in den Nationalfarben.

Ein deutschnationaler Bezirksverordneter führte zu dem Antrag aus, man solle es doch mit den preussischen Farben versuchen und nicht mit den Farben der „republikanischen Sämmerslichkeit“.

Dieses Bekenntnis eines Bürgerblockverteeters zur „Reinheit und ihren Symbolen“ rief bei den Zuhörern und den sozialdemokratischen Stadtverordneten stürmische Entrüstung hervor.

Der Antrag wurde schließlich im Sinne des Grafen Westarp von den in Zehlendorf dominierenden Deutschnationalen und Volksparteiern abgelehnt.

Gefälschte Protokolle

Im „Jungdeutschen“ veröffentlicht Otto Bornemann, der Abtats des bekannten Hochmeisters Mahraun, zum Teil in Faksimile, Protokolle, die er als gefälscht bezeichnet. Diese Protokolle sind photographiert. Eine der Photographien ist dem Jungdeutschen Orden in die Hände gefallen.

Die Photographien der umfangreichen Protokolle beziehen sich auf Sitzungen, welche am 24. Februar, am 18. und 19. März und am 24. und 26. März 1925 stattgefunden haben sollen. Ihr Inhalt sind Verhandlungen, welche im Reichswehrministerium (Zimmer 69) unter Leitung eines aktiven Reichswehrrauptmanns Reinede stattgefunden haben sollen. Zeitweise sei auch ein Major Willberg anwesend gewesen. Der Zweck der Verhandlungen sei die Zusammenarbeit der Verbände mit der Reichswehr, die Vorbereitung der Mobilmachung der Verbände sowie Registrierung der in den Händen der Verbände befindlichen Waffen gewesen.

Unterschrieben sind die Protokolle von Franz Selten als dem Vertreter des Stahlhelms, Herrn Mahr als dem Vertreter des Jungdeutschen Ordens, und einem Dr. Schreck, der für den Bund Oberland und den Frontbann zeichnet. Ferner figurieren auf den Dokumenten ein gewisser Preller für den Bismarck-Bund und den Berwolk und ein Herr Heinemann für den Reichsauschuß der Regimentsvereinigungen.

„Der Jungdeutsche“ weist darauf hin, daß Selten und Mahr durchsichtige Pseudonyme für Selde, den Bundesführer des Stahlhelms, und Mahraun, den „Hochmeister“ des Jungdeutschen Ordens seien. Zum Ueberdruß sind die Unterschriften „Selten“ und „Mahr“ den üblichen Unterschriften der Herren Selde und Mahraun verblüffend ähnlich nachgeahmt. Daraus schließt der „Jungdeutsche“, daß die Freunde einer deutsch-bolschewistischen Verbrüderung ihre Hand im Spiele haben.

Nach den Photographien der „Protokolle“ hält Selten alias Selde für den Stahlhelm einen Bestand von 3800 Gewehren, 5500 Karabinern und einigen Geschützen angegeben. Der Münchner Vertreter des

Orchester von oben

Was fängt man an, wenn man ein Buch besprechen soll. Das ist gut, daß man fürchtet, seinen Wert durch ein banales Lob herabzusetzen? Eine Sammlung von Feuilletons der allerbesten Wiener Tradition — Wien ist bekanntlich die Vaterstadt des deutschen Feuilletons überhaupt — von blendendem Schick, bald dieses, bald jenes Gebiet menschlichen Tuns beleuchtend, immer wichtig und amüsant? Man drückt eine Probe heraus ab. Dann prüft es für sich selber. So machen wir's mit dem Buch von Alfred Polgar, „Orchester von oben“, das bei Ernst Rowohlt in Berlin herausgekommen ist. Wir geben das Stückchen, das der ganzen Sammlung den Namen gegeben hat.

Auf dem Dirigentenstuhl sitzt ein berühmter Mann. Später einmal wird er im sein, und dann werden die Leute, die ihn heute „Caracas“ dirigieren sehen, sich erinnern, daß sie ihn „Caracas“ dirigieren gesehen haben. Ich stelle mir vor, es sei schon so weit, fünfzig Jahre nachher. Rückwärts der Erinnerung begehrt den heutigen Abend heraus. Ich erlebe ihn mit Farben und Gerüchen, als erlebe ich ihn eben jetzt. Teile der Augenblicke und erweck ihn wieder. Dann ist er, wie immer er jung sei, zumindest durch das Wunder der Interaktion wunderbar. Träume dein Leben!

Ich erinnere mich also ganz genau, daß ich vor vielen Jahren, im März 1909, in einer ersten Rangloge der Oper „Caracas“ saß. Der Dirigent jagt: „Süß die Faust“, aber das jagt er eigentlich nicht mir, sondern der Lage, die er bedient, und deren Zufallsbedeutung ich an jenem Abend war. Er hatte wunderliches Haar und rote, gutmütige Linien. Heute hätte wohl schon Gesichtsrispen aus ihnen.

In der Loge nebenan gab es eine wunderbare, ganz lichte Frau. Sie sah, ohne bannentrübenden Ausdruck im Gesicht, Pflanzen mit verzerrten Kapiteln. Vielleicht ist sie schon tot; aber hat einen Ganghahn; oder groß, rundlich, unbekannt als weiße Spitze.

Das Gedächtnis erinnert sich auch noch des Orchesters. Ich sehe sie alle noch, die Geister und die Bewegungen, die Reflexe, die auf den Musikanten kommen, das Trauma der stürmenden Geisteskräfte und der Rhythmen, die man Kontinuität nennt. Ich sehe den Spätnachmittag der Violinisten, die joubardenen Kapellmeister, mit denen der Kapellmeister aus seinem Instrument herausragt, und das feine Geflüster der Fiedelbogen. Die lange Reihe davon ist, die Nacht nicht.

Der erste Sieger hatte einen hohen Scheitelpunkt im Mund. Er war ein Mann, ein Instrument eines Tages empfindend, mußte er spielen. Seine Seele war im Ganghahn befangen; der seltsame Rest langweilte sich. Es war seltsam, daß das Gedächtnis des Kapellmeisters nur lang genug gedauert, um im Schicksal zu scheitern! Scheitern! Ich muß mir's wiederholen, daß einer Jubelstunde werden und dabei gehen kann.

Jetzt hat der Geiger vor sich, der wollte ein widerspenstiges

Rotenblatt, ohne sein Spiel zu unterbrechen, mit dem Geigenhals händigen. Das Blatt sprang, so oft es auch festzuhalten verjuchte, immer wieder hoch auf. Endlich hatte er Pause und die Hände frei. Aber er verschmähte ihre Hilfe, kämpfte weiter mit dem Geigenhals gegen das renitente Papier. So oder gar nicht! Ein starrköpfiger Charakter.

Die Trompeter kehren in jeder Atempause ihre Trompeten um, daß die Kunde herausflöße. Unter ihren Rülken muß es im zweiten Akt schon ausgelesen haben wie mitternachts auf dem Fußboden des Café Central. Hochblätter sondern sehr viel Flüssigkeit ab.

Die drei ältern Herren, die Posannen bliesen — daß das eine Lieblingsbeschäftigung für Euglen sein soll! — lasen Zeitung. Schwelgend hing indes das Instrument am Seitenhaken des Pulis. Wenn es wieder an ihnen war, zu blasen — sie fühlten mit Sicherheit den Augenblick nahen — tapeten sie, ohne von der Zeitung aufzublicken, nach der Posanne. Die erste wieder zu blasende Note auf dem Rotenpapier wurde mit dem linken Auge erfaßt, indes das rechte noch am Abendblatt lebte.

Das Horn aber schlief, wenn es Raft hatte, und drehte vorher immer die elektrische Birne über seinem Puls ab. Ein guter parfümierter Hausvater.

Die Satzgeber, in gleichen Abständen voneinander, wußten mit ihren Rülken nichts Rechtes zu beginnen. In Bewegung boten sie einen unbeschreiblich parallelen Anblick, als wenn wer an einem Schürchen zögen, worauf acht Hühner denselben Winkel anfahren und acht linke Hände eine bis auf das Millionstel gleich lange Strecke abwärts rülkten. Wenn man sich, der Abwechslung wegen oder aus blankem Hebermut, die Ohren zuhielt und sie so betrachtete, dann waren sie wie eine Gruppe aus dem Tartarus, geschnitten an die Wand, für irgendwelche Erdenbosheit zur Strafe des Sagens verurteilt.

Von oben herab, machten die Orchesterfrauen überhaupt den Eindruck bewegter Mechanismen. Sie taten Zweckmäßiges, vielleicht wider oder zumindest ohne ihren Willen, aber so, als ob sie's wollten. Sie waren ein gutes Abbild menschlicher Geschäftigkeit. Sie bliesen die Noten an und rülkten aus und sagten und machten gutes Spiel zur bösen Miene der Notwendigkeit und schienen passivisch und langweilten sich dabei und dachten an das Ende und transmetten und schloßen und waren Solisten und doch aufeinander angewiesen und lasen das Abendblatt und dienten einem höheren Willen. Geiern einem andern als heute und heute einem andern als morgen, aber gestern, heute, morgen mit der gleichen, gähnenden Jubelstunde und dem gleichen, teils von außen, teils von innen begünstigten Streben nach Vollkommenheit.

Die Flöte sang eine wunderbare Passage. Dann puhte sie mit einem rührenden Lächeln die Nase. Ich kann nicht sagen, warum das rührend war, aber es war rührend. Ich hätte im Laufall neuerer Dramatik transmettieren mögen: O Mensch! O Kinder!

Mein Nachbar in der Loge schloß die Augen. „Ich will die Nacht“, sagte er, „nicht die Kontinuität.“

Er war ein Mannsch, ein Bourgeois, ein feiger Genießer, ein Lebensbegleiter, ein Kapitalist und Logenabonnementsinhaber. Er mochte die Papilien sein, wenn er glauben und ließen wollte.

Jetzt ist er wohl schon hin, und die Küchenschelle blüht aus seinen Augen.

Daß aber der Philosoph und Aesthet Alfred Polgar auch ein sozial warm empfindender Mensch ist, zeigt die Stizze, die mit „Soziale Unordnung“ überschrieben ist:

„Was wünschen Sie zum Abendbrot?“ fragte der Gefängnisdirektor den armen Sünder, der morgen früh am Galgen sterben sollte. „Sie dürfen essen und trinken, was und wieviel Sie wollen.“

„Schade“, sagte der Delinquent. „Schade. Wenn Sie mich das drei Monate früher gefragt hätten, wär der ganze Raubmord nicht passiert.“

Che und Gros

Am Mittwoch sprach in den „Nationalfestalen“ vor vielleicht zweitausend Menschen der katholische Geistliche Selmut Fahl über das Thema „Che und Gros“. Viele Besucher werden gekommen sein, weil es ihnen besonders reizvoll erschien, gerade einen katholischen Geistlichen, der ja zur Ehelosigkeit verpflichtet ist, über Che- und Sexualprobleme reden zu hören, andre mag der Ruhm Fahlens, einer der besten Redner zu sein, verlockt haben. Jedenfalls ist die interessante Tatsache zu konstatieren, daß ein Kaplan einen der größten Säle einer Großstadt zu füllen vermag — obendrein bei einem Eintrittspreis von 1 bis 4 Mark.

Der Redner stellte fest, daß es bei diesem Vortrage sich nicht um eine Predigt, sondern um eine philosophische Untersuchung handle, um die Festlegung der Grundlage, von der aus erst moralische Wertungen möglich sind. Bevor man eine Entscheidung über gut oder böse, richtig oder falsch fällen kann, ist es nötig, die Natur der Dinge und — da es sich hier um den Menschen handelt — die Natur des Menschen zu ergründen. Richtlinien bei diesen Untersuchungen gibt ihm der vordurchschnittliche griechische Philosoph Plato, der alles Leben und Geschehen auf dem diesseitigen Erbe als zurrückgeführt. Gros zwingt alles — vom Niedersten bis zum Höchsten — zum Streben nach Vollkommenheit. In der Physik und der Chemie nennen wir das Walten des Gros „Naturgesetze“. Er läßt sich zahlenmäßig erfassen. Je komplizierter das Gebilde, um so länger dauert der Prozeß der Umwandlung zu einer mehrere Eigenschaften voneinander neuem Form. Der Mensch ist das höchste Gebilde der Natur. Die Zeugung des Menschen beansprucht eine lange Zeitspanne; denn erst dann ist das neue Gebilde fertig, wenn es selbst den Gesetzen des Gros dienend, neugefaltet auf dem Wege zur Vollkommenheit fortgeschritten kann.

Diese lang dauernde Zeugungsperiode der Menschen zwingt die beiden nach Vollkommenheit durch Fortpflanzung strebenden Menschen (Mann und Weib) zu längerer Gemeinschaft wie das Tier.

Der zeugende Gros ist — weil er neugefaltet will — untreu. Die über den Zeugungsvorgang hinausgehende erotische Bindung der beiden Ehegatten, die nötig ist, um das neue Gebilde, das Kind, zur vollen Reife zu bringen, muß anderer Art sein als

Frontbanns und des Bundes Oberland habe einen Bestand von 6200 Gewehren am 1. Februar 1925 angegeben und mitgeteilt, daß die Gewehre innerhalb 10 Stunden verwendungsbereit sein können. Der Bund Oberland habe insgesamt 2600 Gewehre und Karabiner und ebenfalls einige Geschütze. Wahr alias Wabraun habe den Waffenvorrat seiner Vereinigung als „ganz geringfügig“ bezeichnet, im übrigen aber verlangt, daß alle nationalgesinnten Militärdiensttauglichen auf den großen Kampf vorbereitet werden.

Die „Berliner Volkszeitung“ bemerkt dazu: Die Dokumente sind an sich nichts neues. Sie haben sogar schon in der auswärtigen Politik eine gewisse Rolle gespielt. Sie stammen offenbar von einer Person, die mit den Verhältnissen bei der Reichswehr und bei den Rechtsverbänden recht vertraut ist und diese Wissenschaft für ihre Privatinteressen ausgenutzt hat — ein Vorgang, der bei den „Idealisten“ der Rechtsverbände häufig vorkommt, wenn das Geld knapp wird. Es schwebt auch ein Verfahren wegen Urkundenfälschung, das die Photographien dieser Protokolle zur Grundlage hat. Einer der Unterzeichner der Protokolle sitzt seit geraumer Zeit in Untersuchungshaft.

Der „Jungdeutsche“ hat mit seiner Veröffentlichung einem schwebenden Verfahren in einer sehr dunklen Angelegenheit einen kräftigen Stoß gegeben.

Trost im Schimpfen

Der Schlesische Landbund hielt am Mittwoch in Breslau seine diesjährige Hauptversammlung ab. Sämtliche in Schlesien ansässigen ehemaligen Landesfürsten hatten herzliche Begrüßungstelegramme geschickt, darunter der frühere Kronprinz, der aus Doorn seine Abwesenheit entschuldigte, ferner der frühere König von Sachsen, die frühere Großherzogin von Sachsen-Weimar usw. Auch die Reichswehr war bei der Tagung offiziell vertreten.

Außer einem Referat von Dr. Schiele (Maunburg), das prinzipielles Interesse des Landbundes für Bauernpolitik beweisen wollte, hielt der Vorsitzende, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Nischhofen (Wogulawitz) die Hauptrede der Tagung. Er nahm für den Landbund das Recht in Anspruch, sich nicht nur mit Wirtschaftsfragen, sondern auch mit allgemeinen „vaterländischen Anliegen“ zu beschäftigen. Das geschah in der Form wüster Angriffe auf die „Razisten“, wie Scheidemann, zu denen mit besonderer persönlicher Schärfe der auch in Militärfragen so gemäßigte Demokrat Dr. Gass gerechnet wurde, weil er angeblich Schlesien des notwendigen militärischen Schutzes gegen Polen entblößen will.

Solchen Deuten leistet der Schlesische Bauernbund Zutreiberdienste, erklärte Nischhofen (Wogulawitz), und kam damit auf den eigentlichen Anstoß seines Wunsches, den Erfolg der Bauernbewegung in Schlesien bei den diesjährigen Landwirtschafskammern wählen. Für Niederschlesien sei es ein tiefbetäubendes Ergebnis, daß der Schlesische Bauernbund von 44 Sitzen in der Kammer 11 erobert habe. Der Landbundführer verglich in seinem Vorn die Bauernbünde mit Irenanflakten, in denen der unvernünftige Teil der Menschen von den vernünftigen abgetrennt wird und nannte die Landwirtschaftskammervertreter des Bauernbundes „schwarzrotgoldene Ochsen“. Er beklagte die demokratische Erweiterung des Wahlrechts zu den Landwirtschaftskammern in Preußen und forderte seine Anhänger auf, das nächste Mal unbedingt den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen.

Den noch größeren Erfolg des von Zentrumsleuten geführten Oberschlesischen Bauernvereins, der in der benachbarten Landwirtschaftskammer der Provinz Oberschlesien die absolute Mehrheit aller Sitze eroberte, begrüßte Freiherr v. Nischhofen aus nachliegenden, parteitaktischen Gründen etwas vorsichtiger, doch wendete

er sich auch gegen diese, vom Zentrum gespendete und beherrschte Landwirtschaftskammer als überflüssige und löstspielige Einrichtung.

In einer der angenommenen Entschließungen wird u. a. jedes Entgegenkommen hinsichtlich der Fleischzölle und der Gewährung eines auch nur beschränkten Fleischkontingents im Rahmen der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen schärfstens bekämpft. In einer längeren und heftigen Entschließung wird dann noch der Entwurf des neuen sozialdemokratischen Agrarprogramms aufs schärfste angegriffen.

Die Entwaffnungsverhandlungen

Ueber die beiden noch strittigen Entwaffnungsfragen ist zwischen dem Interalliierten Militärkomitee und der deutschen Delegation eine prinzipielle Einigung erreicht worden. Man kann infolgedessen mit dem Zusammenritt der Woffschafferkonferenz für Sonnabend oder Montag zur endgültigen Liquidierung der Fragen rechnen. Bezüglich der deutschen Ostseestellungen ist ebenfalls in allen bedeutenderen Punkten eine Einigung erzielt. Es steht nur noch die Regelung einiger kleinerer Fragen von untergeordneter Bedeutung aus. Man ist aber angeblich zu einem Kompromiß auf der Grundlage gelangt, daß der deutsche Standpunkt hinsichtlich des Ausbaues der Befestigungen von Königsberg anerkannt wird, wogegen Deutschland sich zur Schleifung der Befestigungen von Logau und Rastin bereit erklärt.

Dazu melbet das Wolf-Bureau noch aus Paris: Das interalliierte Militärkomitee, das am Mittwoch unter dem Vorsitz des Marischalls hoch tagte, hat laut „Matin“ das in Berlin erzielte Abkommen betreffend die Herstellung und die Ausfuhr von Kriegsmaterial geprüft und offiziell gebilligt.

Arbeiterpartei gegen das China-Abenteuer

Aus London wird uns berichtet: In der gleichen Zeit, in der die englische Regierung zu einer frühzeitigen Einberufung des Parlaments nicht zu bewegen war, hat die britische Arbeiterbewegung beschlossen, einen Vorstoß hinsichtlich der chinesischen Frage zu unternehmen.

Zunächst versammelten sich die Exekutive der Arbeiterpartei, der Vorstand der Arbeiterfraktion im Unterhaus und der Generalrat der Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Sitzung zur Besprechung der chinesischen Lage. Es wurde beschlossen, eine Deputation zum Außenminister Chamberlain zu senden, welche dem Minister die tiefe Beunruhigung der Arbeiterbevölkerung über die militärischen Aktionen übermittelte, die die Auffassung der Arbeiterpartei verdolmetachte und ihn um Aufklärung über gewisse Maßnahmen bat.

Die Antwort Chamberlains war nach unsern Informationen als nicht befriedigend anzusehen. Darauf traten die Mitglieder der obengenannten Körperschaften zu einer neuen Sitzung zusammen und beschlossen eine Resolution, die unmittelbar nach Abschluß der Sitzung auf telegraphischem Wege an den Außenminister der Kanton-Regierung Tscheng übermittelt wurde. In dieser Entschließung sprechen die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften ihr Bedauern über die gegen die Kanton-Regierung gerichteten militärischen Demonstrationen aus, da sie geeignet sind, Panik und den Geist des Angriffs auf beiden Seiten zu entfesseln und damit gerade diejenigen Folgen hervorzurufen können, zu deren Bekämpfung diese Maßnahmen angeblich unternommen würden.

Die Arbeiterbewegung Großbritanniens fordere deshalb eine geduldige und anständige Fortsetzung der Verhandlungen mit Chamberlain mit dem Endzweck, der Abschaffung der bestehenden Verträge, die keineswegs mit Gewalt aufrechterhalten werden dürfen sowie die freundschaftliche Liquidierung derjenigen Einrichtungen, die direkte oder indirekte Folgen dieser Verträge mit China sind.

Diese Resolution ist von einem von den Vertretern der industriellen und politischen Arbeiterbewegung gezeichneten Nachwort begleitet, in dem die Führer der britischen Arbeiterbewegung betonen, daß sie alles, was in ihrer Macht steht, tun werden, um eine derartige Beilegung der englisch-chinesischen Schwierigkeiten herbeizuführen, durch welche China volle nationale Freiheit im vollsten Sinne des Wortes erhalten soll.

Die Führer der englischen Arbeiterpartei sprechen jedoch andererseits die Hoffnung aus, daß der chinesische Außenminister alles, was in seiner Macht steht, tun wird, um zu einer Verständigung mit England zu kommen und er alles vermeidet, was einen Vorwand für die Einsetzung des Militärs durch England bieten könnte.

Auch die Unabhängige Arbeiterpartei hat eine überaus scharfe Resolution beschlossen, in welcher sie die Zurückziehung der militärischen Streitkräfte aus den chinesischen Gewässern fordert. Die Unabhängige Arbeiterpartei warnt die Regierung, daß im Falle irgendwelcher Feindseligkeiten Hunderttausende britischer Sozialisten entschlossen seien, aktiv der Durchführung von Kriegsaktionen Widerstand zu leisten.

Kommunismus auf Sumatra

Der mit den indischen Verhältnissen sehr genau bekannte holländische Sozialist C. van der Pol schreibt in „Het Volk“, daß man die Berichte über eine ausgedehnte „kommunistische“ Organisation an der Westküste von Sumatra, die als eigentliche Urheberin des Januaraufstandes bezeichnet wurde, nicht ernst nehmen kann.

Den dort wohnenden Malaien ist das Wort „Kommunismus“ stets fremd gewesen. Nichtsdestoweniger sind sie seit Jahrhunderten Kommunisten im wirtschaftlich-marxistischen Sinne; denn sie sind vielleicht das einzige zivilisierte Volk, das keinen persönlichen Grundbesitz kennt, keinen Nachlaß durch Erben vererben läßt und weder in der Familie noch in der Gemeinschaft eine autoritative Gewalt anerkennt. Jedem kommunistischen Geboten würde der einfachste Minang-Stebauer, wie sich das hier wohnende Malaienwort nennt, ins Gesicht lachen und ihm erklären, daß er nichts Neues erzähle. Ein Proletariat kennt man dort infolge der alten kommunistischen Mutterrechtstypen nicht, und es geschieht nichts im Volkshaushalt oder in der Familie ohne bindende Mehrheitsbeschlüsse der um Rat gefragten Bevölkerung oder Familienmitglieder. Diese Malaien sind für Besprechung und gemeinsame Beratung auch mit den europäischen Beamten durchaus zugänglich, und ein menschlicher und erfahrener Verwaltungsoberster, der diesen Grundtat besetzt, ist hier mehr wert als viele Beamte.

Notizen

Geheimverhandlung über die weißrussischen Verfassungen. In der polnischen Sejmkommission für Geschäftsordnung und Immunitätsfragen, welche über die Frage der Auslieferung der verhafteten weißrussischen Abgeordneten entscheiden soll, verlangte der Justizminister Mehjawicz, daß die Sitzung für geheim erklärt werde, was auch geschah. Die Mitglieder des Senats und des Sejms verließen, soweit sie nicht Kommissionsmitglieder waren, die Sitzung. In den Sejmkreisen hat der Ausschluß der Öffentlichkeit bei Behandlung dieser wichtigen Frage lebhafteste Beunruhigung ausgelöst.

Kommunisten hat in der Tschechei. Gegen die Kommunisten in Prag ist wieder ein politischer Prozeß im Gange gegen vier kommunistische (und einen nationalsozialistischen) Abgeordneten, die wegen ihres Verhaltens bei den Obstruktionsaktionen im Parlament während des letzten Sommers von der bürgerlichen Mehrheit dem Staatsanwalt ausgeliefert wurden. Schon aus dem bisherigen Verhandlungsverlauf trat klar zutage, daß man bei diesem Prozeß weniger darum bemüht ist, die Wahrheit zu finden und Recht zu sprechen, als vielmehr ein politisches Urteil zu fällen und die kommunistische Partei zu terrorisieren.

Das Urteil im Zethlenprozeß. Das schweizerische Bundesstrafgericht für den Prozeß Zethlen-Bethlen (der ungarische Journalist Zethlen hatte den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Bethlen, in Genf öffentlich gedroht) hat am Dienstag nachmittag sein Urteil gefällt, das einen halben Freispruch bedeutet und auf 24 Tage Gefängnis, durch die Untersuchungshaft verbüßt, 500 Frank Buße, die Kosten von 300 Frank und 10jährige Landesverweisung lautet. Gegenüber dem einstimmigen Schuldspruch der Geschworenen und dem Antrag des außerordentlichen Bundesanwalts auf 3 Monate Gefängnis, 1000 Frank Buße und lebenslängliche Landesverweisung war die Kriminalkammer milde gestimmt. Eins ihrer Mitglieder, Bundesrichter Doldani, äußerte sich in der öffentlichen Urteilsberatung nahezu für Rückweisung des ganzen Prozesses an den Bundesrat zur Ueberweisung an die kantonalen Gerichte. — Eine Tatsache bleibt allerdings bestehen. Der Mörder des russischen Diplomaten Morosoff wurde von einem Schweizer Gericht freigesprochen, ein Staatsmann aus Ost-Ungarn dagegen wird auch gegen sehr harmlose Angriffe (eine Ohrfeige ist entschieden harmloser wie eine Revolverkugel) kräftig von den „freien Eidgenossen“ verurteilt.

Depeschen

Gegen das China-Abenteuer

Mt. Montreal, 27. Januar. Der Präsident des Gewerkschaftskongresses von Kanada, Tom Moore, äußert zu den Arbeiterunruhen in Australien und Neuseeland, die Arbeiterschaft sei gegen jede allgemeine Intervention und billigt seiner Ansicht nach nur Maßnahmen, die zum Schutze von Menschenleben notwendig seien.

Mt. Johannesburg, 26. Januar. Der nationale Volksgauschuß des südafrikanischen Gewerkschaftskongresses anerkannte in einer Entschließung das Recht aller Völker auf vollste Freiheit, erklärte restlose Sympathie mit den Chinesen in ihrem Kampf um Beseitigung des Joches der ausländischen Ausbeutung, und verurteilte das Vorgehen derjenigen Regierungen, die eine Politik militärischer Intervention begonnen haben in der Absicht, die Ungerechtigkeiten, unter denen die Chinesen gelitten haben, zu bereinigen.

Amerikas Stellung zu China

Wb. Washington, 27. Januar. Die lange erwartete Erklärung des Staatssekretärs Kellogg über die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China wurde heute hier veröffentlicht. Sie besagt, daß die amerikanische Regierung bereit sei, über neue Verträge mit China zu verhandeln, wobei sie nützlichstenfalls unabhängig von anderen Mächten auftreten werde, daß sie aber bestehende Verträge nicht aufheben könne, bevor ein neuer Vertrag unterzeichnet und ratifiziert worden ist. Die Erklärung betont weiter, die amerikanischen Sympathien mit China, „nationalistischem Erwachen“, ferner für volle Neutralität im chinesischen Bürgerkrieg. Die einzige Frage sei, mit wem die Vereinigten Staaten verhandeln sollen.

Weiter heißt es in der Note noch: Die Washingtoner Regierung wünsche unverzüglich die Aempfehlung der Pekinger Kommission für Territorialität wirksam zu machen und mit China über einen neuen Vertrag über den Abbau der exterritorialen Rechte zu verhandeln, so bald China bereit sei, amerikanischen Bürgern und ihren Rechten und Interessen gesetzlichen und gerichtlichen Schutz zu gewähren. Die Vereinigten Staaten hätten niemals eine „imperialistische Haltung gegenüber China“ bezeugt.

Wahrung, englische Kriegsgefangene!

Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat die erste Rate der von ihr anerkannten Guthaben der Zivil- und Kriegsgefangenen überwiesen. Alle ehemaligen Seemänner, die sich in englischer Gefangenschaft, sei es in England oder in Frankreich, befunden haben, und deren Erben, (auch die, welche Guthaben schon in Papiermark zurückerhalten haben), werden aufgefordert, auf einer Postkarte der Rechtsverwaltung für Reichsausgaben, Berlin W 9, Königsgrüner Straße 122, folgende Angaben zu machen: Vor- und Zunahme, Adresse, Geburtsort, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenenkompanie bzw. Depot- oder Lagerbezeichnung. Erben haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberechtigung beizubringen. Die Auszahlung erfolgt durch die Post.

Die Krupp-Anleihe

Mt. Berlin, 27. Januar. Wie die „B. Z.“ erfährt, sind für die am Montag beginnende Zeichnung der deutschen 45-Millionen-Franche der 6prozentigen Krupp-Anleihe bei dem Bankenkongress bereits Voranmeldungen in solcher Höhe eingegangen, daß man in beteiligten Kreisen mit einer vielfachen Ueberzeichnung rechnet.

Schiedsspruch der Buchdrucker verbindlich

Mt. Berlin, 27. Januar. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Im Lohnstreit im Buchdruckgewerbe hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch, der die Weitergeltung der Löhne bis zum 31. März 1927 vorschreibt, für verbindlich erklärt.

Schiedsspruch abgelehnt

Mt. Görlitz, 27. Januar. Der am 18. d. M. von der Schlichterkammer Breslau in der Lohnbewegung der schlesischen Textilindustrie gefällte Schiedsspruch ist von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite abgelehnt worden.

Gusten mit Auswurf, Verschleimung, Katarrhe, lindert verblühend Jagomint 2,50 M. Hof-Apotheke, Breiter Weg 158.

der zeugende Gros. Hier tritt der Gros der höchsten Form: die Freundschaft in Aktion. Die Freundschaft ist rein geistiger Natur, der Geist ist das Höchste, also ist die Freundschaft — die im menschlichen Liebesleben immer eine Rolle spielt, weil der Mensch nichts tun kann wie das Tier, sondern immer sich von einer Idee leiten läßt — die höchste Form des Gros.

Das war der Grundgedanke des Vortrags. Man kann das Eheproblem auch von einer anderen Seite aus anfassen. Unserer Meinung nach muß man es sogar tun; denn so kann man die durch veränderte Wirtschaftsverhältnisse gerade jetzt brennend gewordenen Eheprobleme nicht lösen. Zu Platos Zeiten — und von ihm geht Fafel aus — trennte der Mann seinen Gros und betätigte die verschiedenen Phasen desselben auf verschiedenen Gebieten. Er hatte neben der Ehe noch andre, als selbstverfügblich hingewonnene Einrichtungen, die heute nicht mehr vorhanden sind oder wenigstens nicht mehr für moralisch, das heißt erlaubt gelten. Es läßt sich — theoretisch — eine Ehe denken in der alle Phasen des Gros untergebracht werden können. Aber dazu ist eine andre Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft, sind vor allem andre Moralgesetze für die Frau nötig.

Aber das zu ergründen und zu erlangen kann — wir geben es zu — nicht Aufgabe eines Priesters sein. Unerkennbar muß man die große Freiheit und Sicherheit, die Klugheit und den Takt mit denen ein Priester ein derart umstrittenes Problem der Gegenwart von seinem Standpunkt aus behandelt und bewundern muß man die Form, die Methode mit der es geschah. Fafel ist ein ganz bedeutender Redner. Er besitzt die Gabe nicht nur klar und verständlich sich auszudrücken, sondern auf das Gefagte so zu formen — buchstäblich — daß es beinahe sichtbar wird.

Und welche Ueberlegenheit dieses Katholiken über seine protestantischen Kollegen! Woher das kommt? Er ist nicht prüde.

Die polnische Gruppe des Venklus hat beschlossen, an die Berliner Gruppe des Klubs ein Schreiben zu richten, in welchem sie gebeten werden soll, einen Besuch Thomas Manns in Warschau für den Februar zu vermitteln.

„Frau Schreier“, ein neues Drama von Adolf Paul, wurde von der Volkshäuser-Verlags- und Vertriebs-G. m. b. H., Berlin, erworben, und kommt Anfang März als nächste Einstudierung im Theater am Schiffbauerdamm heraus.

Gertrud Künger — Solistin im Kammerkonzert. Das höchste Orchester veranstaltet unter Leitung des Generalmusikdirektors Walter Beck am Montag den 31. Januar, abends 7½ Uhr, im Wilhelm-Theater das 2. Kammerkonzert. Abi. B. Neben den Damen des Magdeburger Madrigalchor wickelt Solistin Gertrud Künger vor dem Magdeburger Stadttheater mit. In dem Kammerkonzert werden u. a. Werke von Monteverdi: Sonate Sancta Maria, Malipiero: Nicercari für elf Instrumente und Wagner: Siegfried-Idyll zu Gehör gebracht werden. Das Programm umfaßt endlich noch Lieber von Hindemith und Strawinsky sowie die Kammermusik von fünf Klägern, komponiert von Hindemith.

SENIERTAGE

Der enorme Erfolg unserer Serien-Tage veranlaßt uns, Ihnen heute weitere außergewöhnlich vorteilhafte Angebote zu unterbreiten.



- 2 Stück Rouleaukordel à 7 Meter reinleinen . . . 48
- 6 Duzd. Perlmutter-Knöpfe fort. Größen . . . 48
- 12 Knäuel-Twist . . . 48
- 10 Stück Halbleinen-Band verschied. Breiten . . . 48
- 50 g Estremadura schwarz, weiß und farbige . . . 48
- 6 Meter Klüppel-Spitzen . . . 48
- 4,60 Meter Wäsche-Stickerei . . . 48
- 1 Kissenstecke hochwürdig . . . 48
- 1 Knaben-Schürze gestreift . . . 48
- 1 Mitteldecke schwarz, gestreift . . . 48
- 1 Kissenstecke gestreift . . . 48
- 1 Kaffeemütze schwarz, dreieckig . . . 48
- 1 Kinder-Beschüttschale schwarz, Saß . . . 48
- 3 Stück Lavolin-Seife in Karton . . . 48
- 1 Rasier-Garnitur mit Pinzel . . . 48
- 3 Rollen Unterbrustpapier weiß . . . 48
- 1 Paar Scheibengarnituren . . . 48
- 1 Meter Feinstaborte . . . 48
- 1 Kinderschlepphose 5-60 cm . . . 48
- 1 Korsettschoner weiß, fein gestr. . . 48
- 3 Herren-Taschentücher weiß mit buntem Rand . . . 48
- 1 Paar Damen-Strümpfe Baumwolle, verjüngt . . . 48
- 1 Paar Herren-Socken extra hart, Halb-wole . . . 48
- 1 Paar Kinder-Handschuhe reine Wolle, gestr. Gr. 2 . . . 48
- 2 Paar Herren-Socken Baumwolle, grau . . . 48
- 3 Leinwandkragen 110x140 Kelo . . . 48
- 2 Sport-Brillen weiß u. farbige . . . 48
- 1 Sport-Serviette gestreift, Seide . . . 48
- 1 Paar Sportbrillen für Kinder . . . 48
- 3 Damast-Servietten halb-weiß . . . 48
- 3 Wischtücher klein oder mit Leinwand . . . 48
- 2 kratzige Schwammtücher . . . 48
- 1 Meter Zepelin gestreift . . . 48
- 20 Meter Langeweile oder Schlingeweile . . . 48
- 10 Meter Bettlätze . . . 48



- 1 Damen-Schluphose gefüttert . . . 95
- 1 Unterziehhöschen feingestrickt, weiß und farbige . . . 95
- 1 Korsettschoner mit Klüppelrippe . . . 95
- 1 Damen-Untertaille gefüttert, mit langem Arm . . . 95
- 1 Damen-Untertaille gefüttert ohne Arm . . . 95
- 1 Kinder-Unteranzug geütert, Größe 60 . . . 95
- 1 Kinder-Schlupfer Kunstseide . . . 95
- 1 Paar Damen-Strümpfe Baumwolle, gestr., Größe 9 u. 10 . . . 95
- 1 Paar D.-Strümpfe Kunstseide, Seidenfärbung, ob. Platte mit Nagel . . . 95
- 1 Paar H.-Socken buntfarbig, Seidenfärbung, ob. Platte . . . 95
- 1 Paar Kinder-Handschuhe reine Wolle, gestrickt . . . 95
- 1 P. Dam.-Handschuhe Tricot od. reine Wolle, gestrickt . . . 95
- 1 Paar Herren-Handschuhe mittlere, Subleder . . . 95
- 1 Paar Kinder-Gamaschen reine Wolle, gestrickt . . . 95
- 1 Mädchen-Hängerschürze bunt oder gestreift, ver. hoch. Längen . . . 95
- 1 Jumper-Schürze bunt oder gestreift . . . 95
- 1 Kissen bunt Ripse, gestreift . . . 95
- 1 Damen-Neckkleid mit Saugtiefe . . . 95
- 1 Damen-Negligé mit Saugtiefe . . . 95
- 1 Jumper-Untertaille mit Stiderei . . . 95
- 1 Kocher-Handtuch fertig eingeseht, gestreift . . . 95
- 1 Klammer-Schürze gestreift . . . 95
- 1 Mitteldecke oder Sanfter, weiß mit Klüppelrippe . . . 95
- 1 Paar Hosenträger Baumwolle mit Leder . . . 95
- 1 Selbstbinder od. Regatte . . . 95
- 1 Meter Pulloverstoff aparte Reinheit . . . 95
- 1 Meter Meraner Schotter od. Streifen . . . 95
- 1 Garten-Fischdecke 100x110, extrafest, gestr., waschbar . . . 95
- 8 Stück Poliertücher Qualität . . . 95
- 1 Schlafdecke grau, mit Rand . . . 95
- 1 Meter Linen Deckenbreite . . . 95
- 3 Gerstenkörner od. Weizenkörner gestreift . . . 95
- 1 Tischwäscher klein mit weichen Rand . . . 95
- 1 Wollschal für Kinder . . . 95

Der weiteste Weg lohnt sich!

1 Zeitungshalter
für die Woche
95

1 Wärmflasche
mit Reifingewand-
schraubung
95

1 Glas-Kuchenteller
schönes Presmamotiv, ca. 30 cm.
95

1 Emaille-Teigschüssel
36 cm, rechteckig
95

1 Glasschüssel
prima weißes
Glas, 25 cm
Durchmesser
48

**6 Goldrand-
Kierbecher**
1/2 Liter
95

**1 Holzmesser-
kasten**
weiß
48

1 Brotmesser
Solinger Stahl
48

**1 Wirt-
schafts-
waage**
mit Re-
mitter-
vorrichtung
2,95



- 3 Meter Körperbarchent weiß . . . 1.95
 - 3 Meter rein Mako 80 cm . . . 1.95
 - 5 Meter Rohnessel 80 cm . . . 1.95
 - 1 Damast-Tischtuch 115x115 cm . . . 1.95
 - 3 Frottier-Handtücher . . . 1.95
 - 1 Meter Popelin reine Wolle . . . 1.95
 - 1 Meter Velour-Ottoman 140 cm breit, mollige Ware . . . 1.95
 - 1 Meter Maskensamt oder Atlas in allen Farben . . . 1.95
 - 1 Remdhose mit Stiderei, Bündelform . . . 1.95
 - 1 D.-Prinzebrock m. Stiderei und Hoblbaum . . . 1.95
 - 1 Damen-Negligé mit Stiderei, schmale Träg., ob. Achselabsatz . . . 1.95
 - 1 Jumper-Schürze bunt oder gestreift . . . 1.95
 - 1 Kerb-Tischdecke 80x80 reich mit Klüppel . . . 1.95
 - 1 Herren-Futterhose grau . . . 1.95
 - 1 Dam.-Reformhose blau, Tricot . . . 1.95
 - 1 Wollschal gestrickt, reine Wolle . . . 1.95
 - 1 Herren-Normal- oder -Makohose . . . 1.95
 - 1 Herren-Rose oder Negligé, maotfarbig, poröse . . . 1.95
 - 1 Selbstbinder Kunstseide oder reine Seide . . . 1.95
 - 1 Paar Damen-Strümpfe Semberg-Saßseide, farb. u. schwarz . . . 1.95
 - 1 P. Dam.-Handstrabe im Bild, od. Kunstst. platt . . . 1.95
 - 1 Hauskleid aus Seppir, gestreift . . . 1.95
 - 1 Kleiderrock Donegal, gestreift . . . 1.95
 - 1 Künstler-Garnitur Engl. Füll, steif . . . 1.95
 - 1 Meter Chenillefranse 50 cm breit, in vielen Farben . . . 1.95
- Haushalt-Artikel**
- 1 Piassava-Besen . . . 48
 - 6 Glas-Komforteller zum Ausfischen . . . 48
 - 1 Kleiderbürste gute Mischung . . . 48
 - 1 Butter- u. 1 Käsestoppe Glas, zusammen . . . 95
 - 1 Likörservice steilig . . . 95
 - 4 Parz.-Speisesteller festwand . . . 95
 - 1 Handfruchthalter von Weisung, mit 3 Glasrängen . . . 1.95
 - 1 Wäscheleine 30 Meter . . . 1.95



- 1 Meter Ulsterstoff 140 cm breit, schwere Qualität . . . 2.95
- 1 Meter Popeline 100 cm breit, viele Farben . . . 2.95
- 1 Meter Fulgurante 80 cm breit, in vielen Farben . . . 2.95
- 1 Meter Helvetiaseide Lichtfarben . . . 2.95
- 1 Mtr. Eolienne Wolle mit Seide, aparte Farben . . . 2.95
- 1 Mtr. Schotten u. Streifen reine Wolle . . . 2.95
- 1 Meter Körpervelvet schwarz . . . 2.95
- 1 Damen-Remdhose feingestrickt, mit langem Arm . . . 2.95
- 1 Herren-Futterhose grau oder rohweiß . . . 2.95
- 1 Herren-Einsatzhemd Normal, mit Kops-Einsatz . . . 2.95
- 1 Damen-Schluphose Kunstseide glatt u. gestreift . . . 2.95
- 1 Prinzebrock Klüppelrippe mit Stiderei . . . 2.95
- 1 Damen-Handtasche Leder, moderne Form . . . 2.95
- 1 Damen-Nachthemd reich mit Klüppelrippe . . . 2.95
- 1 Kleid Meraner Seiden, moderne Nachart . . . 2.95
- 1 Kinderkleid aus sortierten Stoffen . . . 2.95
- 1 Wandbehang mit Bild . . . 2.95
- 1 Künstler-Garnitur Englisch Füll, oder Etamin . . . 2.95
- 1 Meter Pulloverstoff reine Wolle . . . 2.95
- 1 Monteurjacke oder -hose prima Hautsch . . . 2.95
- 2/3 Meter Rockstickerei ca. 25 cm breit . . . 95
- 1 Meter Spachtelspitze grade oder rund gewest . . . 95
- 10 Gebild Schmidt'sche Wolle schwarz und grau . . . 95
- 12 Kinder-Taschentücher . . . 95
- 4 Damen-Taschentücher mit Hoblbaum . . . 95
- 1 Kissenfüllung verschiedene Formen . . . 95
- 1 Kasak Velour oder Stanell, gestreift, mit halben Arm . . . 95
- 1 Damen-Kleid in verschiedenen Mustern, Maßmuffeln . . . 95
- 2 Nachttischdecken gestreift . . . 95
- 1 Leitungsschoner und 1 Kopflappen tafeln zusammen . . . 95
- 1 Mtr. Maskensatin od. -flanell bunt u. einfarb. . . 95
- 1 Meter Unterrockvelour . . . 95
- 1 Meter Wollmusselin bedruckt, neues Muster . . . 95

WITTKOWSKI *mit* **Breitweg 61**
Das Haus der guten Qualitäten und der billigen Preise!

Abbau der Privatschulen

Bei der dritten Lesung des Gesetzes zur Behandlung der Geschlechtskrankheiten am Mittwoch im Reichstag erhielt zuerst das Wort

Abg. Frau Schroeder (Soz.)

Sie begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der die Vorlage in mehreren wesentlichen Punkten verbessern will, und von dessen Annahme die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Gesetz abhängt.

Diese Zusatzformulierung ist notwendig, da aus den jetzigen Bestimmungen sehr leicht eine Unsicherheit entstehen könnte. Die Rednerin beantragt, daß im § 15a hinter dem Worte „Kasernierung“ einzufügen ist: „Sowie die Führung von Polizeilisten der Gewerbebezugnehmenden Frauen. Keineswegs darf durch die Listenführung den Prostituierten eine Rückkehr in das normale Leben verweigert werden.“

Abg. Käbel (Komm.) begründet einen Antrag, der besagt, daß die an einer Geschlechtskrankheit Leidenden die Pflicht haben, sich von einem Arzt oder Heilkundigen behandeln zu lassen. Die Behandlung soll kostenlos geschehen.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag, der die unentgeltliche Behandlung von Winderbemittelten fordert, mit 164 gegen 146 Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Änderungsantrag zum § 7 wird abgelehnt. Die Paragraphen 8 bis 15 erhalten die Zustimmung des Hauses in der Formulierung der zweiten Lesung. Vor der Schlussabstimmung gibt Abg. Moses folgende

Erklärung namens der Sozialdemokraten

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion legt diesem Gesetzentwurf aus volksgesundheitlichen und wohlfahrtspflegerischen Gründen die allergrößte Bedeutung bei; sie bejaht deshalb um so mehr, ihm nicht in ihrer Gesamtheit zustimmen zu können.

Die Ablehnung der Unentgeltlichkeit der Behandlung in diesem Gesetz, sowie die Einbeziehung aller Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane in den lediglich den für das Deutsche Reich approbierten Ärzten zustehenden Behandlungskreis macht es einem Teil der Fraktion unmöglich, seine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf zu geben.

Diese Abgeordneten glauben jedoch nicht die Verantwortung dafür übernehmen zu können, daß durch ihre Ablehnung das ganze Gesetz fällt. Seit Jahrzehnten kämpfen große Kreise der Bevölkerung, die Frauen, Ärzte, Sexualforscher u. a. zusammen mit der sozialdemokratischen Partei für die Beendigung der nur noch in wenigen Staaten aufrecht erhaltenen Kulturschande der Bordelliererei und Kasernierung.

Alle diese Gründe veranlassen einen Teil der sozialdemokratischen Fraktion, trotz der erwähten Bedenken dem Gesetz zuzustimmen. Die gesamte sozialdemokratische Fraktion ist sich aber einzig darin, daß, wenn heute dieses Gesetz angenommen wird, sie nicht ruhen wird, um sich daraus ergebende Mängel oder unnötige Härten so schnell als möglich abzustellen, und sie behält sich deshalb vor, Verbesserungsanträge sowohl in sozialer wie in gesundheitlicher Hinsicht jederzeit im Reichstag einzubringen.

Er folgt die zweite Beratung der vom Zentrum und den beiden Rechtsparteien eingebrachten Anträge zur

Abänderung des Grundschulgesetzes.

Der Antrag für das Bildungsweesen beantragt, dem § 2 des Gesetzes eine neue Fassung zu geben, wonach für private Vorschulen und Vorschulklassen, wo eine baldige Auflösung oder ein

balbiger Abbau erhebliche wirtschaftliche Härten für die Lehrkräfte oder die Unterhaltsträger mit sich bringen würde, oder aus ähnlichen Gründen untunlich sei, die Auflösung aufgeschoben werden kann. Bevor die Entschädigung an die Lehrkräfte oder die Unterhaltsträger aus öffentlichen Mitteln nicht gesetzlich geregelt ist, soll der Abbau oder die Auflösung der privaten Vorschulen nicht erfolgen.

Abg. Löwenstein (Soz.)

begründet einen Abänderungsantrag, wonach die Auflösung der Vorschulen bis zum Beginn des Schuljahres 1929/30 erfolgen soll, in Einzelfällen soll den Privatschulen, wo der Beginn des Abbaues Ostern 1927 erhebliche wirtschaftliche Härten mit sich bringen würde, ein Aufschub um ein Jahr gewährt werden.

Jetzt soll der Abbau der Privatschulen überhaupt verhindert werden, und zwar dadurch, daß er von der Entschädigung aus öffentlichen Mitteln abhängig gemacht wird. Im Grundschulgesetz war eine Entschädigung für die abgebauten Lehrkräfte vorgesehen, jetzt soll dieses Entgegenkommen dazu benutzt werden, um den Abbau der Vorschulen überhaupt zu verhindern.

Jetzt soll aber die Erfüllung der Reichsverfassung abhängig gemacht werden von einer neuen Angelegenheit, die in der Verfassung keine Begründung hat, daß nämlich die Entschädigung gesetzlich festgelegt wird, die Erfüllung der Verfassung wird also durch ein Sperrgesetz unmöglich gemacht.

Auch die deutsche Lehrerschaft hat sich gegen die Vorlage ausgesprochen, ebenso hat der Vorstand des Deutschen Städtetages dagegen protestiert, weil die mit großen Mitteln aufrechterhaltenen öffentlichen Schulen der Länder und Staaten durch das Privatschulwesen gefährdet werden.

Die weitere Beratung wird gegen 5 Uhr auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

monarchistische Gesinnungsschulen

Die Mittwochsitzung des Preussischen Landtags wurde eingeleitet durch eine Erklärung des bürgerlichen Abg. Gieseler, der (nach der Beurteilung des bürgerlichen Redaktors wegen Verleumdung des Wohlfahrtsministers Hirtfelder zu 6 Monaten Gefängnis) sich genötigt sah, die von ihm im Landtag vorgebrachten Beschuldigungen gegen den Minister mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

In der fortgesetzten allgemeinen Beratung des Wohlfahrtsstatuts versuchte Abg. Ledeborff (Wirtsch. Vag.) als Hausbesitzerführer die Verordnung über Befreiung der gewerblichen Räume und Großwohnungen vom Mieterzuschuß zu verteidigen.

Die weitere Beratung wird gegen 5 Uhr auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Preussischer Landtag

Die Mittwochsitzung des Preussischen Landtags wurde eingeleitet durch eine Erklärung des bürgerlichen Abg. Gieseler, der (nach der Beurteilung des bürgerlichen Redaktors wegen Verleumdung des Wohlfahrtsministers Hirtfelder zu 6 Monaten Gefängnis) sich genötigt sah, die von ihm im Landtag vorgebrachten Beschuldigungen gegen den Minister mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

Die weitere Beratung wird gegen 5 Uhr auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Abg. Meyer (Solingen, Soz.) fertigte den Wirtschaftsparteiler dadurch ab, daß er ihm unter dem Beifall der Linken vorhielt, wie er erst in der vorigen Woche im Hause vor einer Deputation seiner erzürnten Wähler kläglich ausgerufen sei. Trotz aller Schwierigkeiten sei der Wohnungsbau in der Nachkriegszeit vorangekommen und das verlorene Jahr stelle eine Spitzenleistung dar, die über den Friedensdurchschnitt hinausgehe.

Der weitere Verlauf der Debatte brachte noch eine scharfe Anklage des Demokraten Mertens (Berlin) gegen die Demagogie des Abg. Ledeborff, der sich vergeblich bemüht habe, die Ministerialverordnung zu decken.

Wohlfahrtsminister Hirtfelder nahm schließlich noch einmal das Wort, um zu betonen, daß er sich bis zuletzt die Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft gewehrt habe. Leider hätten ihn dabei alle Parteien im Stich gelassen.

Damit wurde die Debatte über den Wohlfahrtsstatut abgeschlossen. In persönlicher Bemerkung stellte Abg. Lüdemann (Soz.) fest, daß die Behauptung des Ministers, er sei von allen Parteien im Stich gelassen, auf die Sozialdemokratie nicht zutreffen könne.

Darauf vertagte sich das Haus auf Dienstag den 15. Februar mit der Tagesordnung: Domänenetat, Einzelberatung des Wohlfahrtsstatuts.

Industrie und städtische Beamte

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß hervorragende städtische Beamte in die Privatindustrie übertreten, weil diese anscheinend wieder sehr gut in der Lage ist, äußerst hohe Gehälter zu zahlen. In Erinnerung wird noch der Fall des Berliner Kammerers Dr. Karding sein. Aufsehen erregte auch kürzlich das Eintreten des Direktors der städtischen Betriebe in Köln in die Firma Felten u. Guilleaume.

Man kann es keinem Beamten übelnehmen, wenn er dort hin geht, wo seine Fähigkeiten und seine Arbeitskraft am höchsten bezahlt werden. Bei den oben erwähnten Hebertritten liegen die Dinge aber wesentlich anders.

Die Stadt wird aber ohne Zweifel dadurch geschädigt. Weiter schanz man der Industrie ganz beträchtliche Vorteile zu und ermuntert sie, die benötigten routinierten Kräfte wohlfeil an sich zu ziehen, nachdem die Betriebe der öffentlichen Hand die Ausbildung besorgt haben.

Die Stadt wird aber ohne Zweifel dadurch geschädigt. Weiter schanz man der Industrie ganz beträchtliche Vorteile zu und ermuntert sie, die benötigten routinierten Kräfte wohlfeil an sich zu ziehen, nachdem die Betriebe der öffentlichen Hand die Ausbildung besorgt haben.

Ein Rechenfehler

Erzählung von Hermann Sendebach.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

9.

„Hoffentlich, Fräulein Berger, habe ich Sie nun doch ein wenig zu überzeugen vermocht, daß ich kein schreckliches Raubtier bin.“

„Ich — habe Sie nie dafür gehalten.“ entgegnete sie und duckt sich tiefer in die Ecke des Wagens.

„Sie rüdt ihr näher: „Warum sind Sie neulich, als Sie bei mir waren, so erschrocken?“

„Sie heißt sich auf die Lippen und schweigt. „Gestehen Sie mir's nur offen ein: Ich gelte als rechter Mann in der Bank, als großes Ziel und Angeber.“

„Gestehen Sie mir's nur! — Ich mache mir auch gar nichts daraus. Ich bin der Ansicht, daß man streng sein muß — mit diesen Leuten.“

„Ich bin davon überzeugt, Herr Direktor, und deshalb — Nun haben Sie wieder Herr Direktor zu mir gesagt! — Zur Strafe müssen Sie Du zu mir sagen!“

„Kein — nein!“

„Ich bitte Sie darum! — Nur ein einziges Mal!“

„Kein — ich kann nicht!“

„Wollen Sie nicht meine Freundin sein? Sie kommen doch nun öfters mit mir?“

„Herr Direktor, ich kann nicht!“

„Aber weshalb nicht?“

„Ich bin ja schon — verlobt, Herr Direktor!“

„Dann gilt es auch nicht, dann sind Sie auch nicht richtig verlobt.“

„Ich — habe ihn lieb — und — ich denke, das gilt.“

„Wer ist es denn? — Was wird er Ihnen denn bieten können?“

„Herr Direktor, darauf kommt es nicht an.“

„Sie müssen sich plagen, ein ärmliches, elendes Leben führen — Dafür aber sind Sie doch viel zu gut — und viel zu hübsch.“

„Ihre Anteilnahme hat mir neulich gesagt, Sie seien nicht in besonders guten Verhältnissen. Sie müssen für Ihre Familie sorgen.“

„Ich will es von nun an für Sie tun, Sie sollen auch heraus aus der Bank!“

„Herr Direktor — ich bin nicht käuflich.“

„Pöhllich ist all Ihre Schen verfliegen, alle Kenglichkeit, — es ist ihr gleich, was daraus entstehen mag, sie wäre bereit, selbst betteln zu gehen, um ihrem Geliebten die Dreu zu wahren.“

„Sie ist frei, sie ist stark, was kümmert sie alles, wie hatte sie nur so feig sein können, wie hat sie sich nur so weit einlassen können in dieses ungeliebte Abenteuer?“

„Nun will sie nach Hause, sie will ihrem Bräutigam alles sagen, sie will mit ihm ihre Zukunft beraten, unbekümmert und ohne Zagen.“

„Wie entsetzlich langsam das Auto fährt! — Was will dieser fremde Mensch neben ihr? — Sie wird fahren, wenn er es wagen sollte, sie anzurühren, — nein, sie wird sich selber wehren, sie ballt ihre Fäuste im Dunkel des Wagens.“

„Doch nein, — er bringt nicht auf sie ein — ist er besser, als sie glauben möchte, — eine Weile sitzt er ganz still im Wagen.“

„Koch immer klingt es ihm in den Ohren: „Ich bin nicht käuflich!“

„Wie hüß, wie stark, wie tragisch es klang! — Und er kann nicht wehren, daß gerade dieser Ton ihm gefällt. Er reißt ihn hin, er magt ihn toll vor Begierde nach ihr.“

„Ich weiß es, daß Sie nicht käuflich sind, drum liebe ich Sie! — Ich liebe Sie und Sie müssen mich lieben. Ich durfte keinen zwischen uns heiden.“

„Er fühlt es selbst, daß hier seine Macht zu Ende ist, daß dieser Ton ein Fehlversuch war.“

„Wieder spricht er mit freundlicher Stimme, fast bittend, flehend: „Seyen Sie doch nicht so feindselig zu mir! — Ich liebe Sie wirklich, Sie sollen mich lieben — Sie sollen meine Frau sein!“

„Es ist kein Ernst, in diesem Augenblick liebt er sie wirklich, begehrt sie rasend, ist alles zu tun und zu lassen bereit, um sie zu gewinnen.“

„Verlobt es sie einen Augenblick lang: Reichtum, Macht, Glanz, Freiheit?“

„Kein — fort!“

„Ich habe gewählt.“

„Ich nehme es nicht als Ihr letztes Wort.“

„Er fühlt, daß er heute nicht weiter gehen darf. Aber er gibt es noch lange nicht auf. Es ist noch nicht aller Tage Abend.“

„Das Auto ist endlich doch angelangt in ihrer Straße. Sie bittet, nicht weiter vorzufahren, es soll sie niemand im Hause erkennen.“

„Da läßt er halten, öffnet die Tür, hilft ihr heraus.“

„Ich danke Ihnen für diesen Abend! Sie überlegen sich's noch! Ich verzeihe nicht!“

„Sie sie nur zur Begrüßung kommt, hat er ihre Hand ergriffen, zum Kusse geführt.“

„Da stürzt aus dem Schatten ein Mensch hervor.“

„Du — Ludwig!“

„Ich — ja! — Er schreit Du Dirne? Du! Du!“

„Schon hat er sie um den Hals gepackt mit eisernen Fingern, reißt sie zu Boden, kniet auf ihr nieder, würgt, würgt...“

Aus den Gerichtssälen

Überflüssige Anklagen

Mit zwei vollkommen überflüssigen Anklagen hatte sich am Dienstag das Schöffengericht in Magdeburg zu beschäftigen. In dem ersten Falle handelte es sich um einen angeblich verurteilten Betrug, weswegen sich ein 22 Jahre alter Arbeiter aus Langenweddingen zu verantworten hatte. Der junge Mensch ist bisher völlig unbestraft, hat seit seiner Schulentlassung tüchtig arbeiten müssen und ist trotz der schweren Wirtschaftskrisis der letzten Jahre nur selten arbeitslos geworden. Im Mai des vergangenen Jahres wird er aber doch von dem Erubel der Erwerbslosigkeit erfaßt. Er geht selbstverständlich auf das Gemeindefürsorgeamt in Langenweddingen und stellt einen Antrag auf Gewährung von Erwerbslosenunterstützung. Der Antrag wird angenommen. Der junge Mensch, der den Antrag einstimmig vergibt, wie es vorgeschrieben ist, dem Antragsteller die einzelnen Fragen und deren Beantwortung laut und deutlich noch einmal vorzulesen, er vergißt auch, den Antragsteller darauf hinzuweisen, daß gerichtliche Verurteilung erfolgen würde, sobald die einzelnen Fragen wahrheitswidrig beantwortet würden.

Ein junger Bureauangestellter kann das vergessen. Der Richter meint allerdings, daß sei eine grobe Fahrlässigkeit, da man sich auf ein unterschriebenes amtliches Protokoll unbedingt verlassen müßte. In dem Antrag heißt eine Frage: Wer ist Haus- und Familienvorstand? Das ist selbst nach Ansicht des Schöffengerichtsvorsitzenden ein dehnbarer Begriff. Der junge Mensch meinte, der Haushaltungsvorstand sei diejenige Person, bei der man in Kost ist. Da er sich mit seiner Stiefmutter überworfen hatte, schloß er nur im elterlichen Haus, als aber bei einem Bekannten. Nach dem Gesetz bleibt der Haushaltungsvorstand der Vater, nicht aber die Person, bei der man ist und trinkt. Der Bureauangestellte hat den Befehlenden über den Begriff „Haushaltungsvorstand“ nicht aufgeklärt. Er hat der letzten Beantwortung dieser Frage auch nicht widersprochen, obwohl er wußte, daß der Antragsteller nach wie vor bei seinen Eltern wohnte. Die Geschichte bekam erst eine Wendung, als den Unterstützungsantrag der Amtssekretär Schrader in die Hände bekam. Schrader ist in Langenweddingen, nachdem die Bürgerlichen durch den Hebertritt eines ehemaligen sozialdemokratischen Gemeindevorsetzers in ihrer Position etwas erschrocken sind, der außerordentliche Vorkämpfer der Bürgerlichen geworden. Ehemals waren die bürgerlichen Vertreter hochmütiger. Sie nannten den Herrn Amtssekretär „Gemeindevorsetzer“, haben sich dann aber mit ihm ausgeöhnt, noch dazu Schrader keine Gelegenheit unbenutzt ließ, den Bürgerlichen zu beweisen, wie sehr er mit ihnen verbunden ist.

Von dem Angeklagten wußte Schrader, daß er Vorsitzendemitglied des Arbeiter-Turnvereins und Leiter der „Volkstimme“ ist. Nicht mit Unrecht behauptet der Vater des Angeklagten in der Gerichtsverhandlung, daß die Anzeige gegen seinen Sohn politischen Motiven entsprungen sei. In Wirklichkeit konnte Schrader vor Gericht nicht angeben, worin eigentlich die Verurteilung liegen soll? Alle Fragen des Antrags waren ordnungsgemäß ausgefüllt, bis auf die durchaus unrichtige und unnötige Frage, wer als Haushaltungsvorstand in Frage kommt. Wegen unrichtiger Beantwortung dieses einen Punktes wird der junge Mann vor das Schöffengericht gestellt, erhält eine Anklage wegen bezüglichen Betrugs, um dann mit Paulen und Trompeten freigesprochen zu werden! In der Urteilsbegründung heißt es, daß zunächst der Antrag völlig ordnungsgemäß aufgenommen worden sei und daß außerdem verlangt werden müsse, daß jeder Antragsteller auch auf die Bedeutung der einzelnen Fragen hingewiesen wird. Dem Angeklagten sei kein unkorrektes Verhalten nachgewiesen worden, er war deshalb freizusprechen.

Wozu überhaupt erst diese Anklage? Die Magdeburger Staatsanwaltschaft hätte bereits nach Abschluß der Ermittlungen das Verfahren einstellen müssen, da das Beweismaterial derart dürftig war, daß es von vornherein überflüssig erscheinen mußte, wegen einer derartigen Lappalie — wir gebrauchen den Ausdruck des Vorsitzenden — das Hauptverfahren eröffnen zu lassen.

Die zweite überflüssige Anklage drehte sich um „bollenbeten Betrug“. In diesem Falle war das Beweismaterial der Staatsanwaltschaft derart mangelhaft, daß der Vorsitzende schon vor Beginn der Verhandlung erklären mußte, daß er aus der Anklage nicht ersehe, wiefern es sich in diesem Fall um Betrug handeln könne.

Der Tatbestand ist folgender: In einem Hause des Knochenhauerwegs sind sich die Mietparteien untereinander nicht wohlgegnut. Es ist schließlich so, daß der eine den andern als einen Betrüger hinstellt und schließlich auch der eine den andern bei der Staatsanwaltschaft wegen irgendeiner Geschichte zur Anzeige bringt. Die besondere Wut der Hausbewohner richtete sich gegen eine Schneiderin, die deshalb den Weid der Nachbarn erweckte, weil die Schneiderin einer Krankenliste angehöre und in einem Krankheitsfall gar unterstützt wird. Die Frau ist seit Jahren materiellos, seit Jahren ist sie in ärztlicher Behandlung. Von Zeit zu Zeit war sie auch erwerbsunfähig geschrieben worden, böse Mäuler im Hause redeten sofort von „Verstellung“ und „Anreizung der Krankenliste“. Die Krankenliste bekommt anatomische Briefe, die Frau muß zum Zahnarzt. Erfolg: der Zahnarzt bestätigt, daß die Patientin Schamung gebraucht und einem Spezialarzt überwiesen werden mußte. Die Frau erhält dementsprechende Anweisungen, sie bleibt auch weiter erwerbsunfähig.

Der Hausbewohner, die in juristischen und völlig ungenügenden Sätze gegen die Frau ziehen, daß dieser Bescheid nicht mit aller Macht muß versucht werden, der Frau irgendwas etwas am Jenseitigen zu tun. Sie wird regelrecht beobachtet, auf Schritt und Tritt verfolgt, bis schließlich so viel Angeklagte werden, daß die Kranke trotz ihrer Krankheit hässliche Arbeiten verrichten, die Straßen säubern, auch einmal Rollen aus dem Keller holt und was der Dinge mehr sind. Die Beschlagnahmen werden selbstverständlich sofort der Krankenliste mitgeteilt, die sich die Frau bewahren läßt und ihr erklärt, daß sie nicht um Hilfe, um den Heilungsweg zu verzögern. Angewiesen war aber die Frau von den lieben Nachbarn derartig belästigt, daß sie auch beschwert werden, daß sie es wegen der Krankenliste zu erklären, daß sie einen Teil des Krankengeldes freiwillig zur Verfügung stellen werde, um ja nicht den Verdacht zu erregen zu lassen, als ob sie irgend etwas Unrechtes getan hätte. Die Sache war damit erledigt. Sie sollte für immer ein Teil des Geldes ein, die Geschichte war damit erledigt.

Ein Hausbesitzer oder eine von dieser Regierung und erhaltet darauf bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Betrugs. Die Frau soll wiederum als Krankenunterstützung bezogen haben.

Obwohl die Krankenkasse erklärt, daß sie sich keinesfalls geschädigt fühlt, erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage. Die Frau muß vor das Schöffengericht. Die „lieben Nachbarn“ erscheinen als Zeugen.

Das Gericht kommt bereits nach Vernehmung eines Zeugen zu einem glatten Freispruch, da nirgends in dem Verhalten der Angeklagten irgendwas eine betrügerische Handlungswelt entdeckt werden konnte. Auch der Staatsanwalt hatte Freisprechung beantragt. Die freigesprochenen Zeugen mußten abziehen, ohne überhaupt vernommen zu werden. Das wird sie wohl an dem Ausgang des Prozesses am meisten getränkt haben.

Kleine Chronik

Verzweiflungstat eines Krupp-Angestellten.

In der Wohnung des 55 Jahre alten Bureauangestellten Gühlen in der Frankfurterstraße in Essen wurden am Mittwoch vormittag die 84 Jahre alte Mutter und seine beiden 45 und 42 Jahre alten Schwestern in ihren Betten tot aufgefunden. Der Tod ist durch eine Gasvergiftung eingetreten, die Gühlen anscheinend ohne Einwilligung seiner Angehörigen durch Öffnen der Gasöhne herbeigeführt hat. Er selbst beging Selbstmord durch Erhängen. Der Grund zu dieser Verzweiflungstat ist darin zu suchen, daß Gühlen die Entlassung in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt worden war. Gühlen war Angestellter der Hausverwaltung in der Villa Hügel, des Wohnsitzes des Freiherrn Krupp von Bohlen-Palbach. Er galt als pflichttreuer und zuverlässiger Beamter.

Strafantrag gegen den Vater.

Die 24jährige Tochter Käthe des Berliner Kriminalbeamten Weber, dessen Tochter Dorothea und Charlotte vor einigen Tagen den Tod im Müggelsee gesucht haben, hat gegen ihren Vater Strafantrag wegen Verleumdung und tätlicher Verleumdung gestellt. Die Tochter macht dem Vater nicht nur den Vorwurf, seine beiden Töchter in den Tod getrieben zu haben, sondern klagt ihn an, auch sie, die Heberlebende, die seit der Wiederverheiratung des Vaters die elterliche Wohnung verlassen habe, auf offener Straße geschlagen, und als Dirne bezeichnet zu haben. Sie ruft die Hausbewohner als Zeugen dafür auf, daß der Vater sowohl die drei Mädchen wie deren verstorbene Mutter oft in rohester Weise mißhandelt hatte.

Fünf Jahre nachher...

Kleiner Zindiebstahl im Hamburger Freihafen, die zum Teil schon 5 Jahre zurückliegen, erfahren jetzt erst ihre gerichtliche Sühne. Von einer in engem Zusammenhang arbeitenden 22köpfigen Einbrecher- und Fehlerbande wurden im ganzen über 400 Klöße des kostbaren Metalls, im Werte von rund 100 000 Mark, entwendet. Außerdem sind zahlreiche andre Metall- und sonstige Diebstähle auf Dampfern und in den Schuppen ausgeführt worden. Auch Gepädstücke von Auswanderern fanden Verwendung bei den Dieben. Zum großen Teile reichen diese Diebstähle in die Inflationszeit zurück, als Massengüterverabreichungen im Hamburger Freihafen an der Tagesordnung waren.

Schneeverwehungen in der Eifel.

Die letzten Schneefälle haben in der Eifel so große Schneemengen gebracht, wie seit Jahren nicht mehr. Streckenweise ist der Schnee 1 Meter hoch angeweht, was zahlreiche Verkehrsstörungen zur Folge hat. In den Waldungen, namentlich in den Jungkulturen, hat der Schnee erheblichen Schaden angerichtet.

Lichtsignale im Reichstag.

Um die Tätigkeit der Glode des Reichstagspräsidenten Ebbe möglichst einzuschränken, sind jetzt im Reichstag an beiden Seiten des Rednerpults je zwei elektrische Birnen angebracht worden, die, vom Präsidenten in Tätigkeit gesetzt, gelb und rot aufleuchten. Das gelbe Licht mahnt den Redner, daß seine Redezeit in 5 Minuten abläuft; die roten Lampen zeigen dem Redner an, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Verhaftung eines Rechtsanwalts.

In Grimma (Sachsen) wurde der Rechtsanwalt und Notar Johannes Winkler unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftet.

Raubüberfall in einem Hamburger Zigarrengeschäft.

Bei Einbruch der Dunkelheit betrat am Dienstag abend zwei Männer das Geschäft des 70jährigen Zigarrenhändlers Haase in der Rosenstraße in Hamburg. Als Haase aus dem hinter dem Laden gelegenen Raum herbeikam, wurde er sofort von einem der Eingetretenen überfallen und gewürgt. Der zweite Mann löste einen Leibriemen und fesselte den Heberfallenen. Dann wurden aus einem Koffer, der auf dem Tische stand, 450 Reichsmark geraubt und die Räuber verließen unter Drohungen den Laden. Haase konnte sich bald befreien und erstattete Anzeige. Die Täter hatten sich bereits von 2 Uhr an in der Rosenstraße herumgetrieben und den Laden beobachtet.

Für zwei Mark — drei Monate Gefängnis.

Weil er amtliche Gebühren in Höhe von 2 Mark in die eigene Tasche steckte, verurteilte das Landgericht Bremen einen bisher unbescholtenen Polizeiwachmeister zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängnis. Das Reichsgericht hat das Urteil bestätigt.

Der Berliner in der Venezianer Gondel.

Vor einem Berliner Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der Herr Adolf Knöchelmann wegen Unterschlagung von 28 000 Mark zu verantworten. Knöchelmann hatte in einer Berliner Verzweigung eine Anstellung als Bore erhalten. Eines Tages wurden ihm 28 000 Mark zur Abfertigung auf einer Bank anvertraut. Das war, wie der Angeklagte erzählte, an einem sehr heißen Sommerabend, als ein fürchterliches Gewitter tobte. Unter dem Eindruck der Hitze und in der Angst vor den Einschlägen der Blitze habe er sich in einer Wirtschaft eine Erfrischung gegönnt. Dabei sei ihm der Gehalt gekommen: „Warum soll ich nicht auch einmal den Krampus spielen?“ Also fuhr er als „Prokurist“ nach Berlin und ließ sich sofort handesgemäß für eine Auslandsreise ein. Die Frau ließ er abhandeln zurück, zumal anderweitige Damenbegleitung rasch gefunden war. Zunächst nahm er Abschied von Berlin, wo er sich noch einmal gründlich amüßigen wollte. In schöner Damengesellschaft ließ er am Kurfürstendamm den Seil in Strömen fließen. Dann ging die Reise über die Schweiz nach Italien. In Venedig kaufte er sich eine eigne Gondel, mit der er einige Tage über den Canale Grande zum Sido fuhr, in Begleitung einer raffigen Italienerin, die er sich in

Padua als Reisebegleiterin erworben hatte. Bei der Abreise nach Rom schenkte er die Gondel dem Hotelportier. Da bei der Rückreise das Geld nicht alle war, unternahm der seltsame Kavallerist noch einen Abstecher in die Dörfchen. Hier ging ihm das Geld endlich aus. War er bis dahin fast nur in Augustäugen gefahren, so mußte er zuletzt aus Stettin 4. Klasse nach Berlin zurückkehren. Bei seiner Ankunft war er noch im Besitz von 6 Mark. Fünf Mark ließ er noch für ein Galgenfrühstück draufgehen und dann fuhr er mit einem Auto zum Polizeipräsidium, um sich zu stellen. Das Urteil gegen Knöchelmann lautete auf 2 Jahre Gefängnis, unter Berücksichtigung, daß das medizinische Gutachten den Angeklagten als starken Psychopathen bezeichnete.

Predigt gegen die modernen Tänze.

Kardinalerzbischof Dr. Piffel hielt vor einer katholischen Frauenorganisation in Wien eine Fastenpredigt gegen die neuen Moden. Die Weltuhr hole zum letzten Schlag aus und zeige das Ende einer Scheinkultur an. Der Schmutz der Gatten vor dem Altar, niemals einander zu verlassen, werde oft nicht gehalten. Die Frau sei zum Spielzeug erniedrigt. Man stelle sich neben einem Madonnenbild von Raffael oder Holbein eine mondäne Dame in ihrer Kleidung vor! Welch fürchterlicher Unterschied zwischen Martha von Nazareth und einer mondänen Frau von heute! Die Frau soll nicht nur Weibchen und Spielball des männlichen Erlebens sein. Die modernen Tänze rechnen mit den niedrigsten Instinkten. Wenn eine Frau im Zweifel ist, soll sie denken: Gätte die Mutter Gottes an meiner Stelle so gehandelt? Walter von der Vogelweide, der einst Jugend und reine Männer in deutschen Landen pries, müßte heute sein Loblied herabstimmen auf wenige, die diese Güter wahren.

Schneeverwehungen im Wilnagebiet.

Starke Schneeverwehungen beeinträchtigen den Eisenbahnverkehr im Wilnagebiet. Bei der Station Plynth blieb dieser Tage ein Personenzug im Schnee stecken und konnte erst nach 7stündiger angestrengter Arbeit freigemacht werden.

Wölfe in Polen.

Die großen Wolfsrudel, die auch in diesem Winter Rußland unsicher machen und für die Dörfer eine schwere Gefahr bilden, sind nunmehr auch in Ostpolen aufgetreten. Zunächst hat besonders das Wilnagebiet zu leiden. In einigen Dörfern sind Wölfe sogar am hellen Tage eingedrungen, um das Vieh anzugreifen. Selbst Nebelfälle auf Menschen kommen vor.

Ein schamloser Arbeitsvermittler.

Der Leiter der städtischen Arbeitsvermittlung in Miskolc (Ungarn) wurde verhaftet, weil gegen ihn die begründete Beschuldigung erhoben worden ist, daß er die bei der städtischen Arbeitsvermittlung gewählten Mädchen an Bordelle in Ungarn und der Tschechoslowakei verkauft habe. Allein an ein einziges Bordell soll er 16 Mädchen geliefert haben.

Ein Personenzug von einer Lawine verschüttet.

Ein Personenzug ist zwischen Tsuru und Micho von einer Lawine begraben worden. Sämtliche Reisende sind ungelkommen.

Vier Kinder verbrannt.

Beim Brand eines Hauses in Edinburgh kamen vier Kinder ums Leben.

Die Grippe in der Schweiz.

Nach Mitteilungen des eidgenössischen Gesundheitsamts waren bis zum 15. Januar im Kanton Zürich 5800 Grippefälle zu verzeichnen, in der Stadt Zürich rund 3400. Aus den Kantonen Aargau, Bern, St. Gallen, Solothurn und Valais werden ebenfalls noch zahlreiche Fälle gemeldet. Hier und in Basel ist die Zahl der Erkrankungen stark zurückgegangen, so daß es den Anschein hat, als ob die Epidemie von der Peripherie nach dem Innern des Landes sich ausbreitet. Wenn auch ihr Charakter im allgemeinen gularig bleibt, so hat die Zahl der Todesfälle doch zugenommen. — Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit, daß die Zahl der Grippekranken in den städtischen Krankenhäusern eine geringe Abnahme zeigt. Bei der Ortskrankenkasse hat die Zahl der Grippekrankenmeldungen wieder zugenommen. — Die Grippe wütet auch in Bulgarien außerordentlich stark. In Sofia wurde die Sperre der Schulen auf 10 Tage und der Kaffeehäuser auf 3 Tage angeordnet.

Die Folgen einer unfinnigen Wette.

Ein 18jähriges Mädchen ist am Dienstag das Opfer einer unfinnigen Wette geworden. Es hatte mit mehreren Freunden eine Autofahrt unternommen. Alle hatten dann in einem Café in Paris nahe dem Triumphbogen, den Tee eingenommen, den sie mit einem Glase Rum verstärkt hatten. Etwas angetrunken bestieg die Gesellschaft das Auto, um nach dem Bois de Boulogne zu fahren. Während der Fahrt machten sich die jungen Leute über das Mädchen lustig, das sich nicht mehr ganz aufrecht auf seinem Sitze halten konnte. „Ihr glaubt wohl, ich bin betrunken?“ erklärte diese darauf, „dazu brauche ich etwas mehr Alkohol. Wollen wir wetten, daß ich einen ganzen Liter Rum austrinke?“ Ihre Begleiter nahmen die Wette an. Man kaufte eine Flasche Rum, setzte die Fahrt fort und das Mädchen trank in wenigen Minuten die ganze Flasche aus. Vor einem Tanzlokal im Bois stieg das Mädchen aus dem Auto und begann ihren Freunden einen rasenden Charleston vorzutanzten, um ihnen zu beweisen, daß sie noch nicht betrunken wäre. Plötzlich fiel sie um, verlor das Bewußtsein und starb kurze Zeit darauf im Krankenhaus, wohin man sie eilig gebracht hatte.

Großes italienisches Eisenerzlager entdeckt.

Am Abhang des Passo della Tambura wurde in 1602 Meter Höhe, an der Grenze der Provinzen Massa und Lucca, ein bedeutendes Eisenerzlager entdeckt, das wegen der Güte des Vorkommens für das beste in Europa gehalten wird. Das Erz soll 68 Prozent reines Metall enthalten. Man rechnet mit der Möglichkeit einer Tagesförderung von 300 Tonnen.

Stets große Auswahl
Kleiderstoffe, Bonneten,
Korsetts, Damen- und Mädchen-
Herren-Modestoffe, Korsetts,
Garnituren.

Rudolf Braedje
Jakobstr. Ecke Peterstr.
Damen- u. Mädchen-
Konfektion

Möbel
Speise-, Herren-, Wohn-,
Schlafzimmer und Küchen
sowie sämtliche Einrichtungs-
gegenstände zu wirklich billigen Preisen.
Zahlungserleichterung wird gewährt!

Karl Kohle
Katharinenstraße 24, Ecke Grünmarkt.
Beschädigung zuzüglich — Transport durch eigene
Gepäckwagen.

W. Bode Nachf.
Krausenauer-Gebirg — Bierverlag
Erdbeerweg in Großhansdorf
Häufiger 15
Telephon 3542

**Stärker Schwarzbier
Echtes Berliner Weibier
Münchener Pilsenerbier**

Wäre eine andere Bier in Häusern und
Bierhäusern bei Hans. Spezialität:
in. Braubrand und Korbhüter.

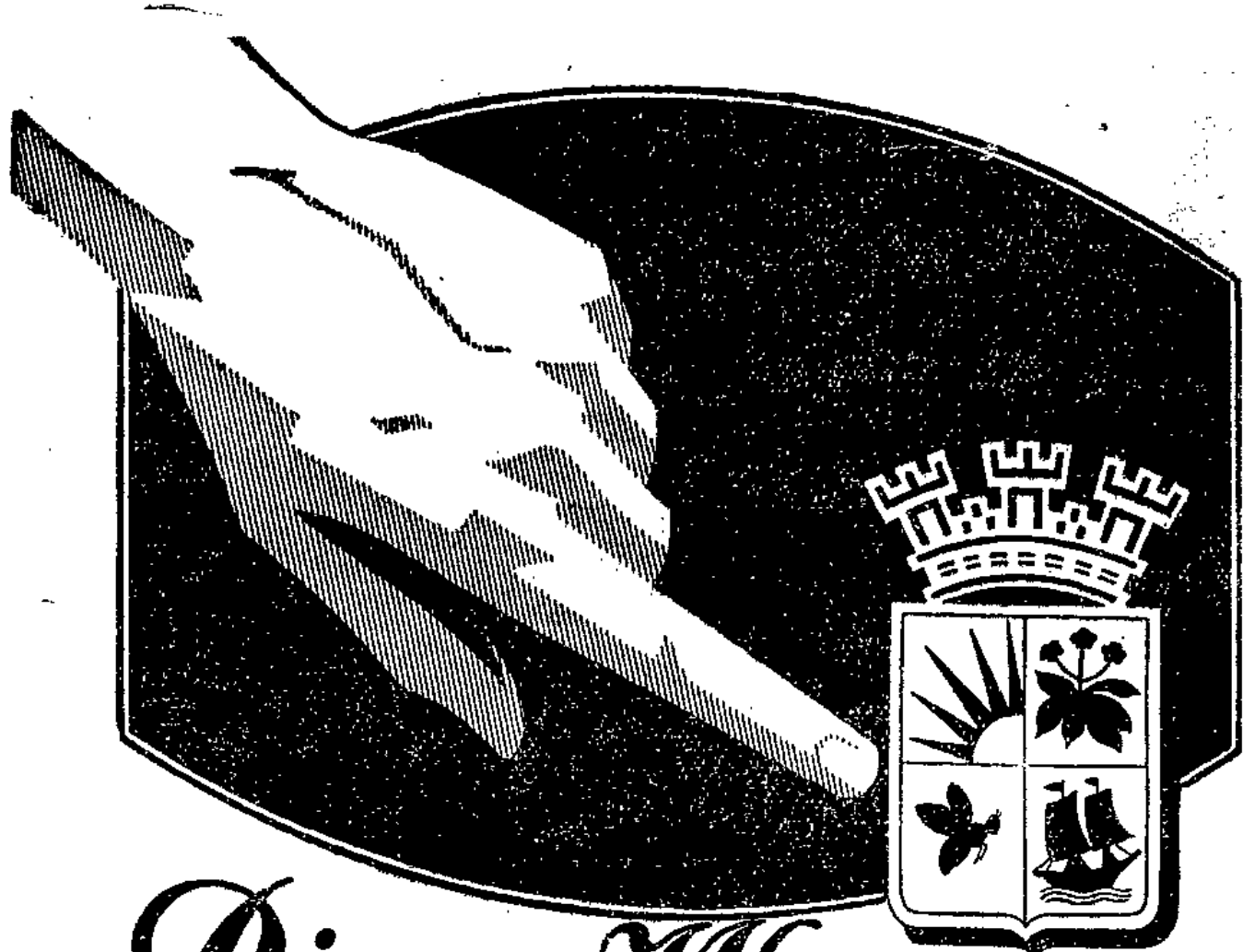
Generalvertretung:
Hilfskeller Gewerbräuerei
Hof-Gärtnerei

Magdeburger
Fisch-Vertriebs-G. m. b. H.
empfiehlt

alle Arten Fisch-Marinaden

in Dosen und Schüsselpackung
— preiswert und schmackhaft —

Hospitalstraße 11 :: Telephon 1842



Dieses Wappen in Gold

auf den Packungen der SALEM-ZIGARETTEN
ist das Merkmal für die neue, milde, leichte

SALEM-ZIGARETTE

4 rote Packung } mit goldenem
5 grüne Packg. } Wappen
5 Lucullus

Orient-Tabak- u. Cigaretten-Fabr. Yenidze, Jnh. Hugo Zietz G.m.b.H. Dresden

Zentraltheater

DIREKTION: WALTER STERNERT
Täglich 8 Uhr
Der letzte Walzer
Operette von Oskar Straus
Gastspiel
Cordy Milowitsch
und Kammeränger
Eduard Lichtenstein
Sonntag zwei Vorstellungen
Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise)
und abends 8 Uhr:
Der letzte Walzer

FÜRSTENBERG THEATER

Freitag: Ehren-Abend Hilde Naumann
Letzte Aufführung des Sensat.-Erfolges!
Die Königin der Luft
Bonpublikum
und Presse hervorragend beurteilt!
3 Stunden Locksalven
Sensations: Die beste Genf.-Rom.-d. Welt
Der Cavalier von Sing-Sing
Ein Kriminal- und Diebstahl aus
dem Amerikanischen in 3 Akten von
H. Murray
Sonntag 7 Uhr klein, 8 Uhr groß
7 1/2 Uhr klein, 8 Uhr groß
Ankoppel aus dem Sad
Saal 304, 1 Sperrst. 60 J, 2 Sperrst. 45 J
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Tonbild Das kleine vornehme Theater

Berliner Straße
Mady Christians
in
Walzertraum
Der entzückende Wiener Film nach der gleichnamigen Operette
Der Doktor und sein Patient.
Ein sensationelles Abenteuer des Meisterdetektivs Sherlock Holmes.
Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 8 Uhr

Möbel

Wir haben laufend
ca. 200 Zimmer-
einrichtungen
in guten Qualitäten
zu den niedrigsten
Preisen
anzubieten u. bitten
um rege Besichtigung.
Lieferung in eigenem
Auto überall hin
Rauch, Mook & Co.
Magdeburg
Alter Markt,
am Rathaus.

Rundfunk-Reclam-Textbücher

für 40 Pfennig
erhältlich in der
Buchhdl. Volksstimme
Magdeburg,
Gr. Mühlstraße 3

PANORAMA-LICHTSPIELE

Ab Freitag 5 Uhr
Ein Riesenprogramm!!



Sibirien
Die Geschichte von den Leiden eines großen Volkes.
Die letzten Sibirier, das Leben der Verbannten, die Qualen der Zwangsarbeiter zeigt Ihnen in packender Weise der neue Großfilm.

Ferner:
TOM MIX
in
Die Räuber der Königsschlucht
Die neueste Deulig-Woche.

Freie Turnerschaft (e. B.) Stendal

Unser
Maskenball
findet am
Sonntag den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
in Klinkaus Festsälen statt.
Für gute Unterhaltung ist gesorgt.
Karten à 80 Pfennig sind im Vorverkauf zu haben bei Meyer, Bollweberstraße 1, Meriens, Steinstraße 6, Huttenbach, Grabenstraße 24, und Klinkau.
Slowen-Masken u. Kinder haben keinen Zutritt.
Der Vorstand. 1185

Bardelegen. Lichtspiele Neue Welt.

Von Freitag den 28. bis Montag den 31. Januar, abends 8.30 Uhr auch Sonntag nachmittag 4.30 Uhr
Der große Ufa-Kriminalfilm
Sein großer Fall
6 Akte.
Dieser Film ist mit Unterfangung des preussischen Ministeriums des Innern und unter Mitwirkung der Berliner Schuss- und Kriminal-Polizei sowie auch der Wasserpolizei in geliebt und wurde während der Internationalen Polizeiausstellung im Oktober 1926 den Besuchern vorgeführt - Außerdem noch
6 Akte. **Wenn Frauen träumen.** 6 Akte.
Der Liebesroman eines edlen Frauenherzens
Ufa-Wochenplan. Ufa-Wochenplan.

Restaurant u. Café Südwest

Jnh.: Karl Bod, Braunschweiger Str. 59
Sonnabend, 29. u. Sonntag, 30. Januar
Gr. Bockbierrummel ff. Sudenburger
Bockbier.
Starken sind im Lokal zu haben
Um recht rege Beteiligung bitten Der Obige.

Palast-Lichtspiele

Braunschweiger Straße
Freitag bis Montag
Unser Riesenprogramm
Eine Frau von Rasse
oder **Liebesnächte am Nil**
ein Film aus dem Orient in 7 Akten
Durch Feuer und Flammen
ein Abenteuer u. Sensationsfilm in 7 Akte
Ham auf der Walze
Grotte in 2 Akten.
Neueste Zerkon-Woche.
Beginn der Vorstellung 6.30 u. 9 Uhr

Bier-Sanatorium Schwarzer Bock

Schönebeckstrasse 1a.
Preiswertes Bier und Speiselokal.
Mittagstisch zu 60 und 85 Pfennig
Auch Selbstbedienung.
H. Wodenstein Bockbier. 181

RÖMER

Alter Markt 12.
Freitag, Sonnabend, Sonntag
Bockbierrummel
Bodenstein, Doppelbock, Bockwürste

Gesellschaftshaus Stadt Loburg.

Heute Freitag abend 8 Uhr
Konzert mit Gesangseinlagen
Dazu Gespiel
Gustav Klud
mit seiner Gesellschaft. 146

UT

Freitag bis Montag
Storchstraße Buckau
Der schwarze Sonntag
2. Jan. 1928 - Der Trauertag des russischen Volkes
Anfang: Freitag 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Die Wolga-Schiffer
11 Akte aus der russischen Revolution - mit Geistesreichen und lebendem Bild auf der Bühne
Die gewaltigsten Filmwerke der Gegenwart

Erzbergerstraße 13

Gänzliche Ausverkauf
Blau Schloßstraße, ad
hohen Stad 1.10 wessell-
analoge derbe Qualität
Stk. u. 8 an Reinwoh.
Rännerleben 65 Pf

Stadttheater

Freitag, 28. Januar
Anf. 7 1/2 u. 8 u. 10 1/2 u.
5 Abend
Ein Maskenball
Sonnabend, 29. Januar
Anf. 7 1/2 u. 8 u. 10 u.
Lieber Anrecht!

Reinhardt-Bühnen

Die Gefangene
Wilhelm-Theater
Freitag, 28. Jan.
8 Uhr. Bock f. 5. Volks-
bühne (12. Abend) Sam-
stagabend 8 Uhr.

Trumpf bleibt jetzt der

Hohenzollern-Park

Sonntag, 30. Januar, ab 4 Uhr nachm.
Bockbierfest
in sämtlichen Kaminen des Stablkommens
Großer Jubel und Trubel!
Humoristische Vorträge aller Art!
2 Kapellen!
Eintritt 10 Pf.
ab 4 Uhr in der Diele
Lanz-Lee
Montag den 31. Januar

Erste große Redoute

Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr
Karten im Vorverkauf in den Geschäften: S. Wuttler
Schönebögen 3, Zigarrengeschäft Adler, Dorotheen-
straße 61, Zigarrengeschäft S. W. P., Große Dorotheen-
straße 248, Zigarrengeschäft, und im Lokal.
Herren-Karten 2.00 Mk., Damen-Karten 1.50 Mk.
Eintritt 1.20 Mk.
Freie an der Kasse: Herren-Karten 2.50 Mk., Damen-
Karten 2.00 Mk., Eintr. 1.50 Mk., unmerkte Plätze
zu 2.00 Mk. nur im Lokal zu haben.
Der Masken-Garderobe ist im Lokal erhältlich. 146

Reines Roggen-Vollkornbrot

empfiehlt
Bäckerei Louis Helm,
Frohsa, Gr. Elbstr. 1.

Kammer-Lichtspiele

Sonntag den 30. Januar
vormittags 11 Uhr
Fortsetzung des mit
so großen Interesse
aufgenommenen
Motorfilms
Der Vergaser
mit
Erklärungsvertrag
von
Ing. C. Kreuter
Unterstützt d. fabel-
hafte Trickaufnahmen
wird die Arbeitsweise
der modernen Vergaser
bei allen Gangarten
des Motors in instruk-
tiver Weise vorge-
führt.
Gleich interessant
für Fachmann
und für Laie

Die große Redoute bei Bremers (Konzerthaus)

Eintrittspreis für Herren u. Damen 1 Mk. am Montag den 31. Januar! Eintrittspreis für Herren u. Damen 1 Mk.

Magdeburger Angelegenheiten

Glatteis!

Erst war es ein feines Niesel aus grauen Wolken, wie wenn lauter kleine silberne Perlen zur Erde fallen. Die Straßen auf die noch ganz verschlafenen dämmerigen Straßen und belebten sie mit glühendem Maß. Die Menschen schüttelten mit dem Kopf und meinten, was das doch nur für ein Winter sei, alle Festigkeit scheint dem sonst so rauhen Gefellen verlorengegangen. Aber ein belebter Mann vor mir versicherte mit lebhafter Gebärde, daß durch die neue Regierung das Gleichgewicht der Welt erst wieder hergestellt würde. Alles würde nun anders werden. Nichts stünde so sicher wie . . .

Da lag er schon und gerade da, wo tags zuvor ein Pferd gestanden und seine Meinung über die Welt zum Ausdruck gebracht hatte. Der kühle Wind war über die blanke Straße gelaufen, hatte sie in einen blinkenden Spiegel verwandelt. Was hatten die Menschen da ihre Not, sich auf den Beinen zu halten. Die Pferde schlepten nur mühsam den schweren Wagen über die blanken Steine. Die Langschläfer wurden ganz ungeduldig. Nun war es schon so spät und sie kamen gar nicht recht vom Flede. Behutsam setzten Mensch und Tier ein Bein vor das andre. Die niedrigen Bordsteine wurden wie hohe Treppen erstiegen. Alles hasten und Jagen war mit einem Schlage wie abgebremst, bis der Sandmann kam in seinem braunen Arbeitsittel und auch dem belebten, zukunftsreichen Herrn ein wenig Festigkeit unter seine Füße brachte.

Ja das Glatteis, es kommt über Nacht und noch schneller und hat schon manchen Helben zu Fall gebracht.

Vorsicht, Glatteis! Das ist eine Warnung an jeden Straßenpassanten, vor allem aber auch an Autofahrer und Gespannlenker. Heute vormittag um 8.45 Uhr kam ein Wagen der Feuerwehrwache Sudenburg beim Einbiegen vom Sedanring in die Leisingstraße ins Rutschen und rutschte die nahe Böschung hinab. Beim Einbiegen vor der Wilhelm-Hohel-Strasse in die Pollestraße fuhr ein Lieferwagen der Firma Karutz gegen den ersten Laternenpfahl, wobei die Achse des Wagens brach.

Am Rathausplatz kam bei dem Glatteis heute früh ein alter Herr, pensionierter Unterbeamter, zu Fall und erlitt einen Unterhosenbruch. Am Breiten Wege stürzte ein Junge und trug einen Handwurzelbruch davon.

Es wird gearbeitet

Nämlich an dem Umbau des Gassebachplatzes. Die Stadtverordnetenversammlung hatte vor längerer Zeit die Gelder hierzu bewilligt und die Tiefbauverwaltung das Versprechen gegeben, den Umbau des Gassebachplatzes noch vor Beginn der Theaterausstellung zu vollenden. In den Straßen, die strahlenförmig zum Platz führen, ist die harte Asphaltdecke mit Steinmehl und Nadelasche aufgerissen und Gräben geschaufelt. Eine Reihe von Rohr- und Leitungsverlegungen sind notwendig. Mauerwerk läßt aus den Gräben Schächte werden, in denen sich das unterirdische Kanalisationsnetz ordnet.

Am Denkmal sind die Wasserbeden abgenommen. Wo einst die Sonne in Wassertröpfchen sich brach, wo mancher auf den Stufen trotz des brennenden Verkehrs, träumte, liegt Schutt und Geröll. Stück um Stück des Gassebachdenkmals wird verschwinden, um an anderer Stelle, voraussichtlich am Kaiser-Ditt-Ring, aufgebaut zu werden. Die Spalten, die so manches liebe Mal vom hohen Obelisk auf den Trübel herabblitzten, schauen mühsam dem Abbau zu. Von den Dächern der Nachbarhäuser pfeifen sie es, daß ein neuer Gott gekommen ist. Laufend und tüsend zieht er mit Witzeschnelle seine Wege. Nichts kann in den Siegeslauf hemmen oder gar hindern; vor nichts, und wäre es der Tempel der Menschheit selbst, macht er halt. Von den ehrwürdigen Spalten wird der Siegeslauf des Verkehrs mit gemischten Gefühlen betrachtet. Vom Dörfchengau (oder besser gesagt, von seinen Abfällen) heft sich ganz und durch das Leben schlagen. Die pferdelosen Wagen schaffen aber nur Verdruß und Ärger. Ja, die gute, alte Zeit!

Die eigentlichen Pflasterarbeiten und die Umlagen der Schienenstränge sind noch nicht begonnen. Zunächst muß das Denkmal gänzlich abgebaut werden. Hinzu kommt, daß durch die Pflasterung eine längere Unterbrechung des gesamten Verkehrs auf dem Gassebachplatz notwendig wird. Das unsichere Wetter der jetzigen Jahreszeit birgt aber die Möglichkeit in sich, daß durch Frost die Arbeiten unterbrochen werden müssen und die Verkehrsperre unnötig verlängert würde. Von der Tiefbauverwaltung sind die Arbeiten deshalb in Vor- und Hauptarbeiten getrennt worden. Mit der Neupflasterung und der Verlegung der Gleise soll erst im März begonnen werden.

Dem Verkehrsrott müssen auch die großen Bäume am Gassebachplatz weichen. Die Kronen sind von der Art schon gekappt. Mancher alter Magdeburger schüttelt den Kopf ob der Viehlosigkeit der Verkehrslosigkeit. Doch er tröstet sich mit dem Schillerpruch: Das Alte stirzt, es ändert sich die Zeit!

Polizeiliche Strafverfügungen

Die Polizei ist im allgemeinen nur die Exekutive, das ausführende Organ der Staatsgewalt. Auf dem wichtigsten Gebiet aber ist sie Legislative und Exekutive, Gesetzgeberin und Ausführerin zugleich, dabei Auslegerin, Rechtsprecherin. Die Polizeibehörden sind zum Erlaß von Strafverfügungen befugt, soweit es Uebertretungen zu ahnden gilt. Die kleinen strafbaren Handlungen sind es, die festzustellen und zu verfolgen nur ihre Aufgabe ist. Nur bei Taten, für die das Gesetz nicht mehr als 150 Mark Geldstrafe oder Haft vorsieht, ist die Polizei auch zum Urteilen, zur Bestimmung des Strafmaßes, zuständig. Aber die geringen Uebertretungen sind die häufigsten, bringen alljährlich viele Staatsbürger in Konflikt mit der Staatsgewalt. Eine große Verantwortung ist deshalb der Polizei mit dem Einräumen der beinahe unbeschränkten Macht auf diesem Gebiete zugefallen.

Die zur Handhabung der Polizeimacht berufenen Polizeibeamten auch juristisch zu schulen, sprach gestern nachmittags vor einem größeren Kreise von ihnen Polizeirat Dr. Quenstedt über die einzelnen Gesetzesbestimmungen über den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen, wobei er vor allem auf noch strittige Fragen einging. Es müsse noch klar entschieden werden, wie weit der Reichsbahn als Privatgesellschaft Polizeirechte zuzugestehen sind. Ein in Magdeburg schon immer angewendetes Prinzip, bei geringfügigen Uebertretungen eventuell von einer Verfolgung abzugehen, hat jetzt allgemein gegolten. Eine Verfügung des Präsidenten hat den Beamten zur Pflicht gemacht, zu prüfen, ob wohl ein öffentliches Interesse an einer Anzeige vorhanden ist. Nach ausführlicher Darlegung noch vieler Einzelheiten behandelte der Redner die Vorschriften über die Stellung der Strafverfügung. Bei Urteuren können Strafverfügungen, soweit sie nicht rechtskräftig erlassen worden sind, zurückgenommen werden. Rechtskräftige Strafverfügungen sind aber, wenn der Empfänger nicht im Verlauf der ihm mitgeteilten Frist Einspruch erhebt, unbedingt vollstreckbar. Es müsse von jedem Staatsbürger verlangt werden können, daß er sich einer angelegten Strafverfügung aufmerksam durchsetze. Zum

Schlusse seiner Ausführungen besprach der Redner ein Beispiel der Stadt Koburg, in der an die Stelle der Anzeige und Strafverfügung die sofort gebührenpflichtige Verwarnung durch den die Uebertretung feststellenden Polizeibeamten treten kann. Das sei „rechtlich noch unhaltbar“, könne aber zum Inhalt eines Gesetzes gemacht werden.

An der Aussprache beteiligten sich die Herren Oberregierungsrat von Treseow, Polizeirat Böhm und Polizeirat Friebe. Oberregierungsrat von Treseow ergänzte die Hauptrede durch die Mitteilung, daß, auch in München und im ganzen Freistaat Sachsen die Beamten auf der Straße Polizeiverfügungen mit sofortiger Wirkung erlassen können. Nur wenige Widerprüche werden gegen dieses Verfahren erhoben. Schließlich erläuterte noch Polizeipräsident Menzel verschiedene Bestimmungen und Anweisungen. Er verwies u. a. auch auf die Statistik der Strafverfügungen und betonte, daß reichlich bestraft wird. Unbeschadet der notwendigen Strenge müsse die Polizei sich bemühen, eine volkstümliche Einrichtung zu werden.

Sondervorstellung von Draf für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Am Freitag den 4. Februar, abends 8 Uhr, findet für die Ortsgruppe Groß-Magdeburg eine Sondervorstellung von „Draf, der Tragödie eines Sportlers“, im „Hofjäger“ statt. Die Kameraden werden mit ihren Angehörigen eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

Der Ausstellungsturm steigt. Die Kammarbeiten in der Turmbaugrunder sind beendet. Donnerstag vormittag ist der letzte Pfahl eingerammt worden. Die Dampfmaschine hat ihre Pflicht getan. Nur noch kleine Erdarbeiten sind vorzunehmen, dann kann, voraussichtlich schon am Freitag vormittag, mit der Betonierung des Fundaments begonnen werden. — Von der Stadthalle stehen bereits zehn Binder des Eisengrutes. Es ist zu hoffen, daß bis zum Ende der Woche alle zwölf stehen werden. Für den Bauabschnitt B, den Erweiterungsplan, für den 1,7 Millionen Mark bewilligt worden sind, müssen 217 Kämpfpfähle eingestampft werden.

Magdeburg als Kongreßstadt. Der Verband Mitteldeutscher Konjunkturvereine hält in der Zeit vom 28. bis 30. Mai d. J. in Magdeburg, im „Gerrenfrug“, eine Tagung ab, mit der die 25jährige Jubiläumfeier verbunden ist. — Die Wachturm-Bibel- und Traktat-Gesellschaft Magdeburg hält in diesem Jahre wieder eine Konferenz in Magdeburg ab, an der voraussichtlich 15 000 Personen teilnehmen werden.

Aktion, Klempner, Installateure, Heizungsmenteur. Jeller! Die Verwaltung macht auf die am Sonnabend den 29. im Sonntag den 30. Januar stattfindenden Branchenversammlungen aufmerksam. Siehe Inserat.

Wesen der Provinzial-Verwaltung

Unter dem Titel „Die mitteldeutsche Frage“ ist im Verlag der Faberschen Buchdruckerei eine Schrift erschienen, in der Erich Feldhaus „Gedanken über Verwaltungsreform und Verwaltungsreform“ äußert. Wir entnehmen der Schrift im folgenden ein Kapitel über „Verwaltungen als Wirtschaftsfaktoren“, das über das Wesen der Provinzialverwaltung unterrichtet und sich dabei mit der Lage der Stadt Merseburg beschäftigt.

Die preussischen Provinzialverwaltungen sind verhältnismäßig junge Einrichtungen, die obendrein jahrzehntelang mit ihrer Arbeit im verborgenen standen und erst in den 70er Jahren härter herauskamen. Dann allerdings haben sie sich schneller und schneller entwickelt und sind heute zu wesentlichen und unentbehrlichen Institutionen angewachsen, zu Verwaltungskörpern von einem Umfang, wie ihn nur noch die Großstädte kennen. Zunächst waren die Landesverwaltungen die Fortsetzung einzelner Wahlfahrerverbände. Sie nahmen die Arbeit ständischer Körperschaften auf, betrieben Anstalten zur Pflege der Leidenden und Armen und einige gemeinnützige Anstalten. Später übernahmen sie dann die Landstrassenverwaltung und überhaupt die Verkehrsverwaltung, soweit sie nicht vom Staate und Städten oder den Gemeinden durchgeführt wird.

Ihr Aufgabekreis

wächst mit der Arbeit von Jahr zu Jahr und ist auch heute noch keineswegs abgeschlossen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist die Fürsorge oder wenigstens die Unterhaltung von Wasserstraßen unternommen hinzugefügt. Das Kleinbahnwesen wird ausgebaut. Die Elektrizitätsversorgung ist eine der letzten Aufgaben. Man interessiert sich für die Gasfernversorgung, für Talsperrenbauten und damit im Zusammenhang für die Trinkwasserversorgung. Dazu treten in verstärktem Umfang die alten Aufgaben, also der Bau und Betrieb von Anstalten für Arme und Kranke, für Waisen und Siedle. Das gesamte Fürsorgeerziehungswesen ist unter die Leitung der Provinzen gestellt. Die Kriegsberechtigtenfürsorge wird von ihnen mit betreut. Die Arbeitsvermittlung ist ein junger, aber sehr gewichtiger Zweig der Provinzialverwaltung. Daneben treten nun noch als ganz alte, aber wesentlich ausgebaute Unternehmungen die Verkehrseinrichtungen und — wenn auch in andern Zusammenhängen — bankähnliche Institute für Gemeinden und Gemeindeverbände. Dies ein Ausschnitt aus dem Umfang einer Verwaltung, die allein an ihrem Hauptstift etwa 150 Beamte, im gesamten Bereich aber deren fast 2000 beschäftigt, und die mit einem Haushalt von 60 Millionen Mark dem der größten Stadt der Provinz Sachsen, Magdeburg, gleichkommt.

Der Umfang, den diese Verwaltung einmal annehmen würde, konnte bei ihrer Gründung auch nicht annähernd übersehen werden. Jahrzehnte hindurch vermochte sie sich mit wenigen Beamten zu begnügen. Der Landtag, damals nicht aus öffentlichen Wahlen hervorgegangen, war eine gelegentliche Erscheinung, tagte oft in Jahren nur einmal. Selbst vor dem Kriege konnte man sich noch mit einem auf zwei Jahre aufgestellten Etat begnügen. Heute tritt der Landtag alljährlich zusammen. Ja, er ist in einigen Jahren sogar mehr als einberufen worden. Kein Wunder, daß

die Lage der Stadt Merseburg

als Verwaltungsstift sich immer mehr als höchst ungünstig und unerwünscht erwies. Sie war zu ertragen, solange es sich bei der Provinzialverwaltung um eine unbedeutende Nebenregierung handelte. Sie ist unmöglich geworden, seitdem die Entwicklung einen Verlauf nimmt, der die Verwaltung in das Tempo der mitteldeutschen Wirtschaft hineingießt.

Als Preußen im Jahre 1815 bei der Schaffung der Provinz Sachsen den Verwaltungsstift Merseburg einrichtete, geschah es in der Hauptsache wohl, um vorhandene Räume, die keinen Zweck mehr erfüllten, auszunutzen zu können. Das ist damals, nachdem durch die Napoleonischen Zeiten die kleinen und kleinsten Regierungsämter ihrer Auflösung verfallen waren, überall so geschehen. In Merseburg gab es eine alte Schloßburg für die Regierung. Es gab noch andre Bauten, die irgendwie einmal zum Bereich der ehemaligen herzoglichen Verwaltung gehört haben mögen. Man wollte der bergangenen Residenz an der Saale eine kleine Lebenswürdigkeit erweisen. So kam es zum Sitze der Provinzialverwaltung.

Doch die Städte wandeln sich und mit ihnen die Landesbezirke. Aus Gebieten einer stillen Kleinbäuerlichen Besiedlung wurden Bergbauländer oder Sitze anderer Großindustrien. Aus der rein agrarischen Provinz Sachsen wurde langsam vor dem Kriege und immer schneller in der Folge ein neues Land des Großgewerbes, das noch dauernd an Stätten der Arbeit zunimmt und in Wettbewerb zu treten beginnt mit jenen Bezirken an Ruhr und Rhein, die bis dahin als Hauptstift der großindustriellen Entwicklung angesehen werden konnten. Diese Abwanderung Entwicklung angesprochen werden konnten. Diese Abwanderung nach dem Herzen des Reiches, nach Mitteldeutschland, bedeutet eine Veränderung und eine Verstärkung der Verwaltungsaufgaben, wie man sie vor wenigen Jahrzehnten wohl noch gar nicht anzunehmen vermochte. Daß auch unter diesen Voraussetzungen der beschauliche Verwaltungsstift Merseburg auf die Dauer nicht mehr beibehalten werden kann, leuchtet ein.

Schon in den Jahren 1876 und 1877 beschäftigten sich die sächsischen Provinziallandtage eingehend

mit der Verlegung

der Landesverwaltung von Merseburg. Die „Geschichte des Provinzialverbandes von Sachsen“, die erst im Jahre 1926 im amtlichen Auftrag herausgegeben wurde, äußert sich dazu u. a. mit folgenden Worten:

Eine derjenigen Fragen, welche die Geister auf den beiden ersten Landtagen am heftigsten aufzührte, war die des Sitzes der Provinzialverwaltung. . . . Daß die Majorität des Landtags von Merseburg fortgehen wollte, war vom ersten Augenblick an klar. . . . Ziel wesentlicher waren die Einwände gegen die ungünstige geographische Lage von Merseburg und vor allen Dingen seine unbequemen Bahnverbindungen.

Obwohl diese Erkenntnis also schon vor 50 Jahren allgemein war, konnte man sich damals nicht einigen. Die Frage ruhte bis zum Jahre 1891, wo man zum Bau des neuen Ständehauses in Merseburg schreiten mußte und nun abermals vor der gleichen erregten Aussprache stand. Wieder erwies sich die Entscheidung als unmöglich, da der Streit um den Sitz sich nicht schlichten ließ. So wurde Uneinigkeit der Parteien der Grund, daß die anerkannt schlechte Lage des Verwaltungsstiftes sich auch 1891 nicht verbessern ließ. Wenn damals, als die Provinzialverwaltung noch bescheidenen Umfang hatte, solche Verschleppung eines notwendigen Beschlusses sich allenfalls noch eben tragen ließ, so kann heute, bei den reichen und gewachsenen Aufgaben der Provinz, die Beibehaltung des Zustandes nur als bedauerlich und schädlich bezeichnet werden.

Schon die Stadt Merseburg selbst macht ihrer Lage und ihrer Einrichtung nach nicht den Eindruck eines Regierungsstiftes. Untern dem größern Halle gelegen, verfiel sie dem Schicksal aller Städte im Raumkreise größerer Gemeinden. Sie konnte einen besonderen neuzeitlichen Ausdruck nicht gewinnen. Etwas von Vorstadtcharakter ist an ihr haften geblieben. Sie war immer eine kleine unter ihresgleichen. Im Ausgang des 18. Jahrhunderts zählte sie beispielsweise 6000 Einwohner, während damals Halle 20 000, Magdeburg 30 000 Seelen umfaßte. Sie hat aber auch die nachfolgende Entwicklung nicht mitgemacht. Denn vor dem Kriege war die Einwohnerzahl noch nicht weit über 20 000 hinausgegangen. Das Bild einer liebenswürdigen und anmutigen Kleinstadt verband sich jedenfalls nicht mit den Ideen, die man sich von dem Sitze einer großen Gruppe von Behörden, die sich hier vereinigen, im allgemeinen macht. Dieser bescheidenen Eindruck brüht sich nun vor allem in der Verkehrrsbahn Berlin—Frankfurt und wird von den Linien nach München und Stuttgart berührt. Aber dieser Großverkehr geht an ihr so gut wie vollständig vorüber. Heute

nur zwei D-Zug-Paare

in Merseburg, obwohl die Stadt allmählich an Einwohnern zugenommen hat. Das ist auch nicht anders möglich. Denn die Nähe eines großen Eisenbahnknoten verleiht einem baldigen abermaligen Halt wichtiger Züge. Und die sehr schnelle Folge von abendlichen Zügen und Bahnknotenpunkten macht es erst recht unmöglich, daß in Merseburg regelmäßig Aufenthalt genommen wird. Liegen doch zwischen Halle und Erfurt nicht weniger als acht Plätze, an denen D- und Eizüge nach Möglichkeit halten sollen, nämlich Merseburg, Korbetha, Weißenfels, Naumburg, Kösen, Sulza, Apolda, Weimar. Zwar hat Merseburg heute Straßenbahnverbindungen mit Halle und einigen industriellen Nachbarorten, aber das alles reicht nicht aus, um diese Stadt in den Brennpunkt des Verkehrs zu ziehen. Inzue „Zeit“ ist kostspielig geworden. Wir wollen nicht Stunden veräumen, wenn es möglich ist, unsere Geschäfte auf einfachem und kürzerem Wege zu erledigen.

Im übrigen hat aber auch Merseburg in seinen Einrichtungen als Stadt mit der Zeit nicht ganz Schritt zu halten vermocht. Seine Unterbringungsbedingungen für Fremde — man denke nur an die regelmäßigen Tagungen des Provinzialausschusses und die mindestens eine Woche währenden Verhandlungen des Provinziallandtages — sind über diejenigen einer Kleinstadt nicht hinausgegangen. Ein Beweis dafür ist, daß die Fremden schon jetzt nach Möglichkeit in dieser Stadt nicht wohnen, auch wenn sie dort kürzere oder längere Zeit zu tun haben. Die sonstigen Zeichen einer Stadt gleicher Größe und gleichen Charakters fehlen zum großen Teil, obwohl Merseburg durchaus nicht etwa ohne Lebenswürdigkeiten ist. Aber sie bleibt, was sie ist: eine Kleinstadt, die trotz aller Bemühungen in ihrer Abgeschiedenheit ihr geistiges Niveau nicht zu heben vermag. Das ist auch nicht anders geworden, nachdem durch den Abbau großer benachbarter Braunkohlenfelder und durch die Errichtung des sogenannten Leunaerwerkes sich in der Nähe Großindustrie angesiedelt hat.

Man sagt, daß das Wesen einer Verwaltung

durch den Geist der Stadt,

in der sie ihren Sitz hat, beeinflusst werden kann. Im Wesen behauptet man das mit großem Nachdruck für den Regierungsbezirk Ansbach und verlangt dringend, daß dessen Hauptstadt etwa nach Dortmund verlegt werde. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Merseburg. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Aufgaben der Provinzialverwaltung am besten von Männern durchgeführt werden, die ständige Führung mit dem Pulsschlag des großen Lebens haben, wie er in den Hauptplätzen der Wirtschaft zu spüren ist. Dazu ist aber für die Mitglieder der Landesverwaltung in Merseburg nur geringe Gelegenheit gegeben. Das alles ist so einleuchtend, daß die Frage, ob die Landesverwaltung verlegt werden soll, überhaupt nur mit Ja beantwortet werden kann. In der Tat hat dann ja auch der Provinzialausschuß, soweit man weiß, mit allen gegen 2 Stimmen, dieser Verlegung zugestimmt. Und da er ja doch diejenige Körperschaft ist, die vom Provinziallandtag gewählt wird und zum größten Teil aus jetzigen und ehemaligen Mitgliedern dieses Landtags besteht, kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß auch der Landtag selber eine so gestellte Frage mit Ja beantworten muß.

Der Einwand der Stadt Merseburg, daß sie bei einer solchen Verlegung einen Verlust an Wirtschaftskraft oder an Ansehen erleidet, ist verständlich, aber nicht entscheidend. Selbstverständlich muß sich eine Stadt gegen jede Einbuße verwahren. Und Merseburg hat es ja auch in einer Denkschrift getan, die der Landrat des Landkreises Merseburg veröffentlichte. Die dort vortragenden Gründe können aber nicht überzeugen. Es muß sich jede Stadt Veränderungen gefallen lassen, die sich daraus ergeben, daß eine stärkere Zusammenfassung von Verwaltungskörpern notwendig wird. Was der Wirtschaft ohne Einschränkung erlaubt ist — die Verlegung ihres Sitzes und ihrer Werke an den Platz, den sie nach Lage der Dinge für gegeben hält —, muß auch denjenigen Behörden und Verwaltungen erlaubt sein, die in der Hauptstadt wirtschaftliche Belange zu vertreten haben.

Mieterversammlung. Der Mieter-Vau- und Sparverein Magdeburg hat zum Freitag den 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark“ eine öffentliche Versammlung einberufen. Landtagsabgeordneter Meyer (Solingen) wird über das Thema „Wirtschaftliche oder genossenschaftliche Wohnungspolitik“ sprechen. Da der Redner als ausgezeichnete Kenner auf diesem Gebiet bekannt ist, verspricht diese Versammlung recht interessant zu werden. An alle Mieter, Freunde und Gönner einer aktiven Bauartigkeit auf genossenschaftlicher Grundlage ergeht der Ruf, diese Versammlung zu besuchen.

Bunte Fassaden. Ueber dieses besonders in Magdeburg heijumstritene Problem wurde vom Bund deutscher Architekten und dem städtischen Hochbauamt ein Vortragsabend veranstaltet. Der farbige Anstrich ist nicht neu. In wechselndem Umfang wurde er angewendet. Die Farbe hebt die Feinheiten der Architektur noch mehr. Die schmutzen Gebirgsböden sind mit ihrer bunten Bemalung der Häuser eine Augenweide für den Wanderer. Der Erfolg des bunten Hausanstrichs hängt einmal von der Art und Weise der Farbzusammensetzung und zum andern von der Beschaffenheit des Untergrundes ab. Nach der technischen Seite muß Wert darauf gelegt werden, nur weisseste Farben zum Hausanstrich zu verwenden. Wachs, Öl, Kalk und Wasser-glas enthalten organische Stoffe und sind aus diesem Grunde als Bindemittel untauglich. Ein brauchbares Anstrichmittel sind die Kremlischen Farben. Dieses Verfahren ist der Natur abgelauscht. Beim Anstreichen mit Kremlischen Mineralfarben ist besonders darauf zu achten, daß der Untergrund ein gesundes, trocknes Mauerwerk und rauh ist. Der Mauergrund muß vollständig trocken sein. In der Aussprache wurde besonders der schlechte Fuß, der in Magdeburg verwendet wird, einer scharfen Kritik unterzogen und dafür verantwortlich gemacht, daß die Kremlischen Farben sich nicht halten.

Das erlöschende Sittlichkeitsverbrechen. Ein nicht ganz dreizehnjähriger Junge war am Sonnabend den verschiedenen Stahlhelmpfählen nachgelaufen, es wurde immer später, schließlich fürchtete er sich nach Hause zu gehen, weil er Schläge erwartete. Er übernachtete in einem Gasthause, am nächsten Morgen trüb ihn der Hunger nach Hause. Befragt, wo er über Nacht gewesen, erzählte er, ein vornehmer Mann habe ihn mitgenommen und Essen gegeben. Er habe ihn nicht wieder fortgelassen und dann unbillige Handlungen an ihm vorgenommen, die der Junge genau beschrieb. Die Hausnummer wußte er nicht, wollte die Wohnung aber finden. Man ging mit ihm hin, in dem Hause war der beschriebene Herr nicht zu finden, auch überall unbekannt. Ein nochmaliges Verhör des Jungen auf der Polizei ergab das Geständnis, daß er alles erfunden hatte, um einen glaubwürdigen Grund für sein Ausbleiben zu haben.

Privatschulen in Sowjetrußland. Die russische Regierung ist sich gezwungen, das seither in Kraft befindliche Verbot von Privatschulen aufzuheben, da die bestehenden staatlichen Anstalten der von der Bevölkerung verlangten Verschiedenartigkeit der Schularten und Unterrichtsgebiete nicht zu genügen vermögen. In die Genehmigung von Privatschulen werden zwei Bedingungen geknüpft: Sie müssen sich der staatlichen Inspektion und Regelung unterstellen und 25 v. H. der Plätze armen Kindern schenken.

„Der Gipfel der Welt“ heißt der Film, den der Touristenverein „Die Naturfreunde“ am Sonntag den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr im Frankfurter Jugendheim, Werner-Str. 10, laufen läßt. Er ist die Wiedergabe der gigantischen Leistungen der dritten Mount-Everest-Expedition, die trotz jähem Wingen den über 8000 Meter hohen Berggipfel nicht erreichen konnte. Ein Besuch ist allen zu empfehlen. Der Eintrittspreis beträgt nachmittags für Kinder 20 Pf., Erwachsene 40 Pf. und abends 50 Pf. Für gefangene Darbietungen sorgt der Arbeitergesangverein Lemsdorf unter Leitung des Herrn Lehrer Blume.

„Segewieser durch die Polizei.“ Die der „Antifische Preussische Presse“ mitteilt, hat der preussische Minister des Innern den Landtag eine Denkschrift „Segewieser durch die Polizei“ zugehen, die in inhaltlichen Ausführungen ein Bild vom Aufbau der Polizei, ihrer Verwaltung und ihrer Tätigkeit geben soll. Die Denkschrift gewährt einen Überblick über die Stärke der staatlichen Polizei und der Landjäger, sie gibt statistisches Material über die Gesamtzahl der Beamten für 1926 und 1927, enthält nachweise über Unfälle, Selbstmorde usw. Ein ausführlicher Abschnitt ist der Behandlung der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen gewidmet.

Feuertour in der Altstadt. In der Nacht zum Donnerstag entstand in einem Zwischraum der Hofstraße Mag. Oppermann, Milchweg 18, aus bisher noch nicht ermittelter Ursache ein großes Schichtenfeuer. Als der um 1 Uhr durch Fernsprecher und später durch Feuerwehler alarmierte Löschzug 3 (Knecht) auf der Brandstelle eintraf, stand der Inhalt des Zwischraumes, bestehend aus fertigen Häusern und zur Verarbeitung vorbereiteten Holzern sowie die Dachkonstruktion in Flammen, so daß noch zwei weitere Löschzüge zur Unterstützung herangezogen werden mußten. Unter Verwendung von vier Schlauchleitungen konnte das Feuer dann nach kurzer Zeit lokalisiert werden. Der Brand im Zwischraum selbst war aber bereits so weit vorgeschritten, daß der Inhalt vollständig zerstört wurde. Die Aufräumarbeiten nahmen die Feuerwehler noch länger Zeit in Anspruch. Eine zurückgelassene Brandwache bewachte dann noch bis 6 Uhr morgens die weitere Abklärung.

Die Wache in Flammen. Zu Mittwoch nachmittags entstand auf dem Grundstück Feldstraße 6 infolge fehlerhafter Heizanlage ein Brand. Um 1.37 Uhr herbeigerufenen Mannschaften der Feuerwehler beseitigte die Gefahr nach Freilegen der brennenden Stelle mit keinem Löschgerät.

Verurteilung der Straftäter. Straftäter wurden eingewiesen. Am 19. Januar, etwa 4 1/2 Uhr, hat ein Schwurgericht in Magdeburg verurteilt, unter Verlesung mehrerer Fernsprechtschaltzentralen von der Leitung eines Fernsprechts in Magdeburg Fernsprechtschaltzentralen eingewiesen. Die Frau war vorzeitig genug die Forderung abzugeben. Der Richter hat sich daraufhin unter Hinweis der Urteil erlassen. Das der eingewiesenen Straftäteren trägt er gütigerweise die Schuld ohne positive Beweise. Vorgelegt hat er keine entsprechende strafrechtliche Erklärung, sondern nur eine Anzahl Schenkungen, die der Richter wahrheitsgemäß erwidert aber gefunden hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Schwurgericht seinen Befehl an anderer Stelle wiederholt. Es wird behauptet, daß es gesamt.

Der Tod eines Mannes im Krankenhaus von Barajsch. Am 18. d. M., wurde ein Mann M. festgenommen. Es wurde bei ihm eine Anzahl Hauswirtschaftsgegenstände gefunden und die wieder abgegeben. Die gefangenen Sachen sind der Firma M. zurückgegeben.

Baufraudant Meinhardt im hiesigen Polizeigefängnis. Der nach Breslau entwandte Magdeburger Kriminalkommissar ist heute nacht 12 Uhr mit dem Baufraudanten Johannes Meinhardt hier eingetroffen und hat M. in das Polizeigefängnis eingeliefert; die Ermittlungen sind im Gange.

Die Briefstafel liegen lassen. Am 22. d. M., gegen 7 Uhr nachmittags, hat ein hiesiger Geschäftsmann auf dem Postamt 3 (Hauptbahnhof) eine rindlederne Briefstafel mit 205 Mark und Ausweispapieren verfallen lassen. Die Briefstafel ist bisher als Fundsache nicht zur Anzeige gebracht. Personen, die diesen Vorgang etwa beobachtet haben oder sonst zweckdienliche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, sich im Polizeipräsidium, Kriminaldirektion, Zimmer 268 der Dienststelle CB 4, Neue Ulrichstraße 2, einzufinden.

Geldschrankräuber an der Arbeit. In der Nacht zum 26. Januar 1927 ist in ein Kontor in der Anzeiler Straße eingebrochen und versucht worden, den dort stehenden Geldschrank gewaltsam zu öffnen. Als Täter kommen zwei Personen in Frage, die unerkannt entkommen sind. Am sachdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch streng geheim gehalten werden, bittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Kriminaldienststelle Mitte, Neue Ulrichstraße 2, Zimmer 14.

Gefundener Ziegenbock. Am 12. d. M., gegen 7 1/4 Uhr vormittags, wurde in der Wilhelm-Raabe-Straße ein weißer Ziegenbock gefunden und polizeilich sichergestellt. Sachdienliche Mitteilungen über den Eigentümer des Ziegenbockes erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 266 oder 268 sowie das 7. Polizeirevier, Emilienstraße 18.

Sichergestelltes Fahrrad. Sichergestellt ist ein Herrenfahrrad ohne Marke und Nummer. Das Rad hat einen schwarzen Rahmen, schwarze Felgen und schwarze Schutzbleche. Ferner hat es eine nach oben gebogene Lenkstange mit roten Griffen. An dem Rade befinden sich eine Luftpumpe und eine Laterne. Gejähligte werden gebeten, sich bei der Kriminaldirektion, Zimmer, 252, in den Vormittagsstunden von 8 bis 10 Uhr, zwecks Besichtigung des Rades zu melden.

Leichenfund am Elbufer. Am 21. Januar wurde am rechten Elbufer zwischen Ranis und Grünmühle die Leiche einer unbekannt männlichen, 40 bis 50 Jahre alten Person aufgefunden. Die Leiche ist 1,60 bis 1,65 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar, Wangen, rundes volles Gesicht. Am rechten Arm fehlt die Hand und halber Unterarm (alte Verletzung). Bekleidung: engschleiderne Hose, dunkle Weste, dunkles Kadett, weißes Hemd, graue Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, welche oben durch braune Schnallen zusammengehalten werden, braune Jagd- und grüne Stridweste. Angaben, die zur Feststellung der Persönlichkeit der Leiche führen können, erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 265.

Sozialdemokratische Partei Ortsauskunft für Arbeiterwohlfahrt. Am Montag den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Hofstraßenamtes Vortrag über: „Die Aufgaben der Gerichtshilfe und Gefangenenerziehung“ Gäste willkommen!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Groß-Magdeburg. Das gesamte Spielertorad steht am Sonntag vormittags 10.30 Uhr still.
Achtung, Abteilungsleiter! Die Sonderveranstaltung „Das“ kann umhändelbar erst am Freitag stattfinden.
Abteilung „Mittelpunkt“. Freitag den 23. Januar, abends 8 Uhr. Sängerkreis der Hundertkaiser- und Gruppenführer. Raiferer und Vorstandsmitglieder bei E. Gold. Dienstag den 1. Februar, abends 8 Uhr. Jahresversammlung im „Hilfswort“. Freitag den 23. Januar, abends 8 Uhr wichtige Sitzung für die Hundertkaiser-, Zug- und Gruppenführer im „Wintergarten“ Reiner dort bleiben.
Abteilung „Hilfswort“. Freitags abends 8 Uhr Mitgliederversammlung beim Amerikaner Saal. Ergebenen erwerdlich.
Abteilung „Lemsdorf-Reform“. Am Montag den 31. Januar, abends 8 Uhr wichtige Vorstand-, Kameradschafts-, Zug-Gruppenführer- und Mitglieds-Sitzung im „Reinhold-Hof“.

Aus der Arbeiterfängerbewegung Bezirksstag des Arbeiterfängerbundes

Am Sonntag fand in Magdeburg die ordentliche Bezirkskonferenz des Deutschen Arbeiterfängerbundes statt. Die Tagung war von 65 Delegierten und von sämtlichen Unterbezirksleitern des Bezirks sowie von Gästen stark besucht. Vom Gauvorstand war anwesend der Sangesbruder Laue (Halle). Ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Ferl über „Bildungsbestrebungen des Deutschen Arbeiterfängerbundes in gemeinsamer Arbeit mit den Bildungsanschlüssen der Arbeiterpartei und Gewerkschaften“ sowie ein Vortrag des Bezirksjugendpflegers, Konrektor Bölsdorf über „Jugendpflege und Arbeiterfängerbewegung“, gaben der Konferenz das Gepräge. Die Begrüßungswörter des Magdeburger Volkschors, die unter Leitung des Dirigenten Weiz besprochen wurden, wurden ebenfalls auf beachtlicher Höhe.

Der Vorsitzende Kaue (Magdeburg) gab den Geschäftsbericht. Er konnte feststellen, daß der Mitgliederbestand trotz Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Hungerarbeit, im Bezirk Magdeburg nicht nur stabil geblieben ist, sondern daß durch verschiedene Zusammenarbeiten aller kulturreisenden Vereine und Verbände innerhalb der Arbeiterbewegung in unserm Bezirk eine ganz erhebliche Vertiefung in kultureller Beziehung und eine technische Verbesserung aller angeführten Vereine zu verzeichnen ist. Diese Tatsache kamme recht deutlich durch die allorts erfolgte Umstellung zu gemischter Chören sowie durch die auf beachtlichem Niveau stehenden Veranstaltungen der einzelnen landlichen Vereine, zur Geltung.

Besonders wurde dem Vorsitzenden die gemeinnützige Arbeit der Bundeschöre durch öffentliches Plagieren, Konzertveranstaltungen in Gefängnissen, Krankenhäusern, Altersheimen, bei der Arbeiterwohlfahrt usw. hervorgehoben mit der Hoffnung, daß seitens der Regierungsstellen im laufenden Jahre weitere Gemeinnützigkeitsleistungen folgen mögen.

Auch der Aufbau von Kinderchören, den sich der Bund seit längerer Zeit schon angelegen sein läßt, mache in unserm Bezirk gute Fortschritte. Erwähnenswert sei die seit einem halben Jahre hier in Magdeburg erfolgte Gründung und Aufwärtsentwicklung des Magdeburger Volkschors sowie der Zusammenschluß aller kulturreisenden Vereine und Verbände in Magdeburg zu einem Arbeiterfängerbund.

In die Berichtszeit fiel auch die Bundesgeneralversammlung in Hamburg. Als Delegierter konnte der Vorsitzende mitteilen, daß es in allen deutschen Gauen mit der Aufwärtsentwicklung im Deutschen Arbeiterfängerbund vorangeht. Reichsbanner-Gesanggruppen in unsern Bund aufzunehmen, steht nicht entgegen, wenn in dem betreffenden Orte nicht schon ein Arbeiterfängerbund besteht.

Den gedruckt vorliegenden Rassenbericht erläuterte Genosse Kuzemann. Trotz erheblicher Ausgaben für Noten, die den Vereinen vom Bezirk überwiesen wurden, trotz Abführung der Bundes- und Gaubeiträge, auch schon für Vereine, die mit ihren Zahlungen dem Bezirk gegenüber noch im Rückstand sind, ist der Rassenbestand ebenfalls als stabil zu bezeichnen. Der Bezirksarchivar Bote machte detaillierte Mitteilungen über den Versand der vom Bund herausgegebenen Noten.

Die Aussprache zum Vorstand- und Rassenbericht ergab völlige Einstimmigkeit mit den Maßnahmen des Vorstandes und in der darauffolgenden Wahl wurden alle Mitglieder des Vorstandes wiedergewählt.

Dann hielt der Reichstagsabgeordnete Genosse Ferl seinen Vortrag über „Die Bildungsbestrebungen des Deutschen Arbeiterfängerbundes in gemeinsamer Arbeit mit den Bildungsanschlüssen der Arbeiterpartei und Gewerkschaften“. Alle Vereine und Verbände der modernen Arbeiterbewegung sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Sie haben alle die gleiche Zielrichtung wie die Gesamtarbeiterbewegung, ganz besonders die der Arbeiterkultur. Trotz Rückschlägen in der Gesamtbewegung, ist besonders bei den kulturreisenden Verbänden eine allgemeine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen.

Den Gewerkschaften und der Partei haben wir es zu verdanken, wenn der Sinn für kulturelle Bestrebungen in der Arbeiterfängerbewegung gewahrt wurde. Die Erkenntnis der Massenlage verleiht uns erst in die Lage, Arbeiterkultur zu treiben. Das Niveau der körper- und geisteskulturtreibenden Arbeitervereine, die Bestrebungen der Arbeiterjugend und der Arbeiterfängerbewegung sei Beweis für den Geist und die Entwicklung der Arbeiterkultur. Die ständige Zusammenarbeit aller Arbeiterkulturorganisationen und nicht zuletzt der Arbeiterfänger, mit dem gemeinsamen Ziel der sozialistischen Zukunft, bringe uns Aufstieg auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete.

Nunmehr erhielt zu längeren Ausführungen Bezirksjugendpfleger Konrektor Bölsdorf das Wort. Er sprach über das Thema „Jugendpflege und Arbeiterfängerbewegung“. In seiner Eigenschaft als Kreisjugendpfleger konnte der Dirigent, Herr Schulz (Wolmirstedt), Ergebnisse aus der Praxis zum Besten geben.

Ueber das Bezirksfängertreffen 1927 in Neuhaldensleben berichtete Kaue (Magdeburg). Alle Unterbezirke haben bereits Vorarbeit dazu geleistet und starke Beteiligung zugesichert. Der Unterbezirk Schönebeck hat zwar Bedenken geäußert, es ist aber zu erwarten, daß seine Mitglieder sich noch umstellen und ebenfalls möglichst zahlreich an dem Bezirksfängertreffen teilnehmen. Das detaillierte Programm konnte leider noch nicht vorgelegt werden. Das Fest findet statt am 3. Juli. Die Vereine treten nicht einzeln auf, sondern nur geschlossen als Unterbezirke sowie einzelne Spitzenchöre und Pionierchöre. Diejenigen leistungsfähigen Vereine, die einzeln auftreten wollen, werden erjucht, innerhalb 14 Tagen dem Bezirksvorstand anzugeben, was sie für Nieder bringen wollen.

Der Festbeitrag beträgt pro Teilnehmer 60 Pfennig. Sangesbruder Laue (Halle) verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über das 1928 in Hannover stattfindende Bundesfängertreffen. Er machte u. a. darauf aufmerksam, daß der Festbeitrag von 1 Mark bis Januar 1927 abgeführt werden müsse. Er empfahl, allortorts Reiseparkassen einzurichten, damit es recht vielen unserer Mitglieder ermöglicht werde, am dem 1. Deutschen Arbeiterfängerbundesfest teilzunehmen. 6 Wochen vor Abhaltung des Bundesfestes soll in Magdeburg ein Bezirksfängertreffen als Chorprobe für Hannover stattfinden. Der eventuelle Ueberzählung dieser Veranstaltung soll den einzelnen Vereinen überwiesen werden, wovon es dann wieder einigen Erwerbsebenen ermöglicht wird, auf Kosten der Vereinskasse mit nach Hannover zu fahren.

Eine rege Aussprache erfolgt über den vom Gau eingebrachten Antrag betreffs Zahlung von 5 Pfennig Extrabeitrag pro Monat und Mitglied zur Abhaltung und Finanzierung eines Gau-fängertreffens. Alle Diskussionsredner vertreten den ablehnenden Standpunkt. Kaue betont noch einmal, daß der Antrag recht gut gemeint war, aber sich in der heutigen, wirtschaftlich so schweren Zeit nicht durchführen lasse. Das Ergebnis der Abstimmung ist dann auch einstimmige Ablehnung.

Der Vorsitzende besprach dann noch ausführlich die kürzlich hier in Magdeburg erfolgte Gründung des Arbeiterkulturkartells Groß-Magdeburg. Nach anfeuernden Schlussworten sangen alle Konferenzteilnehmer unter Leitung des Dirigenten Kauling „Empor zum Licht“.

Vereine und Versammlungen
Magdeburger Volkschor.

Der Magdeburger Volkschor (Mitglied des Deutschen Arbeiterfängerbundes, Unterbezirk Magdeburg) hielt am Sonnabend seine Jahres-Generalversammlung ab. Wie der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht mitteilte, war das verfloßene Jahr reich an Erfolgen, aber nur durch die willige Mitarbeit aller Mitglieder des Frauen- und Männerchors. Der Chor hat u. a. mitgewirkt beim Kulturtag der Sozialdemokratischen Partei, bei der Bühnenschau des Arbeiter-Turnvereins Nichte sowie beim Jubiläum des Gewerkschaftskartells Magdeburg. Außer Platzkonzerten auf öffentlichen Plätzen der Stadt (eigne sowie im Rahmen der Volkshochschule) haben gemeinnützige Konzerte stattgefunden in den Krankenanstalten, Hospitälern und Altersheimen sowie in der Strafanstalt Sudenburg. Ein Schubert-Brahms-Abend im „Kristallpalast“ sowie ein Kammermusikabend im Uebungslokal des Chors, in der Aula der Lutherchule, Dreieckstraße, wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1926 abgehalten. Seit September 1926 steht der Chor unter Leitung des Studienleiters der Magdeburger Volkshochschule, Herrn Helmut Weiz, und die Pflege wahrer Volksmusik unter Berücksichtigung der modernen musikalisch-pädagogischen Gesangs-kultur hat eine Umstellung des Chores notwendig gemacht. Es ist daher erst anlässlich der Theaterausstellung möglich, wieder mit Spitzenleistungen an die Öffentlichkeit zu treten.

Nach dem Bericht des Kassierers hat sich die Einführung der Hauskassierung als praktisch erwiesen und der Chor hat nicht nur seine zahlenmäßige Stärke, als größter Arbeiter-Gesangverein Magdeburgs, behalten, sondern auch die Rassenverhältnisse sind als sehr gut anzupfehlen. Mit Ausnahme des Schriftführers ergab die Vorstandswahl Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten fand die gut besuchte Generalversammlung mit dem gemeinsamen Gesang des Uthmannschen Volksliedes ihr Ende.

Kluge Mütter bevorzugen beim Einkauf von Haferflocken Quaker Oats



In Deutschland auf Grund langjähriger Erfahrung hergestellt, bleiben Quaker Oats unübertroffen in Geschmack und Ergiebigkeit. Die Verarbeitung des Hafers nach besonderem, rein maschinellen Verfahren bietet jegliche Gewähr für die Reinheit des Produktes.

Aus der Wirtschaft

Um die Gasfernverförgung

Am Dienstag fand unter stürkster Beteiligung der Interessenten aus dem ganzen Reich im Ingenieurhaus in Berlin die diesjähriqe Vollversammlung des Sachverständigenausschusses des Reichskohlenrats für Brennstoffverwertung statt.

Diplomingenieur Zur Nedden gab den Geschäftsbericht, dem er besonders auf die Rationalisierung in der Kohlenwirtschaft (Wandlung der Kohle vom Brennstoff zum Rohstoff) hinwies. Anschließend berichtete dann Geheimrat Professor Dr. Franz Fischer vom Kohlenforschungsinstitut in Mülheim an der Ruhr über die internationale Kohlentagung in Pittsburg. Er stellte fest, daß die Amerikaner heute aus der Tatsache der Ueberlegenheit der europäischen Wirtschaft auf dem Gebiete der Kohlenchemie den notwendigen Schluß gezogen haben und daran gegangen sind, ein großes Kohlenforschungsinstitut zu gründen. Die Pittsburger Tagung hat eindringlich vor Augen geführt, daß bei der neuern Entwicklung von vielerlei gefuppelten Verfahren in der Kohlenwirtschaft die engste Verbindung des Kaufmanns mit dem wissenschaftlichen Ingenieur und Chemiker sogar noch wichtiger ist als das Kapital.

Von größtem Interesse für die Versammlung war natürlich der angekündigte Vortrag des Generaldirektors Dr.-Ing. Pott von der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung (Essen) über die Frage der Gasfernverförgung.

Leider brachte sein Vortrag nicht das, was man allgemein wohl erwartete. Der Vertreter der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung trug vieles vor, das in seiner allgemeinen Form bekannt ist. Wo es zweckmäßig war, näher in die Materie einzubringen, hielt er mit den Einzelheiten zurück. Wichtig dürfte auch für die künftige Entwicklung folgendes sein: Jeder der Anwesenden wird wohl aus den Darlegungen Potts die Empfindung gewonnen haben, daß das rheinisch-westfälische Kohlenunternehmertum auf jeden Fall gewillt ist, seine Ferngaspläne durchzuführen, wobei es sicherlich nicht mit Unrecht auf die Hilfe der Reichsregierung spekuliert.

Eine andre Frage ist die

Einbeziehung der Braunkohle.

In der Diskussion nahmen am Dienstag zwei Vertreter der Braunkohle, Dr. Bube vom Ferngasverförgungsausschuß des Braunkohlen-Industriellen-Vereins und Dr. Seidenföhr vom Institut für Braunkohlenforschung, das Wort und meldeten die Ansprüche der Braunkohlenindustriellen hinsichtlich der Gasfernverförgung an.

Dr. Pott machte auch hier die Zusage, daß die Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung absolut nicht andre Kohlenbergbau-reviere ausschalten oder beeinträchtigen wolle. Er verwies dabei auf das geplante Ringsystem (Ferngasnetz in fernen einzelnen Leitungen: Ruhr-Berlin, Ruhr-Rüfte, Ruhr-Kassel, Leipzig-Berlin, Leipzig-Kassel, Schlesien-Berlin, Schlesien-Sachsen, Mitteldeutschland-München, Köln-Mannheim-Stuttgart), ohne auch hier nähere Angaben zu machen.

Die Frage einer Beteiligung der Braunkohle liegt nach Auffassung der Ruhrleute nicht so einfach, wie man sich das in den Braunkohlenrevieren denkt. Es wird besonders betont, daß der Ruhrbergbau bei einer Erzeugung von 12 Milliarden Kubikmeter Gas 6 Milliarden Kubikmeter greifbar hat, während die Braunkohle eventuell nur rund eine Milliarde Kubikmeter Gas liefern könnte, die aber noch erzeugt werden müssen.

Soweit Generaldirektor Pott auf das Verhältnis der Gemeinden, des Staates usw. zur Gasfernverförgung einging, ist folgendes wichtig: Ein Mitbesitz der Gemeinden an den Ferngasverförgungsstätten (Kofereien) wird abgelehnt. Er begründete die Ablehnung rein finanziell damit, daß die Kofereien mit ihren Berg- und Güttenerwerken eine unzertrennbare Besitzheit bilden. Dagegen betonte er, daß sich über einen gemischtwirtschaftlichen Leitungsbesitz

und Bau und Betrieb der Leitung durch die Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung reden lasse. Gewissermaßen als Ausgleich für diese „Kongession“ fordert man eine Regelung des Wegerechts. Es ist dies ein Punkt, der unter Umständen zu sehr schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen führen dürfte. Als öffentliche Aufsicht genügt nach Potts Auffassung die gesetzliche Befugnis des aus Verbrauchern, Erzeugern, Arbeit-

nehmern und Arbeitgebern, Vertretern der Städte, Landkreise und Länder zusammengesetzten Reichskohlenrats, Koks- und Kohlenhöfpreise festzusetzen.

Die Begründung Potts für diese Auffassung geht dahin, daß die Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung das Gas ab Zeche nicht in Markt bezahlt haben will, sondern der Gaspreise von dem Preise der marktgängigen Kohlenorten auf dem Weltmarkt abhängig machen möchte, so daß der Gasgrundpreis selbstständig mit dem Weltkohlenpreis steigt und sinkt.

Die Position der Gemeinden ist so stark, daß man in Ruhe abwarten kann, wie man sich in Essen die Einzelheiten in der Durchführung der von Pott vorgebrachten Pläne denkt. Damit soll aber keine Passivität das Wort geredet werden, denn es ist, angesichts der politischen Wandlung, zu befürchten, daß die sehr aktiven Geister in Essen, die für jede Situation des Möglichen erfahrungsgemäß ein sehr gutes Niechorgan haben, die Gemeinden eines guten Tages

vor höchst unliebsame Tatsachen stellen.

Arbeit muß vor allen Dingen über die Preisfrage geschaffen werden, die am Dienstag von Pott in einer Art und Weise behandelt worden ist, die den Konsumenten wohl wenig behagen dürfte. Das u. a. durch die Gasfernverförgung zu erzielende Sortengleichgewicht im rheinisch-westfälischen Bergbau, ohne Zweifel eine Lebensfrage für ihn, darf unter keinen Umständen zur Festlegung einer Gasrente für das rheinisch-westfälische Unternehmertum führen.

Des weitern dürfte Herr Pott selbst einsehen, daß seine Vorschläge über die öffentliche Aufsicht in der von ihm vorgebrachten Form nicht genügen. Man mag über den Wert einer Kontrolle durch die Arbeitnehmer im Kohlenyndikat denken wie man will, unumgänglich erscheint uns aber die Erfüllung der Forderung einer ähnlichen Beteiligung der Arbeiterschaft an der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung oder ihrer Nachfolgerin wie im Kohlenyndikat. Diese Forderung erscheint uns ebenso wichtig wie die ausschlaggebende Beteiligung des Staates in einem gemischtwirtschaftlichen Leitungsnetz.

Deutsche Aktien in Amerika

Die New Yorker Börse hat sich nach vorliegenden Nachrichten mit einer Notiz ausländischer Aktien in Originalform und Originalsprache des Kommissionslandes einverstanden erklärt.

Dieser Beschluß dürfte für die Zulassung deutscher Aktienwerte zur direkten Notiz an der New Yorker Börse von großer Bedeutung sein. Bis jetzt war die Zulassung und Notierung ausländischer Aktien nicht gestattet. Deshalb waren deutsche Aktien nicht lieferbar und der einzige Weg eines Handels mit deutschen Aktien in Amerika war der, Truhsertifikate gegen Blocks der entsprechenden Aktien auszugeben.

Die Zulassung ist durch das Bankhaus Dillon Read u. Co., New York, die hartes finanzielles Interesse an europäischen Werten genommen hat, bereits vorbereitet und den entsprechenden Stellen vorgelegt worden.

Deutsches Baumaterial verschleudert

Die deutsche Industrie benutzt durchweg die überhöhten Preise im Inland, um auf dem Auslandsmarkt Preis-schleuderei zu treiben. Besonders toll macht es die deutsche Zementindustrie, deren gegenüber dem Frieden stark überhöhten Preise zu häufigeren Erörterungen Anlaß in der deutschen Öffentlichkeit gegeben haben.

Deshalb interessiert wohl eine Anfrage im holländischen Parlament, durch die der Arbeitsminister darauf hingewiesen wird, daß deutscher Zement, der in Aachen 455 Mark = 278 Gulden per 10 Tonnen kostet, in den Niederlanden mit 150 Gulden verkauft wird. Weiter heißt es, daß der sogenannte Disterhofzement, dessen Preis in Deutschland 800 Mark = 480 Gulden per 10 Tonnen beträgt, in Holland zu 200 Gulden abgegeben wird.

Die Tatsachen sind berart skandalös, daß wohl auch das deutsche Wirtschaftsministerium nicht umhin kann, sich um die Dinge zu kümmern, da gerade die Verteuerung der deutschen Baukosten zu den bekannten Kalamitäten auf dem Bau- und Wohnungsmarkt führten.

Erhebungen über die Kohlenindustrie. Die Erhebungen über den Stand der Kohlenindustrie (Lohn, Arbeitszeit und Ferien), die vom Internationalen Arbeitsamt auf Beschluß der Arbeitskonferenz eingeleitet wurden, gehen, wie von dem dazu

eingesetzten Sonderausschuß des Verwaltungsrats in Genf festgestellt werden mußte, nicht recht vorwärts. Die eingetretene Verzögerung hängt, wie so manche andre, von den Regierungen ab, die auf einen Fragebogen des Internationalen Arbeitsamtes, der schon vor Monaten versandt worden ist und zum 1. Dezember 1926 hätte beantwortet werden sollen, mit nur drei lobenswerten Ausnahmen (Polen, Tschechoslowakei und Bulgarien) noch nicht geantwortet haben. Als Grund dafür werden der englische Kohlenarbeiterstreik und die durch ihn auch in den andern Kohlenproduzierenden Ländern verursachten außerordentlichen Verschiebungen in der Kohlenproduktion und Kohlenwirtschaft angegeben.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag statt Abbau!

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat sich erneut mit den von der Reichsbahngesellschaft beabsichtigten Entlassungsmaßnahmen in den Ausbesserungswerken beschäftigt.

Angeichts der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit fordert er erneut und nachdrücklich, daß als einzige wirkungsvolle Maßnahme gegen jedweden Abbau und jede Stilllegung von Betrieben der Achtstundentag in den Ausbesserungswerken der Reichsbahn sofort eingeführt wird.

Der Einführung des Achtstundentages könne die Reichsbahngesellschaft keine finanziellen Bedenken gegenüberstellen, da die Reichsbahngesellschaft nach den neuesten Pressemeldungen zurzeit äußerst liquid ist.

Lohnverhandlungen

Die für die rheinisch-westfälische Ziegelinindustrie unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichs- und Staatskommissars stattgefundenen Lohnverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da der Arbeitgeberverband einen Abbau der Löhne um 6 Prozent verlangt hat. Das im Anschluß an die Verhandlungen sofort zusammengetretene Tarifamt fällt einen Schieds-spruch, wonach die jetzigen Löhne bis zum 30. April d. J. weitergezahlt werden sollen. Der Arbeitgeberverband hat den gefällten Schiedspruch abgelehnt.

Bei den Nachverhandlungen über den Schiedspruch für das Tabalgewerbe, die dieser Tage zwischen den Tarifkontra-henten im Reichsarbeitsministerium stattfanden, kam es zu einer Einigung, wonach vom 22. Januar an die Stundenlöhne um 5 Prozent erhöht werden. Die Vereinbarung soll bis zum Ablauf des Manteltarifs am 31. Oktober 1927 gelten. Für den Fall, daß in der Zwischenzeit eine Erhöhung der Mieten eintritt, ist bestimmt worden, daß alsdann eine besondere Schiedsstelle, bestehend aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einem vom Reichsarbeitsministerium zu bestellenden Vorsitzenden nach Anhörung der Parteien eine Erhöhung der Stundenlöhne um den Betrag der Mieterhöhung vornimmt.

Erweiterung der Unfallversicherung. Die Erweiterung der Unfallversicherung wird von der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags in einem soeben zum Volkswohlfahrtsrat eingebrachten Entschließungsantrag nachdrücklich gefordert. Die Ausdehnung ist vorzuziehen für das gesamte Gastwirtschaftsgewerbe sowie für Personen der Krankenpflege, für das Hauspersonal der Krankenhäuser, Kliniken, ärztlichen Instituten, Heil- und Pflegeanstalten, Laboratorien und für die im Feuerlöschwesen beschäftigten Personen. Schon im Sommer 1925 hat die Reichsregierung versprochen, eine Vor-lage zur Erweiterung der Unfallversicherung bis zum Herbst des gleichen Jahres vorzunehmen. Wir schreiben jetzt 1927.

Hinausgewählte Strafreure. Bei der Wahl der Ortsverwaltung Armen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, entfielen auf die Liste Amsterdam 86, auf die kommunistische Liste 14 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Kommunisten, die bisher vier Sitze in der Ortsverwaltung hatten, scheiden damit ganz aus.

Proteststreik im Saargebiet. Die gesamte Belegschaft der Grube „Wesfen“ bei Saarbrücken, ist aus Anlaß der Entlassung von drei Bergleuten, die beschuldigt wurden, aus Fahrlässigkeit den großen Grubenbrand vor einigen Tagen verursacht zu haben, heute in einen Proteststreik getreten.



Der neue Stern am Himmel der Hausfrau:

Suma weist Ihnen einen neuen, besseren Weg zur Pflege Ihrer Wäsche.

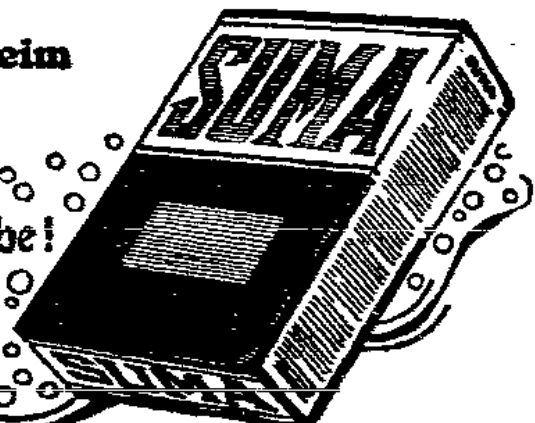
Suma ist wirksamer als bloße Seife und besser als jedes Seifenpulver; es löst allen Schmutz und wäscht vollkommen weiß, ohne jede chemische Einwirkung. Die Stoffe bleiben wie neu, auch wenn sie hundertmal mit Suma gewaschen sind.

Es ist erstaunlich, wie viel mehr Schmutz Suma aus der Wäsche herausholt als irgend ein anderes Waschmittel. Suma ist billig, weil so gut und ausgiebig.

Preis 50 Pfg.

„Sunlicht“ Mannheim

SUMA wäscht allein und schont alle Gewebe!



Letzte 3 Tage

Erstaunlich billiger Verkauf der Restbestände

der

Leinen-, Wäsche- u. Wollwarenhandlung

Richard Oste

Breiter Weg 10

I. Etage. 268

Bücher empfiehlt Buchhandlung Volksstimme

Burg. Als heute

Fettes Fohlenfleisch

sowie Schinken und Rindfleisch

Witz, Ohlrogge, Oberst. 7.

Sie freuen

sich, wenn Sie bei mir billig kaufen!

- Genusskonditorei, Neßporen . . . 21.- 17.50
- Gebrüder-Lager, 2 u. 3 Bgl. 97.- 24.- 19.50
- Handschuhe, S. 37.- 22.00
- Gummihüte, Neßporen . . . 18.50 9.50
- Impregniertes Kästel, Neßporen . . . nur 4.75
- Blindnähen, imprägniert . . . 9.50 bis 4.75
- Genusskonditorei . . . 7.50 5.75 5.- 4.50 3.50
- Pilzschokolade, Englische . . . 5.75 4.- 3.25
- Handschuhe, Neßporen . . . 8.75 7.50 5.75
- Genusskonditorei, Nord. Mannheimer . . . 8.50 6.75 4.75
- Blindnähen . . . nur 3.50
- Seidenschleier . . . 6.00 4.75
- Weiße Handtücher, Neßporen . . . nur 3.50
- Blauwe Handtücher, Neßporen, sehr billig

Dreblers Textilhalle

am Alten Markt.



Rieler

Fettspalten

ca. 4 Pf. 45 Pf.

ca. 8 Pf. 25 Pf.

Große Voll-

fettbällinge

ca. 2 Pf. 1.15

ca. 4 Pf. 25 Pf.

la. Brotheringe

ca. 2 Pf. 65 Pf.

ca. 4 Pf. 1.35

ca. 7 Pf. 2.25

ca. 10 Pf. 3.95

Nur allerfeinste Marken von englisch. Öteringen.

la. Fischkonserven

und Sardinen

zu kostbaren Preisen.

Samburger

Fischhaus

Magdeburg

Peterstraße 2.

Fernsprecher 9318.



Alles geschneidert nach Schnittmustern gewaschen nach Originalrezepten

Frauenwelt

30 Pf. das Heft, mit Schnittmuster 40 Pf. - Zu beziehen:

Buchhandlung Volksstimme

Gr. Münzstraße 3 Magdeburg Gr. Münzstraße 3

Rein Aluminium

Max Weisser

Magdeburg

Kölnstr. 2-3

Sommerspielwaren: Gummibälle

Grass- und Kleinhandel. Gegründet 1888.

Großer Inventur-Ausverkauf!

Beginn: Freitag den 28. Januar

Um mein gesamtes Lager in Winterwaren zu räumen, habe ich die Preise zum Teil bis 50 Prozent herabgesetzt

Trotz enorm herabgesetzter Preise können Sie bei mir sämtliche Waren auf

Teilzahlung

kaufen.

Kleine Anzahlung.

Niedrige Abzahlung.

Herren-Ulster, -Paletots, -Anzüge, Damen-Mäntel, -Kostüme, -Kleider, Mantelstoffe, Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Tischwäsche — Leibwäsche — Bettwäsche, Wollwaren, Trikotagen, Teppiche, Gardinen, Decken.

Auswärtige Kunden erhalten Fahrtvergütung

Beachten Sie meine 4 Schaufenster und prüfen Sie die Preise mit denen anderer Geschäfte.

Kaufhaus Merkur

Breiter Weg 227, Ecke Moltkestraße (Nähe Hasselbachplatz)

Gebr. Dingel

Lebensmittel - Großverkaufshaus
Magdeburg-Hamburg

Ausgewählte Ware! Billige Preise! Direkter Import!

Jetzt ist der Augenblick, wo in der gemüßarmen Jahreszeit Konserven der Hausfrau eine Mahlzeit bereiten helfen. Wir bringen Ihnen bei äußerster Berechnung die besten Qualitäten, frumme Packungen, von nur ersten Häusern!

Stangenspargel, extra stark, 20/24 Stg.	1/2-kg-Doze	Wf. 3.00
Stangenspargel, sehr stark, 28/30 Stg.	1/2-kg-Doze	Wf. 2.85
Stangenspargel, stark, 34/38 Stg.	1/2-kg-Doze	Wf. 2.70
Stangenspargel, mittelfest, 40/45 Stg.	1/2-kg-Doze	Wf. 2.60
Stangenspargel, 50/60 Stg.	1/2-kg-Doze	Wf. 2.20
Brechpargel, mittel	1/2-kg-Doze	Wf. 2.15
Brechpargel, dünn	1/2-kg-Doze	Wf. 1.30
Kaiserhüten	1/2-kg-Doze	Wf. 2.05
Erbsen, sehr fein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.80
Junge Erbsen, fein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.50
Erbsen, mittelfein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.00
Erbsen, junge	1/2-kg-Doze	Wf. 0.75
Suppenerbisen	1/2-kg-Doze	Wf. 0.62
Junge Erbsen mit Kar., mittelfein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.00
Junge Erbsen mit Karotten	1/2-kg-Doze	Wf. 0.80
Schnittbohnen I	1/2-kg-Doze	Wf. 0.82
Brechbohnen I	1/2-kg-Doze	Wf. 0.82
Wachsbrechbohnen I	1/2-kg-Doze	Wf. 0.96
Brechbohnen	1/2-kg-Doze	Wf. 0.58
Schnittbohnen	1/2-kg-Doze	Wf. 0.58
Allerfeinste Butterbrechbohnen	1/2-kg-Doze	Wf. 1.00
Karotten, junge	1/2-kg-Doze	Wf. 0.70
Karotten, gewürfelt	1/2-kg-Doze	Wf. 0.45
Leipziger Allerlei, mittelfein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.20
Leipziger Allerlei	1/2-kg-Doze	Wf. 0.80
Spinat, eingebüdt I	1/2-kg-Doze	Wf. 0.65
Rohrabi, in Scheiben, mit Grün	1/2-kg-Doze	Wf. 0.80
Sellerie, in Scheiben	1/2-kg-Doze	Wf. 1.25
Tomatenpüree	1/2-kg-Doze	Wf. 0.50
Tomatenpüree	1/2-kg-Doze	Wf. 0.32
Steinpilze, geschält, weiß	1/2-kg-Doze	Wf. 1.85
Pflückerlinge	1/2-kg-Doze	Wf. 1.35
Champignons	1/2-kg-Doze	Wf. 1.35
Champignons	1/2-kg-Doze	Wf. 0.85

Obstkonserven, Ernte 1926

Ananas, Hawaii, 8 gr. Scheiben	1/2-kg-Doze	Wf. 1.60
Erdbeeren, blanchiert	1/2-kg-Doze	Wf. 2.45
Erdbeeren, roh	1/2-kg-Doze	Wf. 2.00
Kirschen, rot, mit Stein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.25
Kirschen ohne Stein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.70
Schattenmorellen mit Stein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.55
Schattenmorellen ohne Stein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.70
Aprikosen, halbe ungeschälte	1/2-kg-Doze	Wf. 2.30
Pflaumen, halbe geschälte	1/2-kg-Doze	Wf. 2.00
Nirabellen	1/2-kg-Doze	Wf. 1.40
Pflaumen mit Stein	1/2-kg-Doze	Wf. 0.74
Pflaumen, halbe Frucht, ohne Stein	1/2-kg-Doze	Wf. 1.00
Heidelbeeren	1/2-kg-Doze	Wf. 1.15
Birnen, halbe Frucht, geschält	1/2-kg-Doze	Wf. 1.60
Reineclauden, gegrünt	1/2-kg-Doze	Wf. 1.45
Apfelsinus, tafelfertig	1/2-kg-Doze	Wf. 1.10

Sämtliche aufgeführten Konserven sind, soweit noch Vorrat, auch in 1/2 Dozen am Lager.

Hollmöse	1-Liter-Doze	68 Pf.
Bratheringe	1-Liter-Doze	62 Pf.
Bismarckheringe	1-Liter-Doze	68 Pf.
Sering in Selee	1-Liter-Doze	70 Pf.
Sardinen	1-Liter-Doze	66 Pf.
Sardinen	Doze 40 bis 130	Pf.
Bratheringe in Champignon-Soße	Doze 55	Pf.
Hollmöse in Mahonnaisse	1/2-Liter-Doze	75 Pf.
Hänghellachs	Doze 95 150	Pf.
Schnitzellachs, la.	1/4 Pfund	40 Pf.
Selachs in Scheiben	1/4 Pfund	35 Pf.
Kieler Sprötten, Müllinge	Pfund	73 Pf.
Amerikanisches Schmalz	Pfund	55 bis 120 Pf.
Margarine	Pfund	150 Pf.
Blodwurft, harte	Pfund	200 Pf.
Hüringer Bratwurft	1/4 Pfund	22 Pf.
Limburger Käse	1/4 Pfund	22 Pf.
Garzäse usw. usw.		

Gebr. Dingel

Magdeburg-Hamburg

Verkaufsstellen:

- Magdeburg: Große Diesdorfer Straße 11
- Große Diesdorfer Straße 196
- Neustädter Straße 26
- Breiter Weg 224
- Breiter Weg 98
- Schönefelder Straße 195
- Südost, Alt-Weißerhagen 162
- Martinstraße 20

Richard Bosse St. Marti-straße 20.

Swage Sa erma... 1.20
Barres Revold, Wildschwein, Katt...
Wilde Kaninchen...
Kandierentafel...
Kaffee...
Sammel...
Richard Bosse St. Marti-straße 20.

Spez. Rolsterwerkstatt
Apfelstr. 3

Kanonenhöfen
Schwarzblechroden
Hfenrohre billig
KARL GIESAU
Spiegelstraße 10 T. 6194

Seht die Frauenwelt!
Möbel

Zum Film
Der schwarze Sonntag
Preis gebunden 1 Mark

Maxim Gorki
Der 9. Januar

Die Ereignisse in Petersburg im Jahre 1905 mit 7 Bildern

Zu haben
Buchhandlung Volkstimme
Magdeburg, Große Mühlstraße Nr. 3

Zahls Beschl-Anstalt
Oivenstedter Straße 36

Gerren... 2.75
Damen... 2.00
Gerren... 0.90
Damen... 0.75

Nur prima Gerren
Auf Wunsch ohne
Nest und Kägel

Speisezimmer
Schlafzimmer
Bücher

Jürgens & Co.
alt. Fragner-
Gangway

Nachrichten aus der Provinz

Die „Volksgemeinschaft“ auf dem Lande

Der Besitzbürgerblock soll nach Hindenburg auch die „berechtigten Interessen der Arbeiter“ wahrnehmen. Es erscheint daher angebracht, einmal einen Blick in einige pommerische Kreis- und Provinzialparlamente zu werfen, die zwischen dem durchaus fremden deutschen nationalen Pommerischen Landbund und seiner „Arbeitergruppe“ abgeschlossen wurden. In dem Landbundtarif für den Kreis Stolp heißt es:

Das Wohnrecht der Familienmitglieder des Deputierten ist beschränkt auf die Ehefrau, die schulpflichtigen Kinder und die schulpflichtigen Kinder, soweit sie im Betrieb des Landarbeiters arbeiten. Für alle anderen Personen ist die Zustimmung des Arbeitgebers Voraussetzung und gilt bei Zuwiderhandlungen als Kündigungsgewalt.

Nach diesen Bestimmungen, die auch in einer ganzen Reihe anderer Landbundtarife enthalten sind, bestimmt der Arbeitgeber, nicht der Landarbeiter, darüber, welche Personen sich in der Wohnung eines Landarbeiters aufhalten dürfen.

Der Landbundtarif für den Kreis Greifswald weist folgende Bestimmungen auf:

Kann der Deputat überhaupt keinen Hofgänger stellen, so kann im Einverständnis mit dem Arbeitgeber diese Verpflichtung durch Leistung von 700 Frauen-Arbeitsstunden abgelöst werden. In diesem Falle fällt jedoch die Nachgewährung der entsprechenden Sonderentschädigung für Hofgängerhaltung fort. Wird kein Hofgänger gestellt und ist die Frau mit 700 Stunden verpflichtet, so wird das Korndeputat für jede weniger als 700 geleistete Stunde um 1 Pfund vermindert.

Die Verpflichtung, Familienmitglieder zur Arbeit zu schicken, wird in noch viel stärkerem Maß in dem Landbundtarif für den Kreis Schlawe betont. Es heißt dort:

Arbeitsfähige Personen, die in Untermietwohnungen wohnen, dürfen außerhalb keine Arbeit annehmen. In allen Familien, die weniger als zwei Hofgänger stellen, ist jede dort wohnende Person verpflichtet, als erster bzw. zweiter Hofgänger zur Arbeit zu gehen.

Der Landbundtarif für den Kreis Belgard enthält folgende Bestimmungen:

Wer sich eines Eigentumsübergangs gegen seinen Arbeitgeber schuldig macht oder zu einer solchen Handlung in irgend-

einer Form Beihilfe leistet, kann sofort entlassen werden. Tüger Erhaltung des Wertes hat er für jeden Fall die Strafe bis zu 1 Zentner Roggen zu zahlen.

Nach dieser Bestimmung wird ein Eigentumsübergang nicht weniger als dreimal bestraft, erstens durch sofortige Entlassung, zweitens durch Rückerstattung des Wertes des gestohlenen Stückes und drittens durch eine Strafstrafe von 1 Zentner Roggen.

Eine andre Bestimmung in demselben Landbundtarif hat folgenden Wortlaut:

Unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit oder unberechtigtes Enternen von der Arbeit oder Arbeitsunfähigkeit durch Trunkenheit berechtigt den Arbeitgeber zur Einbehaltung des Tagelohnes und des Geldwertes des Naturallohnens. Für Schäden an Vieh und Inventar durch Verschulden des Arbeitnehmers oder seiner Angehörigen haftet Arbeitnehmer nach dem Gesetz bis zur Höhe des 15fachen Ortslohnes (nach der Reichsversicherungsordnung) kann der Arbeitgeber sich an den Dienstlohn halten.

In die gesetzlichen Bestimmungen hält man sich bei den Landbundtarifen längst nicht mehr. Die Arbeitszeit, die nach der vorliegenden Landarbeitsordnung mit höchstens 2000 Stunden im Jahre festgesetzt ist, ist in vielen pommerischen Kreisen bereits wesentlich überschritten. In den Kreisen Franzburg und Greifswald beträgt die tarifliche Arbeitszeit jährlich 2922 Stunden, in Grimmen und auf Rügen 2929 Stunden, in Schivelbein 2961, Abslin und Randow 2963, Greifenberg 2973 und Regenwalbe 2974 Stunden.

In diesen wenigen Feststellungen ist deutlich zu erkennen, was von der deutschen Arbeiterpolitik zu halten ist. Von dem „Mitspielen mit den Landarbeitern“ spricht man, aber die allmähliche Beseitigung ihrer Errungenschaften und die ständige Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse meint man. Das kann auch gar nicht anders sein, wenn man bedenkt, daß nicht die Not der Landarbeiter, sondern lediglich der Wunsch der deutschen nationalen landwirtschaftlichen Unternehmer, eine rücksichtslos eingestellte und gut funktionierende Interessenvertretung zu besitzen, zur Bildung der Landbundorganisationen geführt hat. In dieser deutschen nationalen „Volksgemeinschaft“ werden die „berechtigten Arbeiterinteressen“ gewahrt, so wie der Besitzbürgerblock sie vertreten soll.

Lehrgänge für Landwirte

Wie dem „Amtlichen Preussischen Pressedienst“ aus dem Landwirtschaftsministerium mitgeteilt wird, finden vom 17. bis 19. und vom 24. bis 26. Februar Lehrgänge für praktische Landwirte in der Versuchswirtschaft für Schweinehaltung in Ruhlsdorf, Kreis

Teltow, statt. An diesen können Verwalter, Wirtschaftsbeamte, bäuerliche Besitzer, Bauernsöhne, Schweinemeister usw. teilnehmen. Dr. h. c. Burckhardt (Berlin) spricht über die Bedeutung der Schweinehaltung und die Aufgaben, die der Versuchswirtschaft hierfür erwachsen; Dr. Gerriets (Berlin) berichtet über Aufgaben und Einrichtungen der Versuchswirtschaft; Prof. Dr. Franz Lehmann (Göttingen) behandelt das wichtige Gebiet der Schweinefütterung und verschiedene andre Fachleute halten noch andre Vorträge aus dem Gebiete der Schweinezucht, -haltung, -pflege und -krankheiten. Die Versuchswirtschaft besitzt zurzeit einen Schweinebestand von 500 Tieren, die den verschiedensten Rassen angehören. Nähere Auskunft erteilt die Versuchswirtschaft Ruhlsdorf, Kreis Teltow.

Fürsorge für Rentner

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ der Antwort des Ministers für Volkswohlfahrt auf eine Anfrage aus dem Landtag entnimmt, kann eine Neuregelung der Rentnerfürsorge, insbesondere durch ein Gesetz über Rentnerversorgung nur im Zusammenhang mit einer Änderung des Finanzausgleichs erfolgen. Das Staatsministerium ist daher zurzeit nicht in der Lage, zu der Frage eines Rentnerversorgungsgesetzes abschließend Stellung zu nehmen. Das Staatsministerium wird auch in Zukunft dafür Sorge tragen, daß bei Durchführung der Fürsorgepflichtverordnung jede unnötige Härte vermieden wird.

So sagt der amtliche Bericht. In der Praxis sieht es aber anders aus. Wenn der Bureaucratismus sich mit mangelndem sozialen Verständnis verbindet, dann sind eben Härten bei den ausführenden Fürsorgeeinrichtungen an der Tagesordnung. Daß dem so ist, kann auch durch noch so viele schön und energisch klingende Intentionen des Ministeriums nicht aus der Welt geschafft werden. Selbstverständlich gibt es auch unter den amtlichen Stellen, die mit der Durchführung der Fürsorgepflichtverordnung zu tun haben, eine große Anzahl, die sich Mühe geben, die Bestimmungen nicht enggezielt, sondern sozial auszulegen und anzuwenden.

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben

Parteiversammlung heute Donnerstag abend 8 Uhr bei Bankrat Landtagsabgeordneter Minna Bollmann spricht über „Die Frau im neuen Staate“. Gäste haben Zutritt.

Weltliche Schule. Seit einigen Tagen sieht man an den Marktplätzen im Ort und an andern Stellen ausgezeichnete Plakate mit der Aufschrift „Schüße dein Kind“. Weiter unten liest man das Wesentliche: „Führe es der weltlichen Schule zu.“ Handle jeder danach, wer schulpflichtige Kinder hat. Anmeldungen werden in der Schule Friedrich-Ebert-Straße noch immer entgegengenommen.

Wottmersdorf

Parteiversammlung. Die Generalversammlung des kürzlich wieder ins Leben gerufenen Parteivereins fand am Dienstag statt. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Emil Schulz gewählt, zum Funktionär Wilhelm Köppling jun. Die Generalversammlung nahm Stellung zu dem Kreisparteitag und ließ die Vorschläge des Interbezirksverbandes gut. Delegierter zum Kreisparteitag wurde Ortsvorsteher Genosse Köppling. Es wurde außerdem beschlossen, monatlich regelmäßig Versammlungen abzuhalten, die vorwiegend das Bedürfnis nach Unterhaltung und Bildung befriedigen sollen. Alle Mitglieder verpflichten sich zur Werbung von Mund zu Mund noch möglichst viel Laue aufzutreiben und zum Eintritt in die S. P. D. zu veranlassen.

Eigersleben

Die Generalversammlung der Partei war leider nur schwach besucht. Der Kassierbericht wies einen kleinen Überschuss aus; es ist eine pünktliche Beitragsleistung erfolgt. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Es wurde beschlossen, im Laufe dieses Jahres einige Bildungsabende zu veranstalten, die über die sozialistische Bewegung unterrichten sollen.

Sülldorf

Freidenker, treten dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung bei. Informiert und meldet auch bei dem Genossen Franz Richardt.

Der Landarbeiter-Berband hält am Freitag abend bei Eigersleben seine Generalversammlung ab.

Weisleben

Die Generalversammlung der Partei war gut besucht. Genosse Günther gab den Geschäftsbericht. Die Mitgliederbewegung zeigte eine Aufwärtsentwicklung, ebenso sind die Massenverhältnisse stabil. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: A. Günther, 1. Vorsitzender; E. Meyer, 2. Vorsitzender, O. Gasse, Schriftführer und Berichterstatter; D. Hornack, Kassierer; A. Meyer und W. Schopp als Revisoren. Sehr lebhaft beschäftigte sich die Versammlung mit dem Interbezirkstag in Osterweddingen. Als Delegierter wurde gewählt Genosse O. Gasse, als Gastdelegierte die Genossin Minna Lorenz auf Kosten der Lokalkasse. Es wurden noch einige Gemeindeangelegenheiten besprochen. Nächste Versammlung der Frauengruppe Mittwoch abend 8 Uhr bei Delze.

Kreis Wolmirstedt

Weißendorf

Landarbeiterversammlung morgen (Freitag) abend 8 Uhr im Jakobischen Lokal. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter, auch die unorganisierten, müssen kommen.

Arbeiterportier, merkt es auch. Schon jahrelang kämpfen wir für Erringung eines Sportplatzes. Alles wollte uns in diesem Kampfe unterstützen. Auch das Bürgertum in Weißendorf. Die Errichtung der Jugend soll doch die vornehmste Pflicht aller Deutschen sein. So hören wir es täglich. Aber sobald diese „patriotischen“ und „nationalen“ Männer dazu ein kleines Opfer bringen sollen, dann ist Schluss mit dem Patriotismus, dann möge der Teufel die arbeitende Jugend holen. Unsere Arbeiterportier werden so richtig hinter's Licht geführt. Vor einigen Wochen war eine Sitzung des Ortsausschusses für Jugendpflege, an der auch Herr Bölsdorf aus Magdeburg als Regierungsvertreter teilnahm. Es wurde dort im Beisein des Herrn Gemeindeportiers versprochen, für einen neuen Sportplatz Sorge zu tragen. Ein dazu geeignetes Stück Acker wurde in Voranschlag gebracht und sollte der Regierung zur Enteignung empfohlen werden. Aber es ergab sich scheinbar wie den Siedlern. Wir werden betrogen vom Jahr zu Jahr und erhalten nichts. Die Besitzer der in Betracht kommenden Ackerstücke rühmen sich nicht umsonst ihrer guten Beziehung zur Regierung. Daß man es von irgendeiner Seite darauf abgesehen hat, die Arbeiterportier zu betrogen, ist daraus zu ersehen, daß die bürgerlichen Sportler, die doch mit uns gemeinsam für Erlangung eines Sportplatzes kämpfen wollten, jetzt von Herrn Dehmann einen riesengroßen Weideplatz als Sportplatz erhalten haben. Dadurch hat man sich die bürgerlichen Sportler gekauft und diese tun ja auch in Wirklichkeit nichts, um mit uns gemeinsam für einen neuen Sportplatz einzutreten. Sie lassen uns für sich mit arbeiten und zeigen nachher das Maul am weitesten auf, wenn die Spielabende festgelegt werden sollen. Bezeichnend sind die hier angeführten Tatsachen für den Sportverein Börde und für dessen Göttinger durch die hiesigen Besitzer. Aber trotz alledem: der Sportverein Börde ist politisch neutral und die hiesigen Besitzer behandeln alle Weizenbauern Einwohner gleich. Die Weißendorfer Wählerinnen und Wähler werden bei der nächsten Wahl dafür Sorge tragen, daß die Besitzer im Gemeindeparlament nicht wieder die Mehrheit erhalten. In die Regierung rücken wir hierdurch die öffentliche Anfrage: Erhalten wir nun endlich einen Sportplatz oder verfährt man wieder nach dem Wunsche der hiesigen Besitzer? Was! es die Re-

Die Unterstufungsätze der öffentlichen Fürsorge

Die Verordnung über die Fürsorgepflicht sieht vor, daß die Bezirksfürsorgeverbände, das sind die Stadt- und Landkreise, „Nichtfalsche“ aufstellen, die als Normalunterstützungsätze in der öffentlichen Wohlfahrtspflege gelten. Der Landesfürsorgeverband für die Provinz Sachsen (St. M. Meuselberg) ist bemüht, in die Festsetzung der Sätze eine gewisse Einheitslichkeit zu bringen. Er hat zu dem Zwecke schon wiederholt für die einzelnen Regierungsbezirke Tagungen der Bezirksfürsorgeverbände zur Verhandlung über diese Frage einberufen. Eine solche fand vor wenigen Tagen in Halle und am Mittwoch in Magdeburg statt. Ende der Woche wird eine in Erfurt abgehalten. In der ganzen Provinz bestehen 49 Bezirksfürsorgeverbände.

Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg ist von einigen Städten, darunter auch von Magdeburg, Widerspruch gegen die Anträge erhoben worden. Es wird besonders die Einmündigung des Landesfürsorgeverbandes abgelehnt. Wenn nötig, könnte man auch ohne diesen zusammenkommen. Bei denjenigen Bezirksfürsorgeverbänden, wo soziales Verständnis herrscht, wo man weitberzig Fürsorge treibt und wo Magistrate und Kreisräte nicht knauserig mit der Verechtung von Mitteln für eine ausreichende Fürsorge sind, da ist eine Aussicht durch den Landesfürsorgeverband nicht nötig. Aber es gibt eben leider immer noch Bezirksfürsorgeverbände, bei denen

ein Vornwärtsstreben nötig ist.

Die Tagung in Magdeburg war trotz des Widerpruchs mancher Fürsorgeverbände von fast allen Bezirksfürsorgeverbänden des Regierungsbezirks mit Vertretern besetzt. Landesrat Bauerichmidt eröffnete die Tagung mit dem Hinweis, daß eine Anzahl Bezirksfürsorgeverbände die Anregung gegeben haben, über eine Erhöhung der Nichtfalsche eine Aussprache zu pflegen. Schon vor 1 1/2 Jahren habe man sich über eine möglichst einheitliche Festsetzung der Nichtfalsche verständigt. Inzwischen sind viele Bezirksfürsorgeverbände aus eigener Entscheidung über jene Festsetzungen hinausgegangen und haben eine Erhöhung der Nichtfalsche vorgenommen. Es handelt sich darum, diese Erhöhungen allgemein durchzuführen. Es gibt Revisionsflächen, wenn zwei benachbarte Bezirksfürsorgeverbände recht verschiedene Unterstützungsätze aufweisen. Da jetzt die Beratung der Haushaltspläne bevorsteht, sei es geeignete Zeit, entsprechende höhere Ausgabesummen in Ansatz zu bringen.

Wohlfahrtsamtsleiter Patrie (Halle a. d. Saale) schilderte die gesetzlichen Vorschriften und das Ergebnis statistischer Berechnungen über Verteuerung und Stand der Lebenshaltungskosten. Einiges wenige sei billiger, manches andre, wie z. B. die Miete, sei teurer geworden. Er schlug eine Erhöhung der Unterstützungsätze um 10 v. H. vor. Das habe man auch auf der Tagung in Halle beschlossen. Die Erhöhung habe für alle Positionen einschließlich der Mietbeihilfen einzutreten.

Bürgermeister Genosse Kleis (Wferleben) wies auf die Notwendigkeit der Vereinfachung der Unterstützungsätze für größere Bezirke hin. Es sei nicht gerechtfertigt und für das Publikum nicht verständlich, wenn für zwei nebeneinanderliegende Kreise ganz verschiedene Unterstützungsätze gewährt werden. Man dürfe nicht allein eine Erhöhung damit begründen, daß seit der ersten Festsetzung die Lebenshaltung teurer geworden ist, sondern auch damit, daß die ursprünglichen

Nichtfalsche viel zu niedrig

waren. Bei ihrer Festsetzung war man immer noch zu sehr in den Anschauungen der alten Armenpflege befangen. Auch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge sporne zu einer Erhöhung der Nichtfalsche der öffentlichen Fürsorge an. Genosse Kleis schlug eine Erhöhung der bisherigen Nichtfalsche um 20 oder 25 v. H. vor.

Stadtrat Bach (Halberstadt) wandte sich gegen die Vereinfachung überhaupt. Die Festsetzung der Nichtfalsche sei Sache der Bezirksfürsorgeverbände. Die wirtschaftliche Not der Gemeinden und die Schwierigkeiten, den Haushaltsplan in Ordnung zu bringen, zwinge zur Ablehnung einer Erhöhung. In einem beinahe ähnlichen Sinne spricht sich merkwürdigerweise auch Stadtrat Genosse Genz (Burg) aus. Wenn nicht schon in Halle für den Regierungsbezirk Merseburg eine Besprechung stattgefunden hätte, die eine Erhöhung um 10 v. H. empföhlen habe, so wäre er gegen eine solche. Man müsse bedenken, daß es heute außerordentlich schwer sei, den Haushaltsplan in das nötige Gleichgewicht zu bringen. Die Ausbringung der nötigen Steuern werde immer schwieriger. Es stelle sich auch ein Stamm asozialer Personen ein, der jahrelang Unterstützung bedürftig.

Genosse Kleis trat nochmals für möglichst einheitliche Regelung und Erhöhung der Unterstützungsätze ein. Auch nach

der beabsichtigten Erhöhung sind die Sätze noch nicht ausreichend, um einen notwendigen Lebensunterhalt zu sichern.

Landrat Böer (Gardelegen) hielt eine wesentliche Erhöhung für unangänglich. Der Haushaltsplan zeitige sonst einen zu großen Kampf um die Steuern. Namentlich die Gewerbetreibenden und die Landwirte wenden sich mit aller Energie dagegen. Das ist unserer Ansicht nach, doch kein Grund, gegen eine „wesentliche“ Erhöhung der Nichtfalsche zu sein. Sollen etwa die Hilfsbedürftigen unter der Steuerlast der Gewerbetreibenden und Landwirte leiden? Es wird Zeit, daß nicht nur in einigen Kreisen, wo es erfreulicherweise schon geschieht, sondern in allen Kreislagerversammlungen bei Beratung des Haushaltsplans mit aller Entschiedenheit auf die

Erhöhung der Mittel für soziale Fürsorge

hingewirkt werden muß. Wir werden in der „Volksstimme“ jedes Kreisparlament anfragen, das sich aus Angst vor den Reaktionen oder aus sozial rückständiger Einstellung heraus nicht getraut, ausreichende Hilfsmittel in den Kreisetat einzusetzen.

Mit viel Wärme trat dann Landrat Genosse Wolf (Calbe) für eine Erhöhung der Nichtfalsche ein. Die Sache sei so dringend, daß um ihre Willen der Kampf gegen die Steuerzahler aufgenommen werden müsse. Es sprachen u. a. noch Landrat Dr. Pleemann (Genthin), der vor einer Überdehnung der Aufbesserung warnte, Stadtrat Ebermann (Schönebeck), der besondere Mietbeihilfen empfahl, die in der Form von Gutscheinen ausbezahlt werden und Bürgermeister Wernicke (Senden), der keine Aufteilung des einheitlichen Unterstützungsatzes wünschte. Erörtert wurden zwischenandern noch einige Sonderfragen, wie die Einkommensgrenze für die Gewährung der Wochenfürsorge, wobei Stadtrat Genosse Freuß (Ruhlsleben) eine Erhöhung empfahl, weiter ein „gehobener Fürsorge“ nur den Hauptunterstützungsempfängern, also den Rentnern, Sozialrentnern und Kriegsoptionen für ihre Person, oder auch für ihre Familienangehörigen zukommen soll.

Landesrat Bauerichmidt stellte sodann das Ergebnis der Aussprache fest. Man sei sich darüber einig, die bisherigen Nichtfalsche für die allgemeine Fürsorge (Armenpflege) von 28 Mark in Ortsklasse A, 26 Mark in Klasse B und 24 Mark in Klasse C und D um 10 v. H. zu erhöhen. Dazu kommen beim Vorhandensein von hilfbedürftigen Familienangehörigen bestimmte Zuschläge für diese. Die Aufbesserung soll sich auf die angegebenen Personengruppen der gehobenen Fürsorge dahin auswirken, daß nicht nur die Hauptunterstützungsempfänger, sondern auch deren hilfbedürftige Familienmitglieder eine Erhöhung von 25 v. H. erhalten. Die Wochenfürsorge soll dann gewährt werden, wenn die Familie der Wöchnerin in den letzten 3 Monaten ein Einkommen von weniger als 450 Mark Gehalt hat.

Das sind Sätze, die vom preussischen Wohlfahrtsminister empfohlen worden sind. Die

um 10 Prozent erhöhten Unterstützungsätze

sollen am 1. April in Kraft treten. Sollte die Erhöhung der Miete vom 1. April an eine höhere als um 20 v. H. sein, soll eine weitere Erhöhung der Unterstützungsätze eintreten. Die monatlichen Unterstützungsätze sollen aber immer auf eine volle Mark aufgerundet werden.

Von einigen Rednern, so vom Landrat Genossen Behling (Wanzleben) wurde noch gebeten, darauf hinzuwirken, daß nun auch alle Stadt- und Landkreise diese Unterstützungsätze einführen. Es müsse auch vermieden werden, daß auf Kosten niedriger Unterstützungsätze manche Kreise die Steuern herabdrücken.

Das Ergebnis dieser Fürsorgekonferenz, die ja nur eine Sachbesprechung ist, und bindende Beschlüsse nicht fassen kann, ist sehr mager. Mit Ach und Krach hat man sich mit einer 10prozentigen Erhöhung der Nichtfalsche herausgewagt. Mander Fürsorgeverband zahlt ja schon jetzt höhere Sätze, so daß also für die sozial fortgeschrittenen Kreise keine Erhöhung der Nichtfalsche herausgekommen ist. Unsere Vertreter in den Parlamenten der Stadt- und Landkreise müssen mit aller Macht darauf drängen, daß über diese minimale Erhöhung der Nichtfalsche hinausgegangen wird. Diese Mittel kann und muß jeder Kreis aufbringen, wenn er die Besizenden steuerlich auch nur ein ganz klein wenig mehr anfaßt. Die Ausrede, Mittel sind nicht da, gibt es nicht.

Die Organisation der Hilfsbedürftigen, vor allem der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der Genarverband der Arbeitslosen und Witwen und die Arbeiterwohlfahrt werden die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion im Kampfe für eine ausreichende Fürsorge nachdrücklich unterstützen, indem sie sich nötigenfalls überall zur Arbeitsgemeinschaft sozialer Kampfverbände zusammenschließen.

